

78.157/1-2-3-4-16

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag der für Raumordnung, Finanzen, Beschäftigung, Kultur, Sport, Tourismus, Medien, Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit zuständigen Minister;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der Ministerpräsident wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

VORENTWURF DES PROGRAMMDEKRETS 2025 (II)

INHALTSANGABE

Das Programmdekret beinhaltet Abänderungen in folgenden Bereichen:

- Personenbezogene Angelegenheiten
- Kulturelle Angelegenheiten
- Beschäftigung
- Denkmalschutz
- Tourismus
- Raumordnung und Städtebau
- Wohnungswesen
- Infrastruktur
- Finanzen und Haushalt

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu den Artikeln	4
Vorentwurf	28

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Wie es in den letzten Jahren zur gängigen Praxis geworden ist, liegt auch dieses Jahr ein Programmdekret vor. Anders als in den Vorjahren wird dieses von nun an von der Regierung selbst, statt über die Fraktionen im Parlament hinterlegt. Weil der Dekretentwurf Bestimmungen in den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft beinhaltet, wird auf den Kommentar zu den einzelnen Artikeln hingewiesen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1 bis 5

Durch den obenstehenden Artikel wird ein Kapitel eingefügt, mit dem ein Kataster der Gesundheitsdienstleister und Einrichtungen geschaffen wird.

Eine wichtige Quelle für Informationen zu Gesundheitsdienstleistern und Einrichtungen ist die CoBRHA-Datenbank der eHealth-Plattform. Im Rahmen der Rechtsgrundlage für CoBRHA, dem Zusammenarbeitsabkommen vom 22. Dezember 2023, erhält das Ministerium Daten zu Gesundheitsdienstleistern und Einrichtungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. CoBRHA selbst ist kein Kataster, sondern speichert Daten von Fachkräften der Gesundheitspflege, Pflegefachkräften und Einrichtungen, damit, im Rahmen des eHealth Systems, Teilnehmer, die auf Dienste zugreifen, identifiziert und ihre Berechtigungen überprüft werden können. Jedoch können die Daten der CoBRHA-Datenbank auch zu Zwecken der Führung eines Katasters verwendet werden. Da insbesondere die Kontaktdaten in CoBRHA jedoch nur bedingt nutzbar sind, müssen die Daten durch öffentlich zugängliche Daten und selbst erhobene Daten ergänzt werden.

Im Rahmen der Ausübung ihrer Kompetenz der Gesundheitsförderung und -prävention ist die Regierung auf eine geordnete und aktuelle Sammlung von Kontaktdaten des Gesundheitssektors angewiesen, zum Beispiel für Kampagnen oder Informationen (z.B. Impfkampagnen). Zur Führung einer geordneten Kontaktliste ist ein Kataster in Form einer Datenbank vonnöten.

Weiterhin ist die durch das Dekret vom 1. Juni 2004 eingesetzte Hygieneinspektion im Rahmen ihrer Arbeit auf aktuelle Kontaktdaten angewiesen, um bei Fällen meldepflichtiger Infektionskrankheiten schnell Kontakt mit Gesundheitsdienstleistern aufnehmen zu können und z.B. die Anwendung von gesundheitsspezifischen Maßnahmen (z.B. Schutzmaßnahmen) sicherzustellen.

Ein weiterer Zweck der Datenverarbeitung des Katasters besteht in der Erstellung von Statistiken über das Arbeitskräfteangebot im Gesundheitssektor. Wenn die Regierung über verlässliche Angaben zur derzeitigen und vergangenen Anzahl der Gesundheitsdienstleister verfügt, kann sie statistische Prognosen des zukünftigen Arbeitskräfteangebots im Gesundheitssektor erstellen. Solche Prognosen sind im Rahmen der Bekämpfung des Fachkräftemangels essenziell für die Planung einer guten Gesundheitspolitik.

Das Kataster soll ebenfalls die Möglichkeit bieten, die Daten von Berufsgruppen in CoBRHA hochzuladen, die keine Fachkräfte im Sinne des Gesetzes vom 10. Mai 2015 sind. Personen, die in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen arbeiten, aber keine Fachkräfte der

Gesundheitspflege sind, können derzeit keinen Zugang zu eHealth Anwendungen erhalten. Zukünftig werden auch diese Personen im Rahmen verschiedener Aufgaben zu bestimmten eHealth-Anwendungen Zugang erhalten müssen. Das Zusammenarbeitsabkommen zu CoBRHA(+) vom 22. Dezember 2023 sieht explizit die Hochladung der Daten solcher Berufsgruppen vor. Die Flämische Region lädt darauf fußend bereits die Daten verschiedener Berufsgruppen, wie etwa Sozialassistenten in CoBRHA hoch, die keine Fachkräfte der Gesundheitspflege sind.

Die Daten des Katasters können weiterhin genutzt werden, um Daten zu Gesundheitsdienstleistern, die das Ministerium im Rahmen anderer gesetzlicher Aufträge erhält, im Sinne der Dienstleister auf ihre Richtigkeit zu überprüfen.

Artikel 6 und 7

Die Änderung passt die Terminologie an die aktuelle Gesetzeslage an und schafft Klarheit durch die Ersetzung des Begriffs „Sanitäter“ durch „Krankenwagenfahrer“ für nicht dringende Patientenbeförderung. Artikel 3 des Dekrets ist ebenfalls entsprechend anzupassen.

Artikel 8

Die Neufassung des Beschwerdemanagements orientiert sich am Dekret über das Beschwerdemanagement der Deutschsprachigen Gemeinschaft und standardisiert das Verfahren zur Einreichung und Bearbeitung von Beschwerden im Bereich des nicht dringenden Krankentransports.

Artikel 9

Artikel 7 wird aufgehoben, da mangels verfügbarer Daten eine sinnvolle Umsetzung nicht möglich ist. Ziel ist eine Verwaltungsvereinfachung.

Artikel 8 wird aufgehoben, da er sich auf eine Übergangsregelung aus der Zeit vor 2007 bezieht und heute gegenstandslos ist.

Artikel 10

In Zusammenhang mit der Aufhebung der Verpflichtung einer Beratungsbescheinigung zur Beanspruchung eines Familien- und Seniorenhilfsdienstes als auch für den Einzug in ein Wohn- und Pflegezentrum (s. Artikel 39) wird die Verpflichtung des Unterstützungsplans aufgehoben. Ein Senior kann sich immer an die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (hiernach „DSL“) wenden, wenn er einen Unterstützungsbedarf hat, woraufhin die Orientierer der DSL mit der Person einen Unterstützungsplan ausarbeiten. Bei einem Einzug in ein Wohn- und Pflegezentrum benötigt der Senior konkret keinen Unterstützungsplan. Die Modalitäten im Rahmen seines Einzugs werden mit den Fachkräften des Wohn- und Pflegezentrums besprochen. Dies gilt auch für die Beanspruchung eines Familien- und Seniorenhilfsdienstes.

Artikel 11

Durch den einzufügenden Artikel 79.1 wird eine Grundlage geschaffen, damit die eHealth-Plattform mittels des Dienstes WS-Link, die Gesundheitspflegebeziehung/Pflegebeziehung prüfen kann:

- entweder zwischen einer Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung mit Circle-of-trust Statut (COT) und einem Patienten/Bewohner der Einrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

- Oder zwischen einer Fachkraft der Gesundheitspflege oder einem Dienstleister der Hilfe und Begleitung die/der in einer Gesundheits – oder Pflegeeinrichtung ohne COT-Statut arbeitet einerseits und einem Patienten/Bewohner dieser Einrichtung andererseits.

Im Falle der Wohn- und Pflegezentren für Senioren ist die authentische Quelle zur Prüfung die Captis Datenbank, in der Daten zu den Bewohnern und Mitarbeitern gespeichert sind und somit eine Verbindung zwischen Einrichtung oder Mitarbeiter einerseits und Bewohner andererseits hergestellt werden kann.

Der eHealth-Plattform wird dabei die Information übermittelt, ob eine Gesundheitspflegebeziehung/Pflegebeziehung zwischen einer Einrichtung und einem Patienten besteht, indem mitgeteilt wird, welche Personen seit wann in einer Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Behandlung sind oder wohnen.

Falls die Einrichtung kein COT-Statut besitzt, werden die Daten der Mitarbeiter und die Daten der Patienten übermittelt.

Die eHealth-Plattform benötigt diese Daten, um prüfen zu können, ob die Anfrage einer Gesundheits- oder Pflegeeinrichtung über einen Webservice der eHealth-Plattform auf Gesundheitsdaten eines Bewohners zugreifen zu können, legitim ist, in dem Sinne, dass eine Gesundheitspflegebeziehung/Pflegebeziehung zwischen beiden besteht.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist also authentische Quelle für die Verknüpfung zwischen zwei einzigartigen Identifikationsnummern und die Dauer dieser Verknüpfung. Eine Identifikationsnummer bezeichnet jeweils einen Patienten oder Bewohner einer Einrichtung und die andere Identifikationsnummer entweder eine Einrichtung oder einen Mitarbeiter derselben. Diese Verknüpfung erstellt die Gesundheitspflegebeziehung/Pflegebeziehung.

Artikel 12

Durch den einzufügenden Artikel 79.2 wird eine Grundlage geschaffen, die es der Regierung gestattet, Daten aus dem BelRAI-Datawarehouse zu nutzen. In dieser Datenbank werden pseudonymisierte Daten von BelRAI-Begutachtungen gespeichert.

Die Daten aus dem BelRAI Datawarehouse werden benötigt, um Analysen und Statistiken zu erstellen und informierte gesundheitspolitische Maßnahmen treffen zu können (Anpassung von Normen oder Finanzierung, Ausbau Angebote, Präventionsmaßnahmen, etc.).

Das pseudonymisierte Daten enthaltende BelRAI-Datawarehouse und die ihm zugrundeliegende, nominative Gesundheitsdaten enthaltende BelRAI-Datenbank der eHealth-Plattform haben gegenwärtig keine ausreichende Gesetzesgrundlage, welche es erlauben würde, auf die pseudonymisierten Daten zurückzugreifen. Eine solche würde erst mit Inkrafttreten des eHealth-Zusammenarbeitsabkommens geschaffen werden. Da jedoch nicht klar ist, wann und ob, dieses Abkommen in Kraft tritt, erscheint es sinnvoll eine ausreichende Rechtsgrundlage zur Verarbeitung pseudonymer BelRAI-Daten auf Gemeinschaftsebene zu schaffen.

Artikel 13

Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (hier nach „AEUV“) besagt, dass staatliche Beihilfen, abgesehen von den im Vertrag vorgesehenen Ausnahmen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind. Zuschüsse können jedoch im Sinne

des Artikels 107 Absatz 2 oder 3 AEUV sowie Artikel 106 Absatz 2 mit dem Binnenmarkt vereinbar sein und von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 des AEUV befreit werden, unter anderem wenn es sich um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) handelt.

Die Europäische Kommission definiert die DAWI in ihrem Qualitätsrahmen als wirtschaftliche Tätigkeiten, die dem Allgemeinwohl dienen und ohne staatliche Eingriffe am Markt überhaupt nicht oder in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universaler Zugang nur zu anderen Standards durchgeführt würden.

Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung wird dem Leistungserbringer im Wege eines Auftrags auferlegt, der eine Gemeinwohlkomponente enthält, sodass sichergestellt ist, dass die Dienstleistung unter Bedingungen erbracht wird, die es dem Leistungserbringer ermöglichen, seinen Auftrag zu erfüllen.

Die EU legt jedoch nicht fest, wann eine Dienstleistung eine DAWI darstellt. Die Mitgliedsstaaten haben demnach bei der Festlegung dieser Dienstleistung und der Gewährung von Ausgleichsleistungen für den Dienstleistungserbringer einen weiten Ermessensspielraum. Das heißt die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst festlegen, welche Dienstleistungen sie in ihrem Zuständigkeitsbereich als DAWI einstuft. Durch diesen Artikel wird festgelegt, dass es sich bei der Kinderbetreuung um eine DAWI handelt.

Artikel 14

Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (hiernach „AEUV“) besagt, dass staatliche Beihilfe, abgesehen von den im Vertrag vorgesehenen Ausnahmen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind. Zuschüsse können jedoch mit dem Binnenmarkt vereinbar sein und von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 des AEUV befreit werden, wenn es sich um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) handelt. Eine Bedingung dieser Befreiung besteht darin, dass ein Unternehmen, das eine DAWI erbringt, explizit mit der Erbringung einer solchen Dienstleistung betraut werden muss. Vorliegender Artikel schafft die rechtliche Grundlage für diese Betrauung.

Artikel 15

Das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat den Wunsch geäußert, den KBAKs künftig nicht weiter anzugehören. Diesem Wunsch wird durch die vorliegende Änderung Rechnung getragen.

Artikel 16

Im Interesse einer Harmonisierung der Praxis im deutschen Sprachgebiet mit derjenigen der anderen Teilgebiete Belgiens und zur Klarstellung des Geltungsbereichs der anwendbaren Bestimmung wird Artikel 6 abgeändert, um den Zeitpunkt des Entstehens eines Anspruchs auf Familienleistungen, eindeutig im Text festzuhalten.

Besagte Änderung zielt ferner darauf ab, eine Doppelfinanzierung einerseits durch Familienleistungen und andererseits durch materielle Hilfe, die in Anwendung des Gesetzes vom 12. Januar 2007 über die Aufnahme von Asylbewerbern und bestimmten anderen Kategorien von Ausländern gewährt wird, zu vermeiden.

Wie auch diesbezüglich ausführlich im Dekretentwurf der Wallonischen Region vom 15. März 2024 (1662 (2023-2024) – Nummer 1) erläutert, umfasst die durch die Föderalagentur für die Aufnahme von Asylsuchenden, hiernach „FEDASIL“, gewährte materielle Hilfe

insbesondere Unterkunft, Verpflegung, Kleidung, medizinische, soziale und psychologische Betreuung, Zugang zu Rechtshilfe, den Zugang zu Dienstleistungen wie Dolmetschern und Schulungen sowie den Zugang zu einem Programm zur freiwilligen Rückkehr.

Darüber hinaus wurden von FEDASIL Mindeststandards festgelegt, um eine qualitativ hochwertige Aufnahme der Bewohner zu gewährleisten. Zu den Mindeststandards für materielle Hilfe gehören u.a. die Bereitstellung von Lebensmitteln, von Hygieneartikeln, von einer ausreichenden Menge an Kleidung und Schuhen in gutem Zustand. Ferner finanziert die Aufnahmeeinrichtung die Schulkosten minderjähriger Schüler: Grundausrüstung sowie für die in Belgien obligatorischen Aktivitäten (gemäß der Schulordnung) wie z. B. Ausflüge, Sporttage und mehrtägige Bildungsaufenthalte, die während der Schulzeit stattfinden. Die Aufnahmeeinrichtung stellt einen kostenlosen Internetzugang für die Schüler bereit. Sie finanziert ein ausreichendes Freizeitangebot (Sport, Kultur usw.). Die betroffenen Personen erhalten außerdem Taschengeld. Darüber hinaus sieht die von FEDASIL gewährte Hilfe auch Unterstützung und medizinische Begleitung vor.

In Artikel 1 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird zum Gegenstand der Familienleistungen angeführt, dass diese Leistungen dazu dienen, „allen Kindern Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu bieten, einen teilweisen Ausgleich der erhöhten Kosten des Haushalts aufgrund der Unterhaltskosten von einem oder mehreren Kindern zu bieten und die Kinderarmut zu bekämpfen.“

In einem Urteil Nr. 40/2016 vom 10. März 2016 hat das Verfassungsgericht im gleichen Sinne festgestellt, dass die Gewährung von Familienbeihilfen in erster Linie dazu dient, zu den Unterhalts- und Erziehungskosten für Kinder beizutragen. Sie bietet einen teilweisen Ausgleich für die Erhöhung der Belastungen, die dem Haushalt durch die Erweiterung desselben entstehen.

Hieraus lässt sich ableiten, dass die Posten für Unterkunft, Verpflegung und Kleidung im Rahmen der von FEDASIL gewährten materiellen Hilfe die durch das Kindergeld abgedeckten Unterhaltskosten umfassen. Ebenso ist die Finanzierung der Schulkosten durch FEDASIL mit den Kosten für die Erziehung der Kinder gleichzusetzen, die durch die Familienleistungen gedeckt sind. In diesem Sinne kann man davon ausgehen, dass tatsächlich eine Doppelfinanzierung vorliegt, insofern sowohl materielle Hilfe als auch Familienleistungen gewährt werden.

Diese Änderung steht im Einklang mit der Praxis und der Gesetzgebung in den anderen Teilgebieten Belgiens.

Im Gutachten Nr. 75.138/2 des Staatsrates zum oben erwähnten Dekretentwurf der Wallonie, in dem auch auf ein Gutachten des Staatsrates der entsprechenden flämischen Gesetzgebung Bezug genommen wird, findet man die folgenden Ausführungen zu Artikel 23 der Verfassung. Artikel 23 der Verfassung enthält hinsichtlich des Anspruchs auf Familienleistungen eine Standstill-Verpflichtung, die den zuständigen Gesetzgeber daran hindert, das durch die geltenden Rechtsvorschriften gewährte Schutzniveau ohne Gründe des Allgemeininteresses erheblich zu verringern. Diese Verpflichtung kann jedoch nicht so verstanden werden, dass sie jeden Gesetzgeber im Rahmen seiner Zuständigkeiten verpflichtet, die Modalitäten der Familienleistungen unangetastet zu lassen. Sie verbietet ihm, ohne dass dafür Gründe des Allgemeininteresses vorliegen, Maßnahmen zu ergreifen, die eine erhebliche Einschränkung des durch Artikel 23 Absatz 3 Nr. 6 garantierten Rechts bedeuten würden, aber sie entzieht ihm nicht die Befugnis, zu beurteilen, wie dieses Recht am besten gewährleistet werden kann.

Die geplante Regelung entzieht anerkannten Flüchtlingen weder den Anspruch auf Familienleistungen noch werden neue Voraussetzungen für deren Gewährung eingeführt. Der Entwurf verdeutlicht lediglich den Zeitpunkt, zu dem der Anspruch auf Zahlung entsteht. Daher kann die Änderung insgesamt nicht als erhebliche Einschränkung oder drastische Kürzung des Anspruchs auf Familienleistungen angesehen werden, so dass sie nicht im Widerspruch zu Artikel 23 der Verfassung steht.

Artikel 17

In dem vor 2019 auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geltenden Allgemeinen Familienbeihilfengesetz (AFBG) war bereits anlässlich der Geburt eines Kindes die Gewährung einer Geburtsprämie vorgesehen. Allerdings variierte die Höhe, ob sie nun für das erste Kind einer Familie oder für weitere Kinder gezahlt wurde. Als ein erstes Kind galt ein Kind immer dann, wenn es zumindest das erste Kind eines Elternteils war.

Diese Unterscheidung aus dem AFBG wurde auch seitens der Hauptstadtregion Brüssel übernommen, während in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein für alle neugeborenen Kinder einheitlicher Leistungsbetrag festgesetzt wurde. In Brüssel wird somit, wenn es sich um ein erstes Kind handelt, heute eine Geburtsprämie in Höhe von 1.367,74 EUR gewährt, und ab dem zweiten Kind noch ein Betrag von 621,70 EUR.

Hinzu kommt, dass Eltern für ihre jüngeren Kinder noch meist zu einem gewichtigen Teil auf eine vorhandene Erstausrüstung zurückgreifen können.

Die Abänderungsbestimmung zielt darauf ab, in Zukunft wieder zum früheren Modell der Differenzierung zurückzukehren, sodass der Betrag der Geburtsprämie je nach Erst- und Folgekind variiert.

Eine Abänderung in der Höhe der Geburtsprämie im hierüber beschriebenen Sinne würde den Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft um etwa 300.000 EUR entlasten können. Eine exakte Berechnung ist allerdings nicht möglich, da eine differenzierte Filterung der im Jahr 2024 gewährten Geburtsprämien nach Erstgeburten und weiteren Geburten nachträglich nicht durchgeführt werden kann.

Die Schätzung basiert auf folgende Annahmen:

- im Jahr 2024 hat die Deutschsprachige Gemeinschaft insgesamt 715 Geburtsprämien gewährt, und damit insgesamt Leistungen in Höhe von 960.977,54 EUR; bei Annahme, dass 35% der 715 Fälle ‚Erstgeburten‘ bzw. 65% der Fälle sogenannte ‚Weitere Geburten‘ waren, hätte die Halbierung der Prämie ab dem zweiten Kind zu einer Ersparnis von 296.980,34 EUR geführt (35% = 1. Kind: 344.040 EUR UND 65% = 2. Kind: 319.957,20 EUR = 663.997,20 EUR).

Hinsichtlich der Stand-Still-Verpflichtung aus Art. 23 der belgischen Verfassung ist zunächst anzumerken, dass es sich bei der hier vorgeschlagenen Maßnahme nicht um einen erheblichen Rückschritt handelt. Der Betrag der Geburtsprämie ab dem zweiten Kind bleibt weiterhin bestehen; er wird lediglich in seiner Höhe halbiert. Die Anpassung der Höhe ab dem zweiten Kind berücksichtigt die Tatsache, dass Familien bereits über eine Grundausstattung verfügen und somit geringere zusätzliche Kosten entstehen.

Diese Reduzierung geschieht vor dem Hintergrund der wesentlichen Anstrengungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die notwendige finanzielle Tragfähigkeit ihres Haushalts, und insbesondere der verschiedenen sozialen Leistungen, langfristig zu gewährleisten und die europäischen und föderalen Anforderungen an den Ausgabenhaushalt der

Deutschsprachigen Gemeinschaft einzuhalten. Als Ausdruck der generationsübergreifenden Solidarität müssen hier in allen Bereichen ausreichende Anstrengungen unternommen werden. Die Stabilisierung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Gewährleistung seiner finanziellen Tragfähigkeit stellt einen legitimen Zweck dar (VerfGh., vom 20. Juli 2023, Nr. 112/2023, Rn. B.11.2.2).

Wie oben rechnerisch dargelegt dürfte diese Maßnahme, jährliche Einsparungen von rund 300.000 EUR ermöglichen. Die Maßnahme trägt somit dazu bei, die finanzielle Nachhaltigkeit des Systems zu gewährleisten, ohne den grundsätzlichen Anspruch auf die Geburtsprämie abzuschaffen.

Die Maßnahme ist somit mit dem allgemeinen Ziel der Haushaltskonsolidierung vereinbar und stellt auch keine unverhältnismäßige Einschränkung sozialer Rechte dar.

Artikel 18

Aufgrund der Abänderung der Höhe der Geburtsprämie, die ab dem zweiten Kind gezahlt wird, zielt die Änderung der Höhe der Adoptionsprämie ab dem zweiten Kind darauf ab, Adoptiveltern und leibliche Eltern grundsätzlich gleich zu behandeln.

In der Hauptstadt-Region Brüssel wird zum Vergleich, wenn es sich um ein erstes adoptiertes Kind handelt, eine Adoptionsprämie in Höhe von 1.367,74 EUR gewährt, und ab dem zweiten Kind ein Betrag von 621,70 EUR.

Auch hier ist die Standstill-Verpflichtung laut Artikel 23 der Verfassung nicht verletzt, da es sich um einen begrenzten Rückgang handelt, und der volle Betrag noch stets für das erste adoptierte Kind gewährt wird und die damit finanzierte Erstausrüstung zumindest teilweise auch für weitere adoptierte Kinder in Anspruch genommen werden kann. Hier wird auf die detaillierten Erläuterungen zur Reduzierung der Geburtsprämie Bezug genommen.

Artikel 19 und 20

Im Rahmen des EU-Rechts und auch im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen belgischen Kindergeldkassen besteht das Prinzip der Amtshilfe. So sieht Artikel 71 der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit vor, dass nicht geschuldete Leistungen durch einen Mitgliedstaat soweit möglich auf dem Wege eines Ausgleichs zurückgezahlt werden sollten (d.h. Einbehaltung des nicht geschuldeten Betrags von nachzuzahlenden Beträgen oder laufenden Zahlungen in Belgien). Nur insofern eine Forderung im Wege des Ausgleichs nicht (ganz) beglichen werden kann, ist der noch geschuldete Betrag beizutreiben.

Bei dieser Verrechnung zwischen Kassen fällt allerdings auf, dass die Verjährungsfrist zur Einforderung der Familienleistungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft länger und teilweise wesentlich länger als in den anderen (Teil-)Staaten ist. Während in Flandern und Brüssel drei Jahre Zeit ist, um das Recht einzufordern, ist es in Luxemburg ein Jahr und in Deutschland sechs Monate.

Die Änderung zielt darauf ab, die Verjährungsfrist für die Einforderung von Familienleistungen von drei Jahren auf ein Jahr zu kürzen und somit die Möglichkeit eines Ausgleichs auf diesen Zeitraum zu begrenzen.

Eine verkürzte Verjährungsfrist wird neben der angeführten Anpassung im Rahmen von EU-Verrechnungen, auch für eine administrative Vereinfachung sorgen, wenn zwecks

Anspruchsfeststellung hier künftig, statt für drei Jahre, nur noch die für das Antragsverfahren erforderlichen Informationen und Belege für das unmittelbar dem Antrag vorausgehende Jahr beim Bürger anzufragen sein werden.

Innerbelgische Verrechnungen, die äußerst selten vorkommen, werden durch diese Maßnahme nicht negativ beeinflusst, und zwar auf Grund eines Antragsverständnisses, demzufolge Familienleistungen neben einfachem Formantrag auch von Amts wegen ausbezahlt werden müssen, insofern dies natürlich materiell möglich ist (Art. 40 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen).

Die Reduzierung der Verjährungsfrist von drei Jahren auf ein Jahr für die Einforderung von Familienleistungen erfolgt unter Berücksichtigung der in Artikel 23 der belgischen Verfassung verankerten Standstill-Verpflichtung. Diese Verpflichtung erlaubt Anpassungen sozialer Rechte, sofern sie durch zwingende Gründe des Allgemeinwohls gerechtfertigt sind und keinen unverhältnismäßigen Nachteil für die Anspruchsberechtigten bedeuten.

Die Kürzung der Verjährungsfrist kann durch mehrere Argumente gestützt werden:

1. Effizienzsteigerung der Verwaltung

Eine kürzere Frist trägt dazu bei, dass Ansprüche zeitnah geltend gemacht werden. Dadurch können Verwaltungsprozesse beschleunigt und Ressourcen effizienter genutzt werden. Die Bearbeitung von Anträgen erfolgt innerhalb eines überschaubaren Zeitrahmens, was zu einer schnelleren Auszahlung berechtigter Leistungen führt.

2. Harmonisierung mit internationalen Regelungen

Die Anpassung der Frist orientiert sich an den Regelungen anderer Länder, die ähnliche Verjährungsfristen für Sozialleistungen eingeführt haben, hier Deutschland und Luxemburg.

Dies erleichtert die internationale Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen zwischen verschiedenen Sozialversicherungssystemen.

Eine einheitlichere Regelung trägt zur Rechtsklarheit bei und verhindert Unterschiede in der Anspruchsdurchsetzung.

3. Wahrung der Rechte der Anspruchsberechtigten

Die Frist bleibt weiterhin ausreichend, um betroffenen Personen die Möglichkeit zu geben, ihren Antrag fristgerecht einzureichen.

Die Maßnahme stellt sicher, dass berechtigte Ansprüche nicht verloren gehen, sondern innerhalb eines angemessenen Zeitraums geprüft und gewährt werden.

Die Verkürzung der Verjährungsfrist stellt somit keinen wesentlichen Rückschritt in den sozialen Rechten dar, sondern dient der Effizienzsteigerung und der Rechtsklarheit. Gleichzeitig bleibt die Möglichkeit zur Antragstellung für berechtigte Personen erhalten, sodass die Maßnahme mit der Standstill-Verpflichtung vereinbar ist.

Artikel 21

Mit Blick auf die angespannte haushaltspolitische Situation Belgiens wird seit Ende des Jahres 2024 offensichtlich, dass der belgische Föderalstaat, aber auch die jeweiligen belgischen Gliedstaaten, in den kommenden Jahren gemeinsam bedeutsame Anstrengungen unternehmen werden müssen, die Situation zu ändern.

Einen Beitrag dazu soll die durch das Programmdekret 2024 vom 23. Dezember 2024 vorgenommene Streichung der Angleichung in den Jahren 2025 und 2026 leisten.

Es wird festgestellt, dass in den letzten Jahren auch gerade aufgrund der im Dekret vorgesehenen Angleichungsformel die tatsächlichen Ausgaben für Familienleistungen kontinuierlich gestiegen sind, so im Jahr 2023 um 2.840.507,20 EUR im Vergleich zu 2022 (Ausgaben 2022 insgesamt: 40.244.179,09 EUR) und im Jahr 2024 um 2.783.861,99 EUR im Vergleich zu 2023 (Ausgaben 2023 insgesamt: 43.084.686,29 EUR). Für das Jahr 2024 beliefen sich demnach die Ausgaben im Bereich Familienleistungen auf insgesamt 45.868.548,28 EUR.

Wenn die hierüber genannten Erhöhungen in den Ausgaben auch nicht einzig in der jährlichen Angleichung ihre Ursache haben, können doch mittels vorübergehender Streichung dieser Bestimmung nicht zu verkennende Spareffekte ab Juli 2027 bei den Familienleistungen erzielt werden, da die Angleichung der Jahre 2025 und 2026 nicht nachträglich vorgenommen werden.

Einer ersten Berechnung zufolge könnte mit der Umsetzung dieser Maßnahme mindestens ein Gesamtbetrag in Höhe von 2,4 Millionen EUR eingespart werden. Die genaue Auswirkung ist nicht absehbar, da die Höhe der Einsparung vom effektiven Wirtschaftswachstum und der Inflation abhängig ist. Die Höhe der Angleichung vom 1. Juli 2027 würde von der Differenz zum 1. Juli 2026 ausgehen.

Mit Blick auf Artikel 23 der Verfassung wird von der Standstill-Verpflichtung bei Einführung der hier vorgeschlagenen Maßnahme keineswegs zurückgetreten, da es sich einerseits um keinen erheblichen Rückschritt in den Familienleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft handelt.

Die temporäre Aussetzung der Indexierung hat für den einzelnen Leistungsempfänger nur eine begrenzte finanzielle Auswirkung, da die Grundstruktur der Familienleistungen erhalten bleibt. Auf gesamtgemeinschaftlicher Ebene hingegen führt die Maßnahme zu einer signifikanten Einsparung, da die kumulierte Summe der Zahlungen erheblich reduziert wird. Dadurch wird die finanzielle Nachhaltigkeit des Systems gestärkt, ohne die individuelle soziale Absicherung wesentlich zu beeinträchtigen.

Diese Reduzierung geschieht andererseits vor dem Hintergrund der wesentlichen Anstrengungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die notwendige finanzielle Tragfähigkeit ihres Haushalts, und insbesondere der verschiedenen sozialen Leistungen, langfristig zu gewährleisten und die europäischen und föderalen Anforderungen an den Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzuhalten. Als Ausdruck der generationsübergreifenden Solidarität müssen hier in allen Bereichen ausreichende Anstrengungen unternommen werden. Die Stabilisierung des Haushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Gewährleistung seiner finanziellen Tragfähigkeit stellt einen legitimen Zweck dar (VerfGh., vom 20. Juli 2023, Nr. 112/2023, Rn. B.11.2.2).

Wie oben rechnerisch dargelegt dürfte diese Maßnahme eine Einsparung in Höhe von 2,4 Millionen EUR ermöglichen.

Die Maßnahme ist somit mit dem allgemeinen Ziel der Haushaltskonsolidierung vereinbar und stellt auch keine unverhältnismäßige Einschränkung sozialer Rechte dar.

Artikel 22

Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (hiernach „AEUV“) besagt, dass staatliche Beihilfen, abgesehen von den im Vertrag vorgesehenen

Ausnahmen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind. Zuschüsse können jedoch im Sinne des Artikels 107 Absatz 2 oder 3 AEUV sowie Artikel 106 Absatz 2 mit dem Binnenmarkt vereinbar sein und von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 des AEUV befreit werden, unter anderem wenn es sich um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) handelt.

Die Europäische Kommission definiert die DAWI in ihrem Qualitätsrahmen als wirtschaftliche Tätigkeiten, die dem Allgemeinwohl dienen und ohne staatliche Eingriffe am Markt überhaupt nicht oder in Bezug auf Qualität, Sicherheit, Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung oder universaler Zugang nur zu anderen Standards durchgeführt würden.

Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung wird dem Leistungserbringer im Wege eines Auftrags auferlegt, der eine Gemeinwohlkomponente enthält, sodass sichergestellt ist, dass die Dienstleistung unter Bedingungen erbracht wird, die es dem Leistungserbringer ermöglichen, seinen Auftrag zu erfüllen.

Die EU legt jedoch nicht fest, wann eine Dienstleistung eine DAWI darstellt. Die Mitgliedsstaaten haben demnach bei der Festlegung dieser Dienstleistung und der Gewährung von Ausgleichsleistungen für den Dienstleistungserbringer einen weiten Ermessensspielraum. Das heißt die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst festlegen, welche Dienstleistungen sie in ihrem Zuständigkeitsbereich als DAWI einstuft. Durch diesen Artikel wird festgelegt, dass es sich bei der vom Zentrum angebotenen Kinderbetreuung im Sinne des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung und dem Durchführen von innovativen Pilotprojekten im Bereich Kinderbetreuung um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) handelt.

Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (hiernach „AEUV“) besagt, dass staatliche Beihilfe, abgesehen von den im Vertrag vorgesehenen Ausnahmen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind. Zuschüsse können jedoch mit dem Binnenmarkt vereinbar sein und von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 des AEUV befreit werden, wenn es sich um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) handelt. Eine Bedingung dieser Befreiung besteht darin, dass ein Unternehmen, das eine DAWI erbringt, explizit mit der Erbringung einer solchen Dienstleistung betraut werden muss. Vorliegender Artikel schafft die rechtliche Grundlage für diese Betrauung.

Artikel 23

Ein sozialer Treffpunkt sollte nicht nur für ein einzelnes Viertel zuständig sein, sondern für die gesamte Gemeinde bzw. einen Zusammenschluss mehrerer Gemeinden ein Treffpunkt sein, da er eine zentrale Rolle bei der Förderung von Gemeinschaft, Integration und sozialem Zusammenhalt spielt.

Artikel 24

Personenbezeichnungen im Dekret gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 25

Die im ursprünglichen Artikel 5 §2 genannten Aufgaben zur Verwirklichung der Ziele sind in der Praxis nicht kontrollierbar. Einige der Aufgaben können auch als Ziele an sich gewertet werden und wurden aus diesem Grund in §1 desselben Artikels aufgenommen.

Artikel 26

Der Artikel zur Bestandsaufnahme ist nicht ausreichend präzise, was in der Praxis zu Unklarheiten bezüglich seiner Anwendung geführt hat. Die Bestandsaufnahme wird in Artikel 7 zu den Anerkennungskriterien genannt und soll in diesem Artikel auch präzisiert werden. Eine Bestandsaufnahme erscheint vor allem bei Gründung eines sozialen Treffpunkts unerlässlich und soll auch dann verpflichtend bleiben.

Artikel 27

Artikel 7 des Dekrets befasst sich mit den Anerkennungskriterien für soziale Treffpunkte. Dieser Artikel wird an einigen Stellen angepasst.

Die Bestandsaufnahme wird künftig als eine der Anerkennungskriterien aufgeführt. Eine Bestandsaufnahme erscheint vor allem bei Gründung eines sozialen Treffpunkts unerlässlich, um zu erkennen, wofür es den sozialen Treffpunkt braucht, und soll zu diesem Zeitpunkt deshalb auch verpflichtend bleiben. Die Bestandsaufnahme weist auf, welche Angebote, Ressourcen und Strukturen bereits vorhanden sind – und wo Lücken bestehen, um dort gemeinschaftlich mit anderen VoG, faktischen Vereinigungen und der Gemeinde und dem öffentlichen Sozialhilfezentrum zu kooperieren und Abhilfe zu schaffen. Sie hilft, die tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen der Zielgruppen zu verstehen.

Darüber hinaus werden die Bedingungen angepasst, die die in den sozialen Treffpunkten beschäftigten Koordinatoren erfüllen müssen.

Zum einen hat die Praxis gezeigt, dass für einen sozialen Treffpunkt viele verschiedene Fähigkeiten von Bedeutung sind, die nicht ausschließlich in formellen sozialen oder pädagogischen Studiengängen vermittelt werden. Die Vielfalt an Hintergründen kann zum Erreichen der Ziele beitragen. Menschen aus verschiedenen Disziplinen bringen unterschiedliche Perspektiven, Fähigkeiten und Netzwerke mit, die den Treffpunkt bereichern. Aus diesem Grund muss das Bachelordiplom künftig keine soziale oder pädagogische Ausrichtung mehr haben.

Zum anderen müssen die Koordinatoren weiterhin einen Auszug aus dem Strafregister einreichen. Durch die vorliegende Änderung wird die Bezeichnung des erforderlichen Auszuges angepasst. Hierdurch erfolgt eine Vereinheitlichung der Anforderungen in den Bereichen Kinderbetreuung und Jugendhilfe.

Zu guter Letzt wird §3 angepasst, der das Konzept der sozialen Treffpunkte betrifft. Diesbezüglich wird in Absatz 1 der Verweis auf Artikel 6 angepasst, da die Bestandsaufnahme nicht mehr in Artikel 6 definiert wird, sondern mit Anpassung des Dekrets in Artikel 7 §1 Nummer 4. Zudem wird Absatz 3 aufgehoben. Es liegt im Ermessen der Akteure, die an der Gründung des sozialen Treffpunktes beteiligt sind, welche Personen und Organisationen an der Ausarbeitung des Konzepts beteiligt sein sollen.

Artikel 28

Die im ursprünglichen Artikel 8 Absatz 2 Nummern 1 bis 3 genannten Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennungen entsprechen zum Teil den in Artikel 5 genannten Zielen eines sozialen Treffpunkts. Es erscheint logisch, dass die sozialen Treffpunkte alle in Artikel 5 genannten Ziele erreichen müssen. Dementsprechend macht es Sinn, auf den Artikel im Rahmen der Aufrechterhaltung der Anerkennung zu verweisen.

Durch den Wegfall der Verträge ist es notwendig, die Teilnahme an Weiterbildungen der hauptamtlichen Mitarbeiter im Rechtstext zu verankern.

Zudem soll jederzeit eine Fassung des Auszugs aus dem Strafregister vorliegen, die nicht älter als ein Jahr ist. Bisher wurde diese Tatsache durch den Vertrag abgedeckt. Zur Verwaltungsvereinfachung ist es jedoch wünschenswert keine zusätzlichen Verträge zum Ressort-Dekret abzuschließen.

Artikel 29

Die Umstellung auf eine pauschale Bezuschussung, die sowohl Personal- als auch Funktionskosten abdeckt, wird beibehalten. Diese Maßnahme dient dem Bürokratieabbau und reduziert den Verwaltungsaufwand erheblich. Die detaillierte Berechnung und Abrechnung der effektiven Kosten beanspruchte erhebliche personelle und zeitliche Ressourcen auf beiden Seiten und kann somit vermieden werden.

Zudem profitieren die sozialen Treffpunkte von einer größeren Gestaltungsfreiheit, da die pauschalen Mittel nicht mehr im Detail belegt werden müssen und flexibel im Rahmen ihres Auftrags eingesetzt werden können.

Die Möglichkeit eines erhöhten Zuschusses in Höhe von 100.000 Euro erlaubt es, auf lokale Besonderheiten und zusätzliche Leistungen gezielt einzugehen.

Das Modell sorgt dafür, dass jede Gemeinde entsprechend ihrer Einwohnerzahl und den damit verbundenen Bedürfnissen unterstützt werden kann, ohne dass es zu einer Überlastung der Haushalte kleinerer Gemeinden kommt.

Durch die Verpflichtung der Gemeinden oder der öffentlichen Sozialhilfezentren, sich mit mindestens 10 % an den Kosten zu beteiligen, wird die Verantwortung auf lokaler Ebene gefordert. Dies fördert die Eigeninitiative und Beteiligung der Gemeinden oder der öffentlichen Sozialhilfezentren und eröffnet ihnen zusätzliche Möglichkeiten, aktiv den kommunalen Sozialraum zu gestalten und lokale Initiativen zur Teilhabeförderung und Integration zu fördern. Dies ist wichtig, da das Funktionieren der sozialen Treffpunkte grundlegend von deren kommunaler Verankerung abhängig ist.

Der Zusammenschluss mehrerer Gemeinden, um den Schwellenwert zu erreichen, gibt auch kleinen Gemeinden bei Bedarf die Möglichkeit einen sozialen Treffpunkt anzuerkennen und zu fördern.

Die im Dekret vorgesehene Regelung, wonach Schwellenwerte erst dann neu bewertet werden, wenn sie in zwei aufeinanderfolgenden Jahren über- oder unterschritten werden, schafft stabile Rahmenbedingungen für die Förderung. Dies bietet finanzielle Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Zudem wird vorgesehen, dass die Regierung alle oder einzelne Zuschüsse aufgrund der verfügbaren Haushaltsmittel oder der Indexentwicklung mit einem Koeffizienten versehen kann.

Artikel 30

Der Sonderzuschuss wurde über längere Zeiträume hinweg kaum in Anspruch genommen. Dies zeigt, dass der Zuschuss in der Praxis nicht den erwarteten Nutzen bringt. In einem solchen Fall ist es sinnvoll, die Mittel für andere, effektivere Maßnahmen umzuschichten, um eine bessere Nutzung der verfügbaren Ressourcen sicherzustellen. Gleichzeitig erfolgt die Bezuschussung der sozialen Treffpunkte inzwischen auf Grundlage eines Pauschalzuschusses, sodass hier die Abgrenzung zu einem Sonderzuschuss bedeutend erschwert wird.

Der Verwaltungsaufwand, der mit der Bereitstellung und Kontrolle eines Sonderzuschusses verbunden ist, sollte in einem vernünftigen Verhältnis zur tatsächlichen Nutzung stehen.

Die sozialen Treffpunkte haben außerdem weiterhin die Möglichkeit, die Finanzierung von Projekten im Rahmen des Projektauftrags „zur Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung in Ostbelgien und zur Förderung der Integration aller Bevölkerungsgruppen“ zu beantragen.

Artikel 31

Im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung soll auf das Abschließen des Vertrags zwischen den verschiedenen Akteuren verzichtet werden. Der Vertrag ist nicht mehr notwendig, da alle Modalitäten durch das vorliegende Dekret und den Ausführungserlass geregelt werden.

Artikel 32

Der Haushaltsplan des folgenden Geschäftsjahres ist nicht mehr relevant, da die anerkannten sozialen Treffpunkte gemäß Dekret einen Pauschalzuschuss erhalten.

Artikel 33

Durch diesen Artikel wird ein Kapitel in das Dekret eingefügt, das Datenschutzbestimmungen enthält.

Artikel 34

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung, die anerkannten sozialen Treffpunkte und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Artikel 35

Dieser Artikel legt fest, dass das Zentrum für die Verarbeitung der in Artikel 14.3 erwähnten Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung gilt.

Artikel 36

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die in Zukunft verarbeitet werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen.

Artikel 37

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 38

Dieser Artikel erlaubt es der Regierung, gegebenenfalls die nötigen Maßnahmen zur Sicherheit der personenbezogenen Daten festzulegen.

Artikel 39

Diese Abänderung ist gemeinsam mit Artikel 10 zu lesen. Sowohl für die Inanspruchnahme einer Dienstleistung eines Familien- und Seniorenhilfsdienstes als auch für den Einzug in ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren muss der Betroffene eine Beratungsbescheinigung vorweisen. Diese Bescheinigung erhält der Betroffene, wenn er ein Beratungsgespräch mit einem Mitarbeiter der DSL geführt hat. Dieses Beratungsgespräch dient dazu dem Betroffenen alle Hilfsangebote für seinen Unterstützungsbedarf zu erläutern. In der Realität haben die Senioren jedoch bereits vor dem Beratungsgespräch ihre Entscheidung getroffen, womit das Gespräch zu einer Formalie wird. Dennoch binden diese verpflichtenden Gespräche bedeutende Personalressourcen, die somit nicht effizient eingesetzt werden können. Die Beratung zu den Hilfsangeboten muss lange vor der Entscheidung des Betroffenen erfolgen. Dies kann in Form von Informationsversammlungen, wie zuletzt im Bereich Demenz erfolgen oder aber durch die Orientierer der DSL im Rahmen ihrer Hausbesuche u.a. bei Bedarf eines Hilfsmittels. Da die Beratungsbescheinigung verpflichtend ist und vorher die Dienstleistung nicht beansprucht werden kann, müssen die Mitarbeiter diese Anfragen prioritär behandeln. Dies führt dazu, dass die ihren allgemeinen präventiven Beratungsauftrag nicht mehr nachkommen können.

Aus diesem Grund wird diese Verpflichtung aufgehoben, um die professionellen Kräfte verstärkt in die präventive Beratung einsetzen zu können.

Artikel 40

Diese Abänderung ergibt sich aus der Aufhebung von Artikel 15 §§1 und 2 des Dekrets (s. Artikel 39), die eine Streichung des Rechtsverweises erfordert.

Artikel 41 und 42

Die Artikel 41, 55, 72, 74 und 80 führen eine parallele Anpassung folgender Dekrete durch, die die Auferlegung von Verwaltungsstrafen betreffen:

- Dekret vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt
- Dekret vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport
- Wallonisches Gesetzbuch über nachhaltiges Wohnen
- Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
- Dekret vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus

Jedes dieser Dekrete enthält eine gleichlautende Bestimmung, die vorsieht, dass die Regierung über eine Frist von sechs Monaten ab Erhalt des Feststellungsprotokolls durch den zuständigen Inspektionsdienst verfügt, um eine Verwaltungsstrafe aufzuerlegen. Nach Ablauf dieser sechsmonatigen Frist, ist es der Regierung demnach nicht mehr möglich eine Verwaltungsstrafe aufzuerlegen. In der Praxis zeigt sich, dass die bisherige Frist von sechs Monaten zur Auferlegung einer Verwaltungsstrafe nicht immer ausreicht, um komplexe Sachverhalte sachgerecht aufzuarbeiten, verwaltungsinterne Abstimmungen durchzuführen und eine rechtlich tragfähige Entscheidung zu treffen. Um die Qualität, Konsistenz und Rechtssicherheit der Entscheidungen zu gewährleisten, soll die Frist daher auf zwölf Monate ausgeweitet werden. Diese Änderung dient auch der Harmonisierung mit vergleichbaren Regelungen (im Bereich Raumordnung beträgt die Frist beispielsweise schon 1 Jahr) und fördert die effiziente Bearbeitung im Sinne einer nachhaltigen Verfahrensführung.

Die Artikel 42, 56, 73, 75 enthalten jeweils eine Übergangsbestimmung, die gewährleistet, dass laufende Verfahren nicht von der Ausweitung dieser Frist betroffen sind. Diese soll lediglich für die Feststellung neuer Verstöße, d.h. solche, die ab dem 1. Januar 2026 festgestellt werden, gelten.

Artikel 43

Durch die Umwandlung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben (DSL) in einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung gehören dem Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung zwei Vertreter der Verwaltung als beratende Mitglieder an: ein Vertreter des Fachbereichs Familie und Soziales des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und ein Mitglied des von der Regierung bestimmten Dienstes, der für den Bereich selbstbestimmtes Leben zuständig ist, d.h. die DSL. Dies wird als nicht notwendig angesehen. Es ist ausreichend, wenn ein Vertreter der Verwaltung vorgesehen ist, nämlich seitens der DSL, die inhaltlich die beste Expertise hat, in Anwendung von Artikel 6 Nummer 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über die Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens die Rolle des Focal Points der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie dessen Fakultativprotokoll wahrnimmt und im Falle der Notwendigkeit die Brücke zu anderen Fachbereichen des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft schlagen kann.

Artikel 44

Die Anwendung der Besoldungsbestimmungen für die Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat sich in der Praxis als kaum umsetzbar erwiesen, da es keine erfahrenen Sozialsekretariate gibt. Die Anwendung der Bestimmungen des Sozial- und Gesundheitsbereiches wird die Arbeit des Beirats und die Zusammenarbeit mit einem Lohnsekretariat vereinfachen.

Artikel 45

Aufgrund des laufenden Reformprozesses für das Museumsdekret, ist es nicht sinnvoll, die Museen 2026 neu einzustufen und gleichzeitig die Kriterien anzupassen. Eine Neueinstufung sollte dann unter den aktualisierten Bedingungen 2027 erfolgen und ab dem 1. Januar 2028 gültig sein. Diesen Zustand spiegelt der neue Absatz 3 in Artikel 17 wider.

Darüber hinaus werden durch Artikel 17 Absatz 4 des Dekrets aufgrund der Haushaltslage die Ersteinstufungen von Museen für diese Legislatur ausgesetzt. Bei gleichbleibenden Haushaltsmitteln besteht die Gefahr, dass die Anerkennung eines oder mehrerer neuer Museen auf Kosten der bestehenden Museen finanziert werden müssen. Die Neuverteilung der Haushaltsmittel zwischen bestehenden Museen und eventuellen neuen Museen, würde alle – neue wie bestehende – Museen finanziell schaden. Um die finanziellen Verluste zu kompensieren, müssten die bestehenden Museen eventuell Personal entlassen und könnten somit ebenfalls die quantitativen Kriterien gemäß vorliegendem Dekret nicht mehr erfüllen.

Artikel 46

Bei mehr als zwei laufenden Stipendienprojekten pro Antragsteller besteht das Risiko, dass nicht abgeschlossene Stipendien immer weiter nach hinten geschoben werden und eventuell nicht abgeschlossen werden. Um dieses Risiko zu vermeiden, werden ausschließlich zwei laufende Stipendien pro Antragsteller zugelassen.

Artikel 47

Bei mehr als zwei laufenden Projekten zu Veröffentlichungen pro Antragsteller besteht das Risiko, dass nicht abgeschlossen Veröffentlichungen immer weiter nach hinten geschoben werden und eventuell nicht abgeschlossen werden. Um dieses Risiko zu vermeiden, werden ausschließlich zwei laufende Projekte für Veröffentlichungen pro Antragsteller zugelassen.

Es gibt weder in der Regierung noch in der Verwaltung Verwendung für die angekauften Werke. Die meisten Bücher wurden gelagert, einige verschenkt und bei zu geringer Lagerkapazität entsorgt. Der Ankauf von Büchern widerspricht somit dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Deswegen wurde in den letzten Jahren *de facto* schon keine Buchankäufe mehr getätigt.

Artikel 48

Förderfähige besondere Kulturprojekte, müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein. In Analogie zu den besonderen Kulturprojekten sollen Jubiläumsfeierlichkeiten von Amateurkunstvereinen ebenfalls öffentlich zugänglich sein.

Artikel 49

Nach Zusage werden die Mittel gebunden und können nicht mehr für andere Zuschüsse genutzt werden. Geht dies über das Jahresende hinaus, müssen Mittel entweder übertragen werden, d.h. aufgestockt werden, oder wenn das nicht möglich ist, blockieren die nicht abgerufenen Mittel die Mittel, die für das Folgejahr vorgesehen wurden.

Artikel 50

In Artikel 96 wird ein neuer §7 eingefügt, denn aufgrund der Haushaltslage werden die Ersteinstufungen von professionellen Kulturträgern für die laufende Legislatur ausgesetzt. Bei gleichbleibenden Haushaltsmitteln besteht die Gefahr, dass die Anerkennung eines oder mehrerer neuer Kulturträger auf Kosten der bestehenden professionellen Kulturträger finanziert werden müssen. Die Neuverteilung der Haushaltsmittel zwischen bestehenden Kulturträgern und eventuellen neuen Kulturträgern, würde alle – neue wie bestehende – Kulturträger finanziell schaden, so dass die Kulturträger die qualitativen und quantitativen Kriterien gemäß vorliegendem Dekret nicht mehr erfüllen können. Um die finanziellen Verluste zu kompensieren, müssten die bestehenden Kulturträger Personal entlassen.

Vor demselben Hintergrund wird in Artikel 96 ein §8 eingefügt. Die Förderperiode des aktuellen Künstlers Ostbelgiens läuft am 31. Dezember 2026 aus. Somit müsste 2026 der nächste Aufruf zur Bewerbung als Künstler Ostbelgiens veröffentlicht werden. Der Aufruf, die Jurysitzung sowie die Veranstaltung zur Verkündung des Gewinners und die Abschlussveranstaltung werden jeweils durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaften organisiert. Die Planungen für den nächsten Aufruf würden im Sommer oder Anfang Herbst beginnen. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage soll die Auszeichnung Künstler Ostbelgiens während einer Förderperiode ausgesetzt werden. Dadurch werden in den Haushaltsjahren 2027, 2028 und 2029 mindestens 60.000 EUR (Veranstaltung für die Verleihung des Preises, Preisgeld, Werkstipendium, Abschlussveranstaltung, ...) eingespart.

Schließlich wird in Artikel 96 ein §9 eingefügt. Die Einstufungen im Amateurkunstbereich finden alle vier Jahre statt. Die folgende Einstufung würde somit 2026 durch das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaften organisiert werden. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage soll die Einstufung im Jahr 2029 stattfinden und die Einstufungsergebnisse von 2022 eingefroren werden. Außerdem wird über eine Umorganisation der Tanzeinstufung nachgedacht. Die Tanzeinstufung ist zurzeit die einzige Einstufung von Amateurkunstvereinen, die ausschließlich von der Verwaltung organisiert wird.

Artikel 51

Aufgrund der Haushaltslage werden die Ersteinstufungen von kreativen Ateliers und kreativen Fachateliers für diese Legislatur ausgesetzt. Bei gleichbleibenden Haushaltsmitteln besteht die Gefahr, dass die Anerkennung eines oder mehrerer neuer kreativen Ateliers oder kreativen Fachateliers auf Kosten der bestehenden Ateliers finanziert werden müssen. Die Neuverteilung der Haushaltsmittel zwischen bestehenden Ateliers und eventuellen neuen Ateliers, würde alle – neue wie bestehende – Ateliers finanziell schaden. Um die finanziellen Verluste zu kompensieren, müssten die bestehenden Ateliers Personal entlassen und könnten somit ebenfalls die quantitativen Kriterien gemäß vorliegendem Dekret nicht mehr erfüllen.

Aufgrund der Haushaltslage werden die Einstufungen der kreativen Ateliers bis 2028 ausgesetzt und in Analogie zu den Einstufungen der kreativen Fachateliers stattfinden. Bei gleichbleibendem Haushalt besteht die Gefahr, dass bei der Anerkennung der kreativen Ateliers aufgrund der Kriterien Ateliers höher eingestuft werden und somit Anrecht auf mehr Funktionszuschüsse und auf mehr Personalzuschüsse hätten. Die Neuverteilung der Haushaltsmittel zwischen den Ateliers, würde alle Ateliers finanziell schaden. Um die finanziellen Verluste zu kompensieren, müssten die Ateliers Personal entlassen oder könnten trotz einer höheren Einstufung kein neues Personal einstellen. Außerdem könnten sie somit ebenfalls die quantitativen Kriterien gemäß vorliegendem Dekret nicht mehr erfüllen.

Da die Einstufung der kreativen Ateliers verschoben und der Förderzeitraum um zwei Jahre verlängert wird, sollen die fünf Jahre, die dem Förderzeitraum 2029-2031 vorausgehen, bei der nächsten Einstufung berücksichtigt werden.

Artikel 52

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass gewisse Jugendorganisationen die ihnen zugewiesene Kategorie hinsichtlich der sinkenden Mitgliederzahlen nicht halten können und eine Herabstufung in eine niedrigere Kategorie droht (z.B. Patro Mädchen mit 75 Mitgliedern, Ocarina mit 109 Mitgliedern, Chiro St. Vith mit 114 Mitgliedern, Patro Jungen mit 125 Mitgliedern).

Die Basiskosten bei 50 Mitgliedern (Kat. I) im Vergleich zu 100 Mitgliedern (Kat. II) sind nach wie vor hoch, sodass die für Kat. I vorgesehenen 2.500 EUR nicht ausreichen. Zudem ist die Fallhöhe von 10.000 EUR bei 100 Mitgliedern zu 2.500 EUR bei 50 Mitgliedern sehr hoch.

Um die geförderten Jugendorganisationen nicht in eine finanzielle Schieflage zu bringen und eine Aufrechterhaltung des bestehenden Angebots zu sichern, wird vorgeschlagen, die Zuschusshöhe der Kat. I von 2.500 EUR auf 7.500 EUR anzupassen.

Dies bedeutet kurz- und mittelfristig keine zusätzlichen Kosten, weil nicht mit einer Anerkennung neuer Jugendorganisationen zu rechnen ist.

Artikel 53

Zur Ausübung der Kontrolle der Jugendlager greift die Regierung auf Gutachten des Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (hiernach „Kaleido“) zurück. Sofern Kaleido ein negatives Gutachten ausstellt, bestand bisher nicht die Möglichkeit, auf die betroffene Jugendorganisation einzuwirken. Durch das Hinzufügen des Punktes 8.1 in Artikel 14 wird die Möglichkeit geschaffen, den Lagerzuschuss bei Bedarf zu kürzen oder zu streichen.

Artikel 54

Artikel 127 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen (im Folgenden „das Mediendekret“) sieht die Schaffung und die Zusammensetzung des Beirats für Mediendienste vor. Damit in der Mandatsdauer der Mitglieder keine Asynchronität entsteht, wird ein neuer §5 eingefügt, um sicherzustellen, dass ein Mitglied, welches ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ersetzt, dessen Mandat bis zum Ende der Mandatsdauer weiterführt. Somit enden die Mandate aller Mitglieder immer zum gleichen Zeitpunkt, welches eine Verwaltungsvereinfachung darstellt.

Artikel 55 und 56

Es wird auf die Kommentare zu den Artikeln 41 und 42 verwiesen.

Artikel 57

Durch die Einführung von Datenschutzbestimmungen in das Dekret vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung ist eine Ergänzung des Definitionsartikels notwendig.

Artikel 58 und Artikel 59

Durch diese Artikel wird das Antragsverfahren für Zuschüsse dahingehend präzisiert, dass für die Bearbeitung des Antrags die Verarbeitung von personenbezogenen Daten notwendig ist. Werden diese nicht durch den Antragsteller geliefert, kann der Antrag auch nicht bearbeitet werden. Dies hat die Aussetzung der Bearbeitung zur Folge.

Artikel 60

Durch diesen Artikel wird ein Kapitel bzgl. des Datenschutzes vorgesehen.

Artikel 61

Artikel 43.8 besagt, dass sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung, das Arbeitsamt sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Durch die allgemeine Vertraulichkeitsbestimmung wird kein Berufsgeheimnis im rechtlichen Sinn auferlegt. In der Tat sieht das Dekret keine strafrechtlichen Sanktionen für eventuelle Verstöße gegen den vorliegenden Artikel vor.

„Unbeschadet besonderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen“ bedeutet, dass in Fällen, in denen die Weitergabe der Angaben gesetzlich vorgesehen ist oder wenn die Weitergabe zur Durchführung des vorliegenden Dekrets notwendig ist, diese Vertraulichkeitsklausel dem nicht entgegengehalten werden darf.

Artikel 62

Der einzufügende Artikel 43.9 §1 regelt, dass die Regierung für die in Artikel 43.11 Absatz 1 erwähnten Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung als verantwortlich gilt, und zwar für die Zwecke, wie sie Artikel 43.12 §1 regelt.

Paragraf 2 sieht vor, dass der Dienst verantwortlich ist für die Daten, die in Artikel 43.11 Absatz 2 aufgeführt werden, und zwar für die konkreten Zwecke, wie sie in Artikel 43.12 §2

definiert sind. Der Dienst ist in diesem Zusammenhang für die Datenverarbeitung im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich.

Artikel 63

Einerseits ist es für die Regierung bzw. ihre Verwaltung wichtig, im Rahmen dieses Dekrets, eine Reihe von medizinischen Daten verarbeiten zu können, da geprüft werden muss, ob der Antragsteller die Zugangsbedingungen für eine AktiF- oder AktiF PLUS-Bescheinigung erfüllt. Bei den AktiF PLUS-Berechtigten kann es sich um Personen handeln, die u.a. eine verminderte Arbeitsfähigkeit haben. Als vermindert arbeitsfähig wird u.a. der Arbeitsuchende angesehen, der die medizinischen Bedingungen erfüllt, um Anspruch auf eine Beihilfe zur Ersetzung des Einkommens oder auf Eingliederungsbeihilfe im Rahmen der Behindertengesetzgebung zu erhalten. Ein anderes Kriterium, um als vermindert arbeitsfähig zu gelten, ist die dauerhafte Arbeitsunfähigkeit von 33%, die durch einen Arzt des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung oder des Arbeitsamtes festgestellt wurde.

Die Prüfung dieser Kriterien erfolgt durch den Dienst und unterliegt folgerichtig der im entsprechenden Rechtsrahmen festgeschriebenen Erlaubnis, Gesundheitsdaten im Rahmen seines Auftrags zu verarbeiten.

Das Ministerium erfährt in diesen Fällen nicht automatisch, welches Vermittlungshemmnis ausschlaggebend für die Ausstellung einer AktiF PLUS-Bescheinigung aufgrund von verminderter Arbeitsfähigkeit war. Im Zweifelsfall oder bei einer Kontrolle kann aber eine tiefergehende Prüfung durch das Ministerium erforderlich sein.

Im Einklang mit den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung findet die Datenverarbeitung durch eine Fachkraft der Gesundheitspflege oder durch eine Person statt, die dem Berufsgeheimnis unterliegt.

Artikel 64

Artikel 43.11 listet zunächst die personenbezogenen Datenkategorien auf, die die Regierung und der Dienst verarbeiten können.

Absatz 1 definiert die Daten, die die Regierung bezüglich der AktiF- und AktiF PLUS-Berechtigten und bezüglich der Arbeitgeber verarbeiten kann.

Die Verarbeitung der Nationalregisternummer von nichtbeschäftigten Arbeitsuchenden durch die Regierung ist nötig, um zweifelsfrei zu prüfen, ob sie tatsächlich AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigte sind und um mögliche Verwechslungen mit gleichnamigen Personen zu vermeiden. Sie sind im Besitz einer entsprechenden Bescheinigung des Dienstes, auf der die Nationalregisternummer angegeben ist.

In diesem Zusammenhang muss die Person eindeutig identifizierbar sein.

Für eine Kontaktaufnahme und Kommunikation sind Kontaktangaben wie Adresse, E-Mail-Adresse und Telefonnummer unerlässlich.

Die Regierung verarbeitet Daten wie Qualifikation, Kompetenzen, Berufserfahrung, Daten zur sozialberuflichen Situation, zur beruflichen Vergangenheit oder zur körperlichen und psychischen Gesundheit, die insbesondere für die Gewährung des AktiF PLUS-Zuschusses aufgrund einer verminderten Arbeitsfähigkeit notwendig sind.

Artikel 3 des Ausführungserlasses vom 28. September 2018 legt fest, dass gewisse Zeiträume der Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzen sind. Beispielsweise die Zeiträume von Haft- oder Gefängnisstrafen. Im Rahmen des Antrags auf die Bescheinigung werden diese Informationen beim Antragsteller abgefragt. Die Regierung kann diese Daten im Rahmen der Kontrolle oder Berichterstattung gemäß der Datenschutzbestimmungen verarbeiten.

Bezüglich der Arbeitgeber, die einen Antrag auf Bezuschussung stellen, werden ebenfalls Daten zur Identität, die Unternehmensnummer, sowie die Kontonummer verarbeitet.

Schließlich werden auch Daten zu Steuer- und Sozialschulden des betreffenden Arbeitgebers abgefragt. Dies geschieht über die Telemarc-Datenbank und dient der Prüfung, ob der Betrieb seinen Verpflichtungen im Bereich des Steuer-, Sozial- und Arbeitsrecht nachkommt.

Der Dienst verarbeitet gemäß Absatz 2 auch personenbezogene Datenkategorien.

Bezüglich der Antragsteller einer Bescheinigung sind die Angaben zur Identität und die Nationalregister erforderlich, um zweifelsfrei zu prüfen, ob sie tatsächlich die Zuschussbedingungen erfüllen. Für eine Kontaktaufnahme und Kommunikation sind Kontaktangaben wie Adresse, E-Mail-Adresse und Telefonnummer unerlässlich.

Der Dienst benötigt die Angaben zur Qualifikation, Kompetenzen, Berufserfahrung, zur sozialberuflichen Situation und zur beruflichen Vergangenheit, um die Bedingungen, die zur Ausstellung einer Bescheinigung führen, vollumfänglich prüfen zu können.

Für die Ausstellung einer AktiF PLUS-Bescheinigung auf Basis einer verminderten Arbeitsfähigkeit ist es notwendig, dass der Dienst über Gesundheitsdaten der antragstellenden Person verfügt, um die Bedingungen, die zu einer erhöhten und längeren Förderung führen können, zu prüfen.

Artikel 3 des Ausführungserlasses vom 28. September 2018 legt fest, dass gewisse Zeiträume der Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt gleichzusetzen sind. Beispielsweise die Zeiträume von Haft- oder Gefängnisstrafen. Demnach ist es für den Dienst unerlässlich, über diese Zeiträume eventueller Haft- oder Gefängnisstrafen in Kenntnis gesetzt zu werden, um die entsprechende Bescheinigung ausstellen zu können.

Es ist eine Regierungsermächtigung zur Präzisierung der in Absatz 1 und 2 aufgelisteten Daten vorgesehen.

Artikel 65

In Artikel 43.12 wird festgehalten, zu welchen Zwecken die in Artikel 43.11 aufgeführten Datenkategorien verarbeitet werden dürfen.

Paragraf 1 legt die Zwecke fest, zu denen die Regierung die definierten, personenbezogenen Daten, erhebt und verarbeitet.

Diese Zwecke betreffen die Gewährung der Zuschüsse in Anwendung des vorliegenden Dekrets. Die Datenerhebung erfolgt auch zu Kontrollzwecken, denn es soll einerseits kontrolliert werden, ob die Bezuschussungsbedingungen eingehalten werden und andererseits, ob der Berichterstattung korrekt Folge geleistet wird.

Paragraf 2 erläutert die Zwecke, zu denen der Dienst die personenbezogenen Daten abfragen und bearbeiten darf.

Die Erfassung und Verarbeitung dieser Daten sind erforderlich, um die Bedingungen zum Erhalt einer Bescheinigung zu prüfen.

Ferner dienen sie dazu, der verpflichteten Berichterstattung Folge leisten zu können.

Artikel 66

Artikel 43.13 regelt die Aufbewahrungsfrist der erhobenen Daten. Diese wird auf zwei Jahre begrenzt, nachdem die Zuschussdauer endet.

Artikel 67

In Artikel 43.14 wird die Möglichkeit der Datenverarbeitung zu statistischen und analytischen Zwecken beschrieben.

In dem Artikel wird der Grundsatz festgehalten, dass zu diesem Zweck pseudonymisierte Daten zu nutzen sind. Für Langzeitanalysen und komplexe Fragestellungen ist die Verknüpfung und Kreuzung von unterschiedlichen Datensätzen aus unterschiedlichen Zeiträumen erforderlich. Dies erfordert den technischen Bezug zur Person als statistische Einheit, ohne dass jedoch die Notwendigkeit besteht, die Person als Einzelperson zu identifizieren. Dies rechtfertigt den Einsatz von pseudonymisierten Daten anstelle anonymisierter Daten.

Artikel 68

In Art. 43.15 werden die Regierung und der Dienst dazu angehalten, bei der Verarbeitung der in Artikel 43.11 erwähnten Daten angemessene Sicherheitsbestimmungen anzuwenden. Diese können beispielsweise technisch-organisatorischer Art sein.

Artikel 69 und Artikel 70

Der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes wird durch diese Artikel um einen Vertreter der Beschützenden Werkstätten erweitert.

Artikel 71

Durch diesen Artikel wird präzisiert, dass nicht unbedingt die berufliche und zeitgleich die persönliche Entwicklung betrachtet werden müssen, um festzustellen, ob eine Arbeit als betreuter Freiwilliger angezeigt ist. Es können beide Aspekte eine Rolle spielen, müssen aber nicht. In erster Linie spielt jedoch der berufliche Aspekt eine Rolle und wenn dieser nichtzutreffend ist bzw. noch verfrüht erscheint, kann der Vermittler auch prüfen, ob die Arbeit als betreuter Freiwilliger nicht trotzdem einen positiven Einfluss auf die persönliche Entwicklung haben kann. Diese kann in einer weiteren Phase auch positiv für die berufliche Entwicklung sein.

Artikel 72 und Artikel 73

Es wird auf die Kommentare zu den Artikeln 41 und 42 verwiesen.

Artikel 74 und Artikel 75

Es wird auf die Kommentare zu den Artikeln 41 und 42 verwiesen.

Artikel 76

Es handelt sich um eine Maßnahme der Verwaltungsvereinfachung. Es zeigt sich, dass aus der Mitteilung über den Versand eines Dokuments, welches nicht an die Adressaten (Antragsteller und Projektautor) gerichtet ist und nur dem internen Gebrauch innerhalb des Verwaltungsweges dienlich ist, lediglich vermeidbarer Postaufwand aber kein informativer Mehrwert erzeugt wird.

Artikel 77

Es ist im betroffenen Fall nicht deutlich genug formuliert, welche konkrete Maßnahme im System der automatischen Befassungen des Gesetzbuches durchgeführt werden muss. Dementsprechend wird ein Verweis auf den Artikel D.IV.63 §2 eingefügt, in dem die einzuschlagende Prozedur vermerkt ist.

Artikel 78

Es handelt sich um eine Maßnahme der Verwaltungsvereinfachung, da die Regierung oder der Bürgermeister auch schon die Mahnung bestätigen, wenn sie mündlich erstellt wurde und da manche Beschlüsse der Regierung bereits als vorherige Mahnung im Sinne des Artikels D.VII.4 gelten (Art. D.IV.73.1 zum Beispiel).

Ursprünglicher Zweck der Bestimmung ist es, dem Zuwiderhandelnden die Möglichkeit zu geben, dem Verfahren ein Ende zu setzen, bevor es zu einer Protokollerstellung kommt. Die vorherige Mahnung erlaubt es, Verfahren zu vermeiden, wenn zum Beispiel Vergehen aus Ignoranz begangen werden. Wenn der Bürgermeister oder die Regierung Kenntnis von Vergehen erhalten, sollten sie ebenso wie die feststellenden Bediensteten Mahnungen aussprechen können, um dem Zuwiderhandelnden die Möglichkeit zu geben, sich in Ordnung zu bringen. Damit werden die Bearbeitung und Verfolgung von Vergehen durch die Gemeinden und die Regierung vereinfacht. Es gibt auch den Gemeinden die Möglichkeit, Mahnungen auszusprechen, die keine feststellenden Bediensteten zur Verfügung haben.

Artikel 79

Durch diesen Artikel wird die Rechtsgrundlage aufgehoben, welche durch die Aufhebung des Artikel 32 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 6. September 2007 über die Vermietung der von den Wohnungsbaugesellschaften öffentlichen Dienstes verwalteten Wohnungen noch bestand.

Im Gutachten 77.597/2-3-4-16 vom 29. April 2025 zu einem Entwurf eines Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚zur Festlegung von Maßnahmen zur administrativen Vereinfachung und zur Stabilisierung des Haushalts‘ wies der Staatsrat darauf hin, dass die Regierung die Berücksichtigung der Anzahl Kinder auf Erlassebene nicht aufheben dürfe, da Artikel 172 §1 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe g) des wallonischen Gesetzbuchs über nachhaltiges Wohnen eine entsprechende Vorgabe mache. Die Aufhebung der Pflicht zur Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Mietpreisberechnung im öffentlichen Wohnungswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ausnahmsweise mit Rückwirkung vorgesehen (s. Artikel 88 Nummer 3). Dies ist notwendig, um die hiervor beschriebene, widersprüchliche Rechtslage zu bereinigen, die durch abweichende Rechtsnormen auf Erlassebene entstanden ist und zu Rechtsunsicherheit führt. Eine gesetzliche Klarstellung mit ex tunc-Wirkung ist daher unerlässlich, um Rechtssicherheit herzustellen.

Inhaltlich verfolgt die Maßnahme ein legitimes haushaltspolitisches Ziel im Allgemeininteresse. Die Nichtberücksichtigung der Kinderzahl ermöglicht Einsparungen, die bereits im laufenden Haushalt veranschlagt und für die Haushaltsstabilisierung unter strikten Sparvorgaben benötigt werden. Würde die Aufhebung nur prospektiv gelten, entstünde für den Zeitraum seit dem 28. Mai 2025, d.h. dem Datum des Inkrafttretens der entsprechenden Bestimmungen des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ,zur Festlegung von Maßnahmen zur administrativen Vereinfachung und zur Stabilisierung des Haushalts, ein unvorhergesehener Finanzierungsbedarf: Öffentliche Wohnungsbaugesellschaften müssten etwaige Mietreduktionen nachträglich gewähren oder erstatten, was die geplanten Einsparungen zunichtemachen und das Budget der Deutschsprachigen Gemeinschaft belasten würde. Dies liefe dem Ziel zuwider, den Haushalt im Interesse der Allgemeinheit zu konsolidieren. Die Kontrolle öffentlicher Ausgaben und die Sicherstellung der finanziellen Tragfähigkeit öffentlicher Leistungssysteme sind vom Verfassungsgerichtshof ausdrücklich als legitime Ziele anerkannt worden (VerfGh., 20. Juli 2023, Nr. 112/2023). Das rückwirkende Inkrafttreten der vorliegenden Bestimmung dient genau diesen Zielen, indem sie die finanzielle Planungssicherheit gewährleistet und einen substanziellen Beitrag zur Haushaltsstabilität leistet.

Artikel 80

Es wird auf die Kommentare zu den Artikeln 41 und 42 verwiesen.

Artikel 81

Durch diesen Artikel wird die Bezuschussung von Software in Wohn- und Pflegezentren für Senioren ermöglicht, indem Software für diese Einrichtungen fortan als Ausstattung angesehen wird, wenn diese für das Betreiben der Einrichtung und die Teilnahme am elektronischen Austausch medizinischer Daten (eHealth) notwendig ist.

Der elektronische Austausch von medizinischen Daten zwischen Einrichtungen, Gesundheitsdienstleistern und Patienten, mit dem Ziel der qualitativ hochwertigen, kontinuierlichen und integrierten Versorgung verlangt von den Einrichtungen die Nutzung von Software (z.B. elektronische Patientenakte [DPI] mit Schnittstellen zu eHealth Anwendungen wie z.B. BelRAI).

Artikel 82

Was die Berücksichtigung von Software als Ausstattung betrifft, wird auf die Erläuterungen zu Artikel 81 verwiesen.

Im Rahmen der 6. Staatsreform wurde der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Finanzierung der Krankenhausinfrastruktur übertragen. Bei der Übernahme der Zuständigkeit wurde im Infrastrukturdekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine jährliche Finanzierung für die Ausstattung und die Instandsetzungsarbeiten der Krankenhäuser vorgesehen.

Zur Verwaltungsvereinfachung wird nun eine neue Vorgehensweise eingeführt: Die Auszahlung erfolgt künftig auf Basis eines genehmigten mehrjährigen Investitionsplans und nach Vorlage der Rechnungs- und Zahlungsbelege. Eine jeweilige zusätzliche Zusage pro Maßnahme ist nicht mehr erforderlich.

Dieses neue Verfahren ermöglicht eine effizientere Umsetzung. Für die rechtliche Absicherung ist eine entsprechende Anpassung im Dekret erforderlich.

Artikel 83 bis 86

Durch diese Artikel wird das Dekret vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft maßgeblich in Bezug auf die Vergabe von Darlehen vervollständigt. In der Praxis ist aufgefallen, dass die Vergabe von Darlehen durch die Regierung keinen spezifischen Bedingungen unterliegt und diese Situation für Rechtsunsicherheit sowohl auf Ebene der Regierung als auch beim Darlehensempfänger sorgt. Daher wird das vorerwähnte Dekret dahingehend angepasst, dass die Vergabe eines Darlehens fortan die genauen Zugangsbedingungen, laufenden Verpflichtungen und Rückzahlungsmodalitäten vorsieht.

In Bezug auf die Artikel 83, 85 und 86 ist anzumerken, dass diese inhaltlich nichts ändern, sondern aus Kohärenzgründen im abzuändernden Dekret lediglich neu geordnet werden.

Artikel 87

Die Regierung hat am 28. Mai 2025 zur Optimierung des Zuschusswesens eine Orientierungsnote Zuschusswesens grundsätzlich gutgeheißen. Die Vorschläge zur Optimierung des Zuschusswesens sollen mehrheitlich zum 1. Januar 2027 in Kraft treten.

Deshalb hat die Regierung beschlossen, dass Zuschussverträge bis zum 31. Dezember 2026 abgeschlossen bzw. verlängert werden sollen. Ansonsten würden sie den neuen Gegebenheiten widersprechen.

Diese einjährigen Verlängerungen sind dabei notwendigerweise für den gesamten Zeitraum durch das Haushaltsdekret gedeckt. Zur Verwaltungsvereinfachung soll deshalb durch diesen Artikel eine Rechtsgrundlage geschaffen werden, damit für das Jahr 2026 ein Nachtrag zu einem Geschäftsführungsvertrag zur einjährigen Verlängerung keine zusätzliche parlamentarische Genehmigung benötigt. Er wird dem Parlament zur Information übermittelt.

Artikel 88

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten der einzelnen Bestimmungen fest.

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
J. FRANSEN

Der Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien
G. FRECHES

Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit
L. KLINKENBERG

VORENTWURF

Programmdekretvorentwurf 2025 (II)

KAPITEL 1 – PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 – Gesundheit

Artikel 1 –Kapitel II des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, aufgehoben durch das Dekret vom 27. Februar 2023, das die Artikel 6 bis 10 umfasst, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Kapitel II – Kataster der Gesundheitsdienstleister und Einrichtungen“

Art. 2 – In Kapitel II desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 27. Februar 2023, wird folgender Artikel 6 eingefügt:

„Art. 6 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. Fachkräfte der Gesundheitspflege: alle Fachkräfte, die:
 - a) in den Anwendungsbereich des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung von Gesundheitspflegeberufen fallen;
 - b) ihren Hauptwohnsitz innerhalb des deutschen Sprachgebietes und/oder ganz oder teilweise darin ihre Berufstätigkeit ausüben;
2. Pflegefachkräfte: alle Personen, die:
 - a) in den Anwendungsbereich des Artikels 1 Nummer 3 des Zusammenarbeitsabkommens vom 22. Dezember 2023 fallen;
 - b) ihren Hauptwohnsitz innerhalb des deutschen Sprachgebiets und/oder ganz oder teilweise darin ihre Berufstätigkeit ausüben;
3. Kataster: die gemäß Artikel 7 durch die Regierung eingerichtete Datenbank, die die in Artikel 8 §2 erwähnten Daten enthält;
4. Zusammenarbeitsabkommen vom 22. Dezember 2023: das Zusammenarbeitsabkommen vom 22. Dezember 2023 zwischen dem Föderalstaat, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft, der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission, der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaftskommission über die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit COBRHA+.“

Art. 3 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 7 eingefügt:

„Art. 7 – Schaffung und Zweckbestimmung

Die Regierung richtet ein Kataster der Gesundheitsdienstleister und Einrichtungen ein und verwaltet dieses.

Das Kataster und die Verarbeitung der dort enthaltenen Daten dienen zur Erfüllung folgender Zweckbestimmungen:

1. Kontaktaufnahme mit Fachkräften der Gesundheitspflege und Pflegefachkräften, insbesondere selbstständigen Krankenpflegern durch die Hygieneinspektion bei Infektionsfällen gemäß Kapitel IIter;
2. Kontaktaufnahme mit Fachkräften der Gesundheitspflege und Pflegefachkräften im Rahmen der Durchführung von Informationskampagnen zur Gesundheitsförderung und -prävention;
3. Erstellung von Statistiken über das gegenwärtige und zukünftige Arbeitskräfteangebot im Gesundheitssektor zur Verbesserung der Planung der Gesundheitspolitik und

Bekämpfung des Fachkräftemangels;

4. Nutzung der Daten zur Prüfung der Korrektheit von Daten über Fachkräfte der Gesundheitspflege und Pflegefachkräfte, die im Rahmen anderer Prozesse an Dienste der Regierung gesendet werden;

5. Einpflegen von Daten zu Pflegefachkräften in die gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 22. Dezember 2023 geschaffene CoBRHA(+) Datenbank.“

Art. 4 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 8 eingefügt:

„Art. 8 – *Verarbeitung personenbezogener Daten*

§1 – Die Regierung ist für die Verarbeitung der in §2 erwähnten personenbezogenen Daten sowie für das Kataster verantwortlich. Die Regierung gilt für die Verarbeitung dieser Daten und das Kataster als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

§2 – Für die Nutzung des Katasters können personenbezogene Daten folgender Datenkategorien verarbeitet werden:

1. die gemäß Artikel 4 des Zusammenarbeitsabkommens vom 22. Dezember 2023 verarbeiteten Daten von Fachkräften der Gesundheitspflege und Pflegefachkräften i , mit Ausnahme der Adresse des Hauptwohnsitzes;

2. Daten über Beginn und Ende einer Selbständigkeit;

3. Berufliche Kontaktangaben.

Die Regierung verarbeitet hierzu Daten aus nachfolgenden Quellen:

1. aus der gemäß dem Zusammenarbeitsabkommen vom 22. Dezember 2023 geschaffenen CoBRHA(+)-Datenbank bezüglich der Daten von Fachkräften der Gesundheitspflege, Pflegefachkräften und Einrichtungen;

2. aus öffentlich zugänglichen Quellen;

3. aus der durch das Gesetz vom 16. Januar 2003 zur Schaffung einer zentralen Datenbank der Unternehmen, zur Modernisierung des Handelsregisters, zur Schaffung von zugelassenen Unternehmensschaltern geschaffenen zentralen Datenbank der Unternehmen;

4. Daten aus eigenen Erhebungen bei Fachkräften der Gesundheitspflege, Pflegefachkräften und Einrichtungen.

§3 – Die gemäß §2 verarbeiteten Daten werden höchstens 20 Jahre nach Beendigung der Berufsausübung aufbewahrt.

Unbeschadet anderer gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen werden die Daten spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

§4 – Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 5 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 9 eingefügt:

„Art. 9 – *Sicherheitsmaßnahmen*

Die Regierung achtet darauf, dass bei der Verarbeitung der in Artikel 8 §2 erwähnten Daten angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.

Unbeschadet Absatz 1 gelten folgende Sicherheitsbestimmungen für den Zugang zum Kataster:

1. Jeder Mitarbeiter erhält nur Zugang zu Daten, die er oder sie zur Durchführung der in

Artikel 7 Absatz 2 definierten Aufgaben unbedingt benötigt;

2. Die Zugriffe werden protokolliert und regelmäßig auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft.“

Art. 6 – In Artikel 1 Nummer 5 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über den nicht dringenden Krankentransport wird das Wort „Sanitäter“ durch die Wortfolge „Krankenwagenfahrer für nicht dringende Patientenbeförderung“ ersetzt.

Art. 7 – In Artikel 3 §2 Nummer 1 desselben Dekrets wird das Wort „Sanitäter“ jeweils durch die Wortfolge „Krankenwagenfahrer für nicht dringende Patientenbeförderung“ ersetzt.

Art. 8 – Artikel 4 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019 und durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 4 – Patienten können beim Krankentransportdienst Beschwerden hinsichtlich der Funktions- und Arbeitsweise des Krankentransportdienstes einreichen. Hierzu richtet jeder Krankentransportdienst ein Beschwerdeverfahren nach Maßgabe des Kapitels 2 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein.

Auf den durch den Krankentransportdienst ausgestellten Rechnungen werden mindestens folgende Elemente vermerkt:

1. die im vorliegenden Artikel festgelegte Beschwerdemöglichkeit samt Hinweis auf die Anschrift und Telefonnummer der zuständigen Beschwerdestelle;

2. Hinweis auf die Rückerstattungsmöglichkeiten des Krankentransportes durch die Krankenkassen.“

Art. 9 – Die Artikel 7 und 8 desselben des Dekrets werden aufgehoben.

Abschnitt 2 – Senioren

Art. 10 – Artikel 63 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege wird aufgehoben.

Art. 11 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 79.1 eingefügt:

„Art. 79.1 – *Weitergabe an Dritte*

§1 – Die Regierung kann Daten der Dienstleister von Wohn- und Pflegezentren für Senioren sowie deren Bewohner und Mitarbeiter zum Zweck der Prüfung einer Gesundheitspflegebeziehung oder Pflegebeziehung zwischen Patienten und einer Einrichtung oder einem Mitarbeiter derselben an folgende Einrichtungen übermitteln:

1. an die durch das Gesetz vom 21. August 2008 zur Einrichtung und Organisation der eHealth-Plattform geschaffenen eHealth-Plattform;

2. eine andere öffentliche Einrichtung, die durch ein Gesetz, ein Dekret oder eine Ordonnanz mit der Kontrolle und Speicherung der Gesundheitspflegebeziehung oder Pflegebeziehung zwischen Patienten einerseits und Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Fachkräften der Gesundheitspflege oder Dienstleistern der Hilfe und Begleitung andererseits beauftragt ist.

Die Regierung kann zu diesem Zweck folgende Daten an die in Absatz 1 erwähnten Einrichtungen übermitteln:

1. in Bezug auf die Bewohner eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren:

a) die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die

Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;

b) das Ein- und ggf. das Auszugsdatum des Bewohners;

2. die Identifikationsnummer des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, in dem der in Nummer 1 erwähnte Bewohner lebt;

3. in Bezug auf die Mitarbeiter des Dienstleisters eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren:

a) entweder die in Artikel 8 §1 Nummer 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer oder ihre LIKIV-Nummer;

b) Angabe über Beginn und Ende des Beschäftigungsverhältnisses.“

Art. 12 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024, wird folgender Artikel 79.2 eingefügt:

„Art. 79.2 – *Erstellung von Statistiken*

Die Regierung kann pseudonymisierte Daten von BelRAI-Begutachtungen von Bewohnern der Wohn- und Pflegezentren für Senioren auf Einrichtungs- und Gemeindeebene zur Erstellung von Statistiken verarbeiten.

Die in Absatz 1 vorgesehene Verarbeitung erfolgt zu Zwecken der Verbesserung der Gesundheitspolitik sowie zur Qualitätssicherung in den Wohn- und Pflegezentren der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die zur Erstellung der Statistiken genutzten pseudonymen Rohdaten werden spätestens ein Jahr nach ihrer Verarbeitung vernichtet.“

Abschnitt 3 – Familie

Art. 13 – In Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, ersetzt durch das Dekret vom 22. Mai 2023, wird das Semikolon am Ende des Satzes durch einen Punkt ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Es handelt sich um eine Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, so wie sie in den Artikeln 14 und 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und in dem ihm beigefügten Protokoll Nr. 26 definiert ist;“

Art. 14 – In Kapitel 3 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019, 22. Mai 2023 und 14. Dezember 2023, wird folgender Artikel 13.1 eingefügt:

„Art. 13.1 – *Betrauungsakt*

Die Regierung kann die Dienstleister mit der in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse beauftragen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.“

Art. 15 – Artikel 16.2 §2 Absatz 1 Nummer 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 2. März 2015, wird aufgehoben.

Art. 16 – Artikel 6 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 wird zwischen die Wortfolgen „Entfernen von Ausländern“ und „für länger als drei Monate“ die Wortfolge „in Form einer Aufenthaltsgenehmigung“ eingefügt;

2. zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz 3

eingefügt:

„Eine Registrierungsbescheinigung stellt keine Aufenthaltsgenehmigung im Sinne von Absatz 2 dar. Unbeschadet Artikel 27 wird das Anrecht erst zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Gewährung des Aufenthaltsrechts oder die Anerkennung als Staatenloser, Flüchtling oder Person mit subsidiärem Schutzstatus eröffnet.“

3. Absatz 3, der zu Absatz 4 geworden ist, wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung bestimmt die Situationen:

1. in denen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnte Wohnsitzbedingung als erfüllt gilt;
2. die einem gestatteten oder genehmigten Aufenthalt gleichgesetzt werden.“

Art. 17 – Artikel 30 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 30 - *Geburtsprämie*

Die Regierung gewährt eine Geburtsprämie, die 1.144 Euro beträgt, wenn es sich um die Geburt eines ersten Kindes handelt. Für alle weiteren Kinder gewährt die Regierung eine Geburtsprämie in Höhe von 572 Euro.

Als erstes Kind gilt das erste Kind mindestens eines Elternteils.“

Art. 18 – Artikel 34 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Art. 34 - *Adoptionsprämie*

Die Regierung gewährt eine Adoptionsprämie, die 1.144 Euro beträgt, wenn es sich um ein erstes Kind handelt. Für alle weiteren Kinder gewährt die Regierung eine Adoptionsprämie in Höhe von 572 Euro.

Als erstes Kind gilt das erste adoptierte Kind mindestens eines Elternteils.“

Art. 19 - Artikel 75 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird die Wortfolge „von drei Jahren“ durch die Wortfolge „eines Jahres“ ersetzt.
2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „drei Jahre“ durch die Wortfolge „ein Jahr“ ersetzt.

Art. 20 – In Artikel 117.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Artikel 75, in seiner Fassung vom 1. April 2026, ist anwendbar auf alle Anträge und Rechtsklagen zur Einforderung von Familienleistungen, die ab dem 1. April 2026 eingereicht werden. Anträge und Rechtsklagen, die vor diesem Datum eingereicht wurden, unterliegen der Anwendung von Artikel 75 in seiner Fassung vom 31. März 2026.“

Art. 21 – Artikel 117.3 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, eingefügt durch das Dekret vom 23. Dezember 2024, wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Die in diesem Zeitraum nicht erfolgten Anpassungen werden bei der Berechnung der Angleichungen der darauffolgenden Jahre nicht berücksichtigt.“

Art. 22 – In Kapitel 3 des Dekrets vom 22. Mai 2023 zur Schaffung eines Zentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung wird folgender Artikel 7.1 eingefügt:

„Art. 7.1 - *Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse*

Die in Artikel 6 Absatz 2 Nummern 1 und 2 aufgeführten Aufgaben gelten als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, so wie sie in den Artikeln 14 und 106 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und in dem ihm beigefügten Protokoll Nr. 26 definiert sind.

Die Regierung kann das Zentrum mit den in Absatz 1 erwähnten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse beauftragen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten fest.“

Abschnitt 4 – Soziales

Art. 23 – In Artikel 1 Nummer 5 des Dekrets vom 5. Mai 2014 zur Anerkennung und Förderung von sozialen Treffpunkten wird die Wortfolge „oder ein Teil dieser“ gestrichen.

Art. 24 – In Artikel 3 desselben Dekrets wird das Wort „Alle“ durch das Wort „Die“ und das Wort „beide“ durch das Wort „alle“ ersetzt.

Art. 25 – Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 Nummer 1 wird zwischen das Wort „stärken“ und das Semikolon die Wortfolge „und Sensibilisierungsarbeit hierfür leisten“ eingefügt.

2. In §1 Absatz 2 Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. In §1 Absatz 2 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. einen intergenerationellen und/oder interkulturellen Begegnungsort schaffen;“

4. In §1 Absatz 2 wird folgende Nummer 7 eingefügt:

„7. Bildungsangebote auf der Grundlage des ermittelten Bedarfs schaffen;“

5. In §1 Absatz 2 wird folgende Nummer 8 eingefügt:

„8. sich in lokale Kooperationsstrukturen und Netzwerke einbinden;“

6. In §1 Absatz 2 wird folgende Nummer 9 eingefügt:

„9. bedarfsorientierte Beratung und Alltagshilfe anbieten, vor allem durch Orientierung auf bestehende Angebote anderer Dienstleister.“

7. §2 wird aufgehoben.

Art. 26 – Artikel 6 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 27 – Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 22. Februar 2016 und 11. Dezember 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. §1 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. innerhalb dieses Wirkungsbereichs im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen eine Bestandsaufnahme durchgeführt haben. Diese Bestandsaufnahme beinhaltet die Analyse bestehender Bedürfnisse der Bürger sowie die Aufnahme bestehender Angebote der Dienstleister.“

2. In §2 Nummer 1 wird die Wortfolge „mit sozialer oder pädagogischer Ausrichtung“ gestrichen.

3. §2 Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vorlegen, der nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass diese Personen keinen Eintrag im Strafregister haben, der ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, dass den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt.“

4. In §3 Absatz 1 wird die Wortfolge „in Artikel 6“ durch die Wortfolge „in §1 Nummer 4“ ersetzt.

5. §3 Absatz 3 wird aufgehoben.

Art. 28 – Artikel 8 Absatz 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

„1. die Einhaltung der in Artikel 5 genannten Ziele;“

2. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt:

„2. zu jeder Zeit eine Fassung der in Artikel 7 §2 Nummer 2 erwähnten Unterlagen vorliegen haben, die nicht älter als ein Jahr ist;

3. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

„3. die Teilnahme an jährlich mindestens einer Weiterbildung jedes hauptamtlichen Mitarbeiters;“

Art. 29 – Artikel 11 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 11 – Zuschuss

§1 – Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel gewährt die Regierung anerkannten sozialen Treffpunkten einen jährlichen Pauschalzuschuss zur Deckung von Personal- und Funktionskosten für die im vorliegenden Dekret vorgesehenen Dienstleistungen. Dieser Zuschuss wird jährlich um 1,25 % erhöht.

Auf einem Gemeindegebiet mit 10.000 bis 19.999 Einwohnern kann ein anerkannter sozialer Treffpunkt bezuschusst werden.

Auf einem Gemeindegebiet mit mindestens 20.000 Einwohnern können bis zu zwei anerkannte soziale Treffpunkte bezuschusst werden. In diesem Fall erhält jeder der beiden sozialen Treffpunkte entweder die in §2 oder die in §3 aufgeführten Zuschüsse.

§2 – Ein anerkannter sozialer Treffpunkt, der sich auf einem Gemeindegebiet im deutschen Sprachgebiet mit mindestens 10.000 Einwohnern befindet, erhält im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen Zuschuss in Höhe von 85.000 Euro.

Die Gemeinde oder das zuständige öffentliche Sozialhilfezentrum gewähren den gemäß Absatz 1 bezuschussten anerkannten sozialen Treffpunkten auf ihrem Gemeindegebiet zusätzlich jeweils einen jährlichen Zuschuss in Höhe von mindestens 10% des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses.

§3 – In Abweichung von §2 Absatz 1 kann die Regierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel anerkannten sozialen Treffpunkten, die sich auf einem Gemeindegebiet mit mindestens 15.000 Einwohnern befinden, auf begründeten Antrag der betroffenen Gemeinde oder des betroffenen öffentlichen Sozialhilfezentrums gemeinsam mit dem anerkannten sozialen Treffpunkt für zusätzliche Leistungen einen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro gewähren. Die Regierung legt das Antragsverfahren sowie die weiteren Modalitäten fest.

In Abweichung von §2 Absatz 2 gewährt die Gemeinde oder das zuständige öffentliche Sozialhilfezentrum den gemäß Absatz 1 bezuschussten anerkannten sozialen Treffpunkten auf ihrem Gemeindegebiet zusätzlich einen jährlichen Zuschuss in Höhe von mindestens 15% des in Absatz 1 erwähnten Zuschusses.

§4 – Auf begründeten Antrag können mehrere Gemeinden oder öffentliche Sozialhilfezentren zur Erreichung der im vorliegenden Artikel erwähnten Einwohnerzahlen zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck schließen die beteiligten Gemeinden oder öffentlichen

Sozialhilfezentren eine Vereinbarung ab. Die Regierung legt das Antragsverfahren sowie die weiteren Modalitäten fest.

Als Gemeindegebiet gilt in diesem Fall das Gebiet aller beteiligten Gemeinden. Zur Berechnung der Einwohnerzahl des Gemeindegebietes der beteiligten Gemeinden wird die gemäß §5 festgelegte Einwohnerzahl dieser Gemeinden addiert.

In Abweichung von §2 Absatz 2 und §3 Absatz 2 gewährt jede beteiligte Gemeinde oder jedes zuständige öffentliche Sozialhilfezentrum im Falle einer Zusammenarbeit mehrerer Gemeinden oder öffentlichen Sozialhilfezentren:

1. den gemäß §2 bezuschussten anerkannten sozialen Treffpunkten auf ihrem Gemeindegebiet zusätzlich jeweils einen jährlichen Zuschuss in Höhe von mindestens 10% des in §2 Absatz 1 erwähnten Zuschusses;
2. den gemäß §3 bezuschussten anerkannten sozialen Treffpunkten auf ihrem Gemeindegebiet zusätzlich jeweils einen jährlichen Zuschuss in Höhe von mindestens 15% des in §3 Absatz 1 erwähnten Zuschusses.

§5 - Zur Festlegung der Einwohnerzahlen des Gemeindegebiets werden die Einwohnerzahlen berücksichtigt, die am 1. Januar des Kalenderjahres, das ein Jahr vor dem Zuschussjahr liegt, vom belgischen Statistikamt festgestellt wurden.

Änderungen der Einwohnerzahlen eines Gemeindegebiets, die zur Über- oder Unterschreitung der in den §§1-3 erwähnten Schwellenwerten führen, bleiben für die Anwendung des vorliegenden Artikels so lange unberücksichtigt, bis der jeweilige Schwellenwert zum in Absatz 1 erwähnten Stichtag in zwei aufeinanderfolgenden Kalenderjahren über- oder unterschritten wird.

§6 - Zur Anpassung an die verfügbaren Haushaltsmittel und zur Anpassung an den Index der Lebenshaltungskosten kann die Regierung alle oder einzelne der im vorliegenden Artikel vorgesehenen Beträge mit unterschiedlichen Koeffizienten multiplizieren.

§7 - Der Zuschuss wird im Verhältnis zum Zeitraum der Anerkennung ausgezahlt. Stellt ein anerkannter sozialer Treffpunkt seine Tätigkeit definitiv ein oder wird ihm die Anerkennung gemäß Artikel 10 Absatz 2 entzogen, erstattet er den Zuschuss im Verhältnis zu den nicht geleisteten Tagen zurück.

Zum Erhalt des Zuschusses entspricht die Besoldung des Personals eines anerkannten sozialen Treffpunkts den von der Regierung festgelegten Bemessungsgrundlagen für Personalszuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich.“

Art. 30 – Artikel 12 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 31 – Artikel 13 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 32 – In Artikel 14 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Wortfolge „sowie ein Haushaltsplan des folgenden Geschäftsjahres beigelegt. Anpassungen des Haushaltsplans können bis zum 30. September bei der Regierung eingereicht werden“ durch das Wort „beigelegt“ ersetzt.

Art. 33 – In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel 3.1, das die Artikel 14.1 bis 14.5 enthält, eingefügt:

„Kapitel 3.1 – Vertraulichkeit und Datenschutz“

Art. 34 – In Kapitel 3.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 14.1 eingefügt:

„Artikel 14.1 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender zwingender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, die anerkannten sozialen Treffpunkte sowie die anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 35 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 14.2 eingefügt:

„Art. 14.2 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Regierung und die anerkannten sozialen Treffpunkte sind jeweils für die im vorliegenden Dekret erwähnten Verarbeitungen personenbezogener Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung verantwortlich. Als Verantwortliche für diese Verarbeitung gelten im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung:

1. die Regierung für die in den Kapiteln 2 bis 4 erwähnten Aufgaben;
2. die anerkannten sozialen Treffpunkte für die in Artikel 5, Artikel 7 §2, Artikel 8 und Artikel 11 erwähnten Aufgaben.

Die Regierung und die anerkannten sozialen Treffpunkte dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge in Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz.“

Art. 36 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 14.3 eingefügt:

„Art. 14.3 – Datenkategorien

Die Regierung kann gemäß Artikel 14.2 folgende Kategorien personenbezogener Daten in Bezug auf das bezuschusste Personal zum Zweck der Erteilung, Aussetzung und des Entzugs der Anerkennung gemäß den Artikeln 7 bis 10 und der Kontrolle der Zuschussbedingungen gemäß den Artikeln 11 und 15 verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben;
2. Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
3. Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
4. gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.

Die anerkannten sozialen Treffpunkte können gemäß Artikel 14.2 folgende Kategorien personenbezogener Daten zum Zweck der Umsetzung der allgemeinen Ziele und Angebote gemäß Artikel 5, der Beantragung und Aufrechterhaltung der Anerkennung gemäß den Artikeln 7 und 8 sowie der Beantragung der Bezuschussung gemäß Artikel 11 verarbeiten:

1. in Bezug auf das bezuschusste Personal:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zum Schulabschluss und zur Ausbildung;
 - c) Daten zum Arbeitsverhältnis und zum Gehalt;
 - d) gerichtliche Daten, angeführt in Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung, begrenzt auf den Auszug aus dem Strafregister.
2. in Bezug auf die Teilnehmer der Angebote und Aktivitäten: Daten zur Identität und Kontaktangaben.

Die Regierung kann die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.“

Art. 37 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 14.4 eingefügt:

„Art. 14.4 – *Dauer der Datenverarbeitung*

Die gemäß Artikel 15.3 verarbeiteten Daten dürfen höchstens während 10 Jahren ab ihrer Erhebung in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.“

Art. 38 – In dasselbe Kapitel wird folgender Artikel 14.5 eingefügt:

„Art. 15.5 – *Sicherheitsmaßnahmen*

Die Regierung legt für die durch vorliegendes Kapitel vorgesehene Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegebenenfalls die nötigen Sicherheitsmaßnahmen fest.“

Art. 39 – Artikel 15 §§1 und 2 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, werden aufgehoben.

Art. 40 – In Artikel 45 §1 Absatz 2 Nummer 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 13. November 2023, wird die Wortfolge „, einschließlich der Ausstellung der Beratungsbescheinigung zugunsten von Senioren gemäß Artikel 15“ gestrichen.

Art. 41 – In Artikel 34 §2 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

Art. 42 – In Kapitel 9 desselben Dekrets wird folgender Artikel 37.1 eingefügt:

„Art. 37.1 – Artikel 34 §2, in seiner Fassung vom 1. Januar 2026, ist anwendbar auf alle Verfahren zur Auferlegung einer Verwaltungsstrafe, für die nach dem 1. Januar 2026 ein Feststellungsprotokoll erstellt wurde.“

Art. 43 – Artikel 6 §1 Absatz 3 Nummer 2 des Dekrets vom 21. November 2022 zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung wird aufgehoben.

Art. 44 – Artikel 11 Absatz 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„Die Besoldung des Personals entspricht den von der Regierung festgelegten Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich.“

KAPITEL 2 – KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 – Kultur

Art. 45 – In Artikel 17 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt:

„In Abweichung von Artikel 9 Absatz 1 wird der im Jahr 2025 laufende Anerkennungszeitraum um ein Jahr verlängert.

In Abweichung von Artikel 9 Absatz 2 kann im Zeitraum zwischen 2026 und 2029 kein neuer Antrag auf Anerkennung als Museum eingereicht werden.“

Art. 46 – In Artikel 38.1 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„Einem Antragsteller kann nur ein Stipendium für ein Kulturprojekt gewährt werden, wenn er höchstens ein anderes laufendes Stipendium für ein Kulturprojekt zu diesem Zeitpunkt umsetzt.“

Art. 47 – Artikel 43.3 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 2 wird aufgehoben;

2. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Einem Antragsteller kann nur ein Zuschuss für eine Literaturveröffentlichung gewährt werden, wenn er höchstens eine andere laufende bezuschusste Literaturveröffentlichung zu diesem Zeitpunkt umsetzt.“

Art. 48 – In Artikel 65 Absatz 1 desselben Dekrets wird vor das Wort „Jubiläumsfeierlichkeiten“ die Wortfolge „Öffentlich zugängliche“ eingefügt.

Art. 49 – In Kapitel 5 desselben Dekrets wird folgender Artikel 81.1 eingefügt:

„Art. 81.1 - Frist zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Einreichen der Belege

Nach der in Artikel 81 erwähnten Gewährung haben Einrichtungen bis zum 30. November des Antragsjahres Zeit, die Belege für die Anschaffung der bezuschussten Ausrüstungsgegenstände einzureichen. Auf schriftliche Anfrage kann die Frist um ein Jahr verlängert werden.“

Art. 50 – In Artikel 96 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Februar 2018 und vom 11. Dezember 2018, werden folgende §§7 bis 9 eingefügt:

„§7 – In Abweichung von Artikel 8 kann kein neuer Antrag auf Förderung von professionellen Kulturträgern im Zeitraum zwischen 2026 und 2029 eingereicht werden.

§8 – In Abweichung von Artikel 40 wird im Jahr 2026 kein Bewerbungsaufwurf für die Auszeichnung „Künstler Ostbelgiens“ veröffentlicht. Es wird für die Förderperiode 2027-2029 kein neuer Künstler Ostbelgiens ausgezeichnet.

§9 – In Abweichung von Artikel 54 wird im Zeitraum von 2026 bis 2029 kein Bewerbungsaufwurf für die Einstufung als Amateurkunstvereinigung in der Kunstsparte Tanz veröffentlicht. Die Einstufungsergebnisse des Jahres 2022 werden bis einschließlich 2029 eingefroren.“

Art. 51 – In Artikel 39 des Dekrets vom 27. Februar 2023 zur Förderung der außerschulischen kulturellen Bildung werden folgende §§ 4 bis 6 eingefügt:

“§4 – In Abweichung von Artikel 9 kann im Zeitraum von 2026 bis 2029 kein Antrag auf Förderung als kreatives Atelier oder kreatives Fachatelier eingereicht werden.

§5 – In Abweichung von Artikel 11 §2 wird der im Jahr 2025 laufende Förderzeitraum der kreativen Ateliers bis zum 31. Dezember 2028 verlängert.

§6 – In Abweichung von Artikel 17 §2 wird bei der Einstufung der kreativen Ateliers 2028 die Kategorie aufgrund des Mittelwerts der Angebote der fünf vorhergehenden Tätigkeitsjahre festgelegt.“

Abschnitt 2 – Jugend

Art. 52 – In Artikel 13 §1 Absatz 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird die Zahl "2.500" durch die Zahl "7.500" ersetzt.

Art. 53 – In Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird folgender Punkt 8.1. eingefügt:

"8.1. im Falle einer Lagerkontrolle durch einen von der Regierung beauftragten Dienst ein positives Gutachten erhalten;"

Abschnitt 3 – Medien

Art. 54 – In Artikel 127 §5 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Das Mitglied, das ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied ersetzt, führt dessen Mandat zu Ende.“

Abschnitt 4 – Sport

Art. 55 – In Artikel 28 §4 des Dekrets vom 24. Januar 2022 zur Bekämpfung des Dopings im Sport des Dekrets wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

Art. 56 – In Kapitel 7 desselben Dekrets wird folgender Artikel 37.1 eingefügt:

„Art. 37.1 – Artikel 28 §4, in seiner Fassung vom 1. Januar 2026, ist anwendbar auf alle Verfahren zur Auferlegung einer Verwaltungsstrafe, für die nach dem 1. Januar 2026 ein Feststellungsprotokoll erstellt wurde.“

KAPITEL 3 – ÜBERTRAGENE REGIONALANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 – Beschäftigung

Art. 57 – Artikel 3 Absatz 1 des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung, abgeändert durch das Dekret vom 13. November 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgende Nummer 10 wird eingefügt:

„10. Datenschutz-Grundverordnung: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).“

2. Absatz 2 Nummer 4 wird wie folgt ersetzt:

„4. welche die Ausstellungsbedingungen und Gültigkeitsdauer der in Absatz 1 Nummer 9 erwähnten Bescheinigung sind.“

Art. 58 – In Artikel 17 desselben Dekrets wird zwischen den Absatz 1 und den Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Die Bearbeitung des Antrags wird ausgesetzt, wenn der Antragsteller die Preisgabe der in Artikel 43.11 Absatz 1 erwähnten Informationen verwehrt.“

Art. 59 – In Artikel 23 desselben Dekrets wird zwischen den Absatz 1 und den Absatz 2,

der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Die Bearbeitung des Antrags wird ausgesetzt, wenn der Antragsteller die Preisgabe der in Artikel 43.11 Absatz 1 erwähnten Informationen verwehrt.“

Art. 60 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird folgendes Kapitel 8.2, das die Artikel 43.8 bis 43.15 umfasst, eingefügt:

„Kapitel 8.2 – Vertraulichkeit und Datenschutz“

Art. 61 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.8 eingefügt:

„Art. 43.8 - Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, der Dienst sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.“

Art. 62 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.9 eingefügt:

„Art. 43.9 - §1 - Die Regierung ist für die Verarbeitung der in Artikel 43.11 Absatz 1 erwähnten Daten für die Erfüllung der in Artikel 43.12 §1 erwähnten Zwecke verantwortlich.“

Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

§2 – Der Dienst ist für die Verarbeitung der in Artikel 43.11 Absatz 2 erwähnten Daten für die Erfüllung der in Artikel 43.12 §2 erwähnten Zwecke verantwortlich.

Er gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutz-Grundverordnung.

Er darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.“

Art. 63 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.10 eingefügt:

„Art. 43.10 - Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer im Dienst beschäftigten Fachkraft der Gesundheitspflege oder einer anderen Fachkraft, die dem Berufsgeheimnis unterworfen ist, statt.“

Art. 64 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.11 eingefügt:

„Art. 43.11 - Die Regierung kann Daten folgender personenbezogener Datenkategorien gemäß Artikel 43.9 verarbeiten:

1. in Bezug auf die AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten:
 - a) Daten zur Identität;
 - b) die in Artikel 8 §1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
 - c) Kontaktangaben: Wohnort, E-Mail-Adresse, Telefonnummer;
 - d) Angaben zu Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen;
 - e) Daten zur sozial-beruflichen Situation;
 - f) Daten zur beruflichen Vergangenheit;
 - g) Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
 - h) Angaben zu Haft- oder Gefängnisstrafen innerhalb der letzten zwei Jahre.

2. in Bezug auf die Arbeitgeber:

- a) Daten zur Identität oder Bezeichnung;
- b) Unternehmensnummer;
- c) Kontonummer;
- d) Daten zu Steuer- und Sozialschulden.

Der Dienst kann Daten folgender personenbezogener Datenkategorien gemäß Artikel 43.9 in Bezug auf die Antragsteller einer Bescheinigung verarbeiten:

- a) Daten zur Identität;
- b) die in Artikel 8 §1 Nummern 1 oder 2 des Gesetzes vom 15. Januar 1990 über die Errichtung und Organisation einer Zentralen Datenbank der sozialen Sicherheit erwähnte Erkennungsnummer und die Nationalregisternummer;
- c) Kontaktangaben: Wohnort, E-Mail-Adresse, Telefonnummer;
- d) Angaben zu Qualifikationen, Kompetenzen und Berufserfahrungen;
- e) Daten zur sozial-beruflichen Situation;
- f) Daten zur beruflichen Vergangenheit;
- g) Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit;
- h) Angaben zu Haft- oder Gefängnisstrafen innerhalb der letzten zwei Jahre.

Die Regierung kann die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.“

Art. 65 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.12 eingefügt:

„Art. 43.12 - §1 - Die Regierung erhebt und verarbeitet die in Artikel 43.11 Absatz 1 aufgeführten Datenkategorien im Hinblick auf:

- 1. die Erteilung der in den Kapiteln 3 und 4 definierten Bezuschussung;
- 2. die Durchführung von Kontrollen gemäß Kapitel 6;
- 3. die Umsetzung der in Kapitel 7 erwähnten Strafbestimmungen;
- 4. die in Kapitel 8 definierte Berichterstattung.

§2 – Der Dienst erhebt und verarbeitet die in Artikel 43.11 Absatz 2 aufgeführten Datenkategorien zu folgenden Zwecken:

- 1. zur Prüfung der in Kapitel 2 erwähnten Zuschussbedingungen;
- 2. zur Erstellung der in Kapitel 8 erwähnten Berichterstattung.“

Art. 66 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.13 eingefügt:

„Art. 43.13 - Die in Artikel 43.11 erwähnten Daten werden unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, während höchstens zwei Jahren nach Ende der Gewährung der Zuschüsse aufbewahrt.“

Art. 67 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.14 eingefügt:

„Art. 43.14 - Insofern durch vorliegendes Dekret nicht anders geregelt, greifen die Regierung und der Dienst grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Ausführung seiner Aufgaben bevorzugt auf anonyme oder pseudonymisierte Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 erwähnten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf pseudonymisierte Daten gestattet.

Für die Anwendung von Absatz 2 vermerkt der Dienst in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymen Daten die Erstellung der in Absatz 1 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.“

Art. 68 – In Kapitel 8.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 43.15 eingefügt:

„Art. 43.15 - Die Regierung und der Dienst achten bei der Verarbeitung der in Artikel 43.11 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.

Insofern Daten anonymisiert oder pseudonymisiert werden, richtet sich die entsprechende Technik nach den Empfehlungen der Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit.

Die Regierung kann:

1. die anzuwendenden Sicherheitsmaßnahmen für den Umgang mit den erwähnten personenbezogenen Daten präzisieren;
2. weitere geeignete technische und organisatorische Maßnahmen im Sinne von Artikel 32 der Datenschutz-Grundverordnung treffen, um ein dem Risiko angemessenes Sicherheitsniveau zu gewährleisten.“

Art. 69 – Artikel 13 Absatz 1 Nummer 7 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung wird wie folgt ersetzt:

„7. zwei Vertreter der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geförderten Träger von beruflichen Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen, wovon mindestens einer eine Beschützende Werkstätte vertritt.“

Art. 70 – Artikel 14 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

„7. die in Artikel 13 Absatz 1 Nummer 7 erwähnten Mitglieder auf Vorschlag der Träger von beruflichen Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen.“

Art. 71 – Artikel 3 Nummer 1 Buchstabe d) des Dekrets vom 29. Januar 2024 über die Anerkennung und Förderung von betrieben im Bereich der Sozialwirtschaft wird wie folgt ersetzt:

„d) Personen, für die ein Vermittlungsdienst im Sinne des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung oder eine im Psychiatriebereich tätige Einrichtung die Beschäftigung im Rahmen einer betreuten Freiwilligenarbeit als für die berufliche und /oder für die persönliche Entwicklung der Person angezeigt erachtet hat.“

Abschnitt 2 – Denkmalschutz

Art. 72 – In Artikel 46.4 §3 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

Art. 73 – In Kapitel VIII desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018, wird folgender Artikel 53.1 eingefügt:

„Art. 53.1 – Artikel 46.4 §3, in seiner Fassung vom 1. Januar 2026, ist anwendbar auf alle Verfahren zur Auferlegung einer Verwaltungsstrafe, für die nach dem 1. Januar 2026 ein Feststellungsprotokoll erstellt wurde.“

Abschnitt 3 – Tourismus

Art. 74 – In Artikel 26 §2 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus,

ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

Art. 75 – In Kapitel 6 desselben Dekrets wird folgender Artikel 31.2 eingefügt:

„Art. 31.2 – Artikel 26 §2, in seiner Fassung vom 1. Januar 2026, ist anwendbar auf alle Verfahren zur Auferlegung einer Verwaltungsstrafe, für die nach dem 1. Januar 2026 ein Feststellungsprotokoll erstellt wurde.“

Abschnitt 4 – Raumordnung und Städtebau

Art. 76 – Artikel D.IV.39 §1 Absatz 3 des wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, abgeändert durch Dekret vom 12. Dezember 2019 wird aufgehoben.

Art. 77 – Artikel D.IV.47 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 8. Mai 2024 wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 3 wird die Wortfolge „die Regierung wird als Beschwerdeinstanz mit dem Antrag befasst“ durch die Wortfolge „das Verfahren wird gemäß Artikel D.IV.63 §2 weitergeführt“ ersetzt;

2. In §2 Absatz 2 wird die Wortfolge „die Regierung als Beschwerdeinstanz mit dem Antrag befasst“ durch die Wortfolge „das Verfahren wird gemäß Artikel D.IV.63 §2 weitergeführt“ ersetzt;

3. In §3 wird die Wortfolge „die Regierung wird als Beschwerdeinstanz mit dem Antrag befasst“ durch die Wortfolge „das Verfahren wird gemäß Artikel D.IV.63 §2 weitergeführt“ ersetzt.

Art. 78 – In Artikel D.VII.4 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, wird zwischen dem Wort „Bediensteten“ und dem Wort „eine“ die Wortfolge „, die Regierung oder der Bürgermeister“ eingefügt.

Abschnitt 5 – Wohnungswesen

Art. 79 – In Artikel 172 §1 Absatz 2 Nummer 4 g) des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen wird die Wortfolge „der Anzahl der unterhaltsberechtigter Kinder sowie“ gestrichen.

Art. 80 – In Artikel 202ter §2 desselben wallonischen Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 6. Mai 2024, wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.

KAPITEL 4 – INFRASTRUKTUR

Art. 81 – In Artikel 43 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird vor Absatz 1, der zu Absatz 2 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Für die Anwendung des vorliegenden Artikels wird Informatiksoftware als Ausstattung im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 berücksichtigt, insofern sie für das Betreiben des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren und die Teilnahme am elektronischen Austausch medizinischer Daten notwendig ist.“

Art. 82 – Artikel 44.3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Februar 2016 und abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Vor Absatz 1, der zu Absatz 3 wird, werden folgende Absätze 1 und 2 eingefügt:

„Für die Anwendung des vorliegenden Artikels wird Informatiksoftware als Ausstattung im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 berücksichtigt, insofern sie für das Betreiben des Krankenhauses und die Teilnahme am elektronischen Austausch medizinischer Daten notwendig ist.

In Abweichung von Artikel 18 §§1 und 2 und von Artikel 24 erhalten die Krankenhäuser einen mehrjährigen pauschalen Zuschuss für das in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 erwähnte Infrastrukturvorhaben.“

2. Folgender Absatz 5 wird eingefügt:

„Die Regierung bestimmt die Unterlagen, die zwecks Kontrolle der Verwendung der Mittel dieser Subvention einzureichen sind.“

3. Folgender Absatz 6 wird eingefügt:

„Die Regierung fordert Gelder zurück, die binnen einer von ihr festgelegten Frist nicht zweckgemäß verwendet wurden.“

KAPITEL 5 – FINANZEN UND HAUSHALT

Art. 83 – Artikel 1 des Dekrets vom 17. Januar 1994 zur Einrichtung von zusätzlichen Haushaltsfonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wird wie folgt abgeändert:

1. §3, abgeändert durch die Dekrete vom 25. Juni 2007, vom 20. Februar 2017 und vom 15. Dezember 2022, wird aufgehoben;

2. die §§4 und 5, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, werden aufgehoben.

Art. 84 – Artikel 2 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 2 - §1 – Insofern die möglichen Ausgaben ihrer Zweckbestimmung nach nicht eher einem anderen Haushaltsfonds zuzuordnen sind, können die Mittel des Fonds zur Finanzierung rückzahlbarer Prämien, Kredite und Beteiligungen für die Vergabe rückzahlbarer zinsloser Darlehen an folgende Einrichtungen verwendet werden:

1. Einrichtungen öffentlichen Rechts, die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängen;

2. untergeordnete Behörden im deutschen Sprachgebiet;

3. von der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannte oder bezuschusste Einrichtungen;

4. Einrichtungen, an deren Kapital die Deutschsprachige Gemeinschaft beteiligt ist.

§2 – Zum Erhalt des Darlehens reichen die in §1 erwähnten Einrichtungen einen Antrag bei der Regierung ein.

Die Regierung stellt ein Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Bezeichnung der Einrichtung;

2. die Unternehmensnummer;

3. die Höhe des beantragten Darlehens;

4. die vorgeschlagenen Tilgungsraten.

Dem in Absatz 1 erwähnten Antrag ist ein Bericht eines Steuerberaters oder Wirtschaftsprüfers beizufügen, aus dem folgende Elemente hervorgehen:

1. die Fähigkeit der Einrichtung, die im Wege des Darlehens erhaltenen Summen innerhalb der in Nummer 3 angegebenen Frist unter Einhaltung des dort erwähnten Tilgungsplans zurückzuzahlen;

2. die Gesamtsumme des benötigten Umlaufkapitals;

3. der Tilgungsplan, aus dem die monatlichen Tilgungsraten sowie die für die Rückzahlung erforderliche Gesamtlaufzeit des Darlehens hervorgehen.

§3 – Die Regierung entscheidet über den in §2 erwähnten Antrag. Die Entscheidung der Regierung beinhaltet mindestens folgende Elemente:

1. die Höhe des gewährten Darlehens;
2. die Laufzeit des Darlehens;
3. den Tilgungsplan.

§4 – Das gewährte Darlehen dient zur ausschließlichen Finanzierung des Umlaufkapitals der in §1 erwähnten Einrichtungen.

Die Laufzeit des Darlehens ist auf höchstens 10 Jahre begrenzt.

Die Einrichtung ist jederzeit zur vorzeitigen Rückzahlung des Darlehens berechtigt.

§5 - Die Einrichtung, der ein Darlehen gewährt wurde, ist während dessen Laufzeit verpflichtet, sich durch einen Finanzexperten begleiten zu lassen. Die Begleitung durch den Experten besteht in:

1. der Erstellung eines geeigneten Finanzierungsmodells zur definitiven Eigenfinanzierung des Umlaufkapitals;
2. die Beratung zur Verwendung des Darlehens.

Die Beauftragung und Begleitung des Finanzexperten erfolgen auf Kosten der Einrichtung.

Die Einrichtung erbringt der Regierung auf ihre erste Nachfrage hin den Nachweis über die Begleitung sowie über das Finanzierungsmodell.

§6 – Insofern die Einrichtung den Tilgungsplan nicht einhält oder den in §5 erwähnten Bedingungen nicht nachkommt, weist die Regierung die Einrichtung darauf hin, diesen Bedingungen innerhalb einer Frist von 30 Tagen nachzukommen. Auf begründete Anfrage des Antragstellers kann die Frist zur Vorlage des Finanzierungsmodells einmalig um drei Monate verlängert werden.

Kommt die Einrichtung nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist ihren Verpflichtungen weiterhin nicht nach, fordert die Regierung den Restbetrag des Darlehens in Anwendung von Artikel 50 des Dekrets vom 25 Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zurück.“

Art. 85 – Artikel 3 desselben Dekrets, aufgehoben durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt wieder eingeführt:

„Art. 3 – Unbeschadet des Artikels 2 können die Mittel des Fonds zur Finanzierung folgender rückzahlbarer Prämien und Beteiligungen verwendet werden:

1. Auszahlung der aufgrund des Dekretes zur Infrastruktur vom 18. März 2002 gewährten Prämien;
2. Auszahlung der aufgrund des Artikels 36*duodecies* des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 Koordiniertes Gesetz über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung gewährten Darlehen;
3. die Auszahlung von Beteiligungen an Handelsgesellschaften.“

Art. 86 – In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird folgender Artikel 3.1 eingefügt:

„Art. 3.1 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt einen Rechnungsverantwortlichen.

Die Regierung berichtet dem Parlament jedes Jahr im Rahmen der Vorstellung des Haushaltes über die Verwaltung des Fonds.“

Art. 87 – In das Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird folgender Artikel 107.2 eingefügt:

„Art. 107.2 - Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 105 Absatz 3 kann ein Geschäftsführungsvertrag für das Jahr 2026 verlängert werden und ist von der Anwendung von Artikel 105 Absatz 2 ausgenommen, selbst wenn dieser bereits Gegenstand einer einjährigen Verlängerung gewesen ist. Diese Verlängerung ist per Nachtrag zum Geschäftsführungsvertrag abzuschließen. In diesem Fall übermittelt die Regierung dem Parlament eine Abschrift des verlängerten Geschäftsführungsvertrags zur Information.“

KAPITEL 6 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 88 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2026 in Kraft, mit Ausnahme:

1. der Artikel 19 und 20, die am 1. April 2026 in Kraft treten;
2. von Artikel 21, der mit Wirkung vom 1. Januar 2025 in Kraft tritt;
3. von Artikel 79, der mit Wirkung vom 28. Mai 2025 in Kraft tritt.

Eupen, den

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Oliver Paasch Ministerpräsident

Digital unterschrieben von Oliver Paasch

Ministerpräsident

Datum: 2025.08.28 12:14:44 +02'00'

Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen

O. PAASCH

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

J. FRANSEN

Der Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien

G. FRECHES

Die Ministerin für Familie, Soziales, Wohnen und Gesundheit

L. KLINKENBERG

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition des Ministres compétents en matière d'Aménagement du territoire, de Finances, d'Emploi, de Culture, de Sports, de Tourisme, de Médias, de Famille, d'Affaires sociales, de Logement et de Santé;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre-Président est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

Avant-projet de décret-programme 2025 (II)

CONTENU

Le décret-programme contient des modifications dans les domaines suivants :

- matières personnalisables;
- affaires culturelles;
- emploi;
- protection du patrimoine;
- tourisme;
- aménagement du territoire et urbanisme;
- logement;
- infrastructure;
- finances et budget.

SOMMAIRE

	Page
Exposé des motifs	4
Explications générales	4
Commentaire des articles.....	4
Avant-projet	28

EXPOSE DES MOTIFS

EXPLICATIONS GENERALES

Cette année encore, un décret-programme est présenté; c'est une pratique qui est devenue courante ces dernières années. Contrairement aux années précédentes, ce décret-programme est désormais déposé au Parlement par le Gouvernement lui-même, et non plus par l'intermédiaire des groupes politiques. Comme ce projet de décret contient des dispositions relevant des différents domaines de compétence de la Communauté germanophone, renvoi est fait au commentaire des différents articles.

COMMENTAIRE DES ARTICLES

[...]

Articles 41 et 42

Les articles 41, 55, 72, 74 et 80 procèdent à une adaptation parallèle des décrets énumérés ci-après en ce qui concerne l'imposition de sanctions administratives :

- le décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité;
- le décret du 24 janvier 2022 relatif à la lutte contre le dopage dans le sport;
- le Code wallon de l'habitation durable;
- le décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles;
- le décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme.

Chacun de ces décrets comprend une disposition similaire, laquelle prévoit que le Gouvernement dispose d'un délai de six mois à compter de la réception du procès-verbal de constat par le service d'inspection compétent pour infliger une sanction administrative. Passé ce délai de six mois, il n'est donc plus possible pour le Gouvernement d'infliger une sanction administrative. La pratique montre que le délai actuel de six mois pour infliger une sanction administrative ne suffit pas toujours pour traiter de manière appropriée des faits complexes, effectuer des concertations au sein de l'administration et prendre une décision juridiquement viable. Afin de garantir la qualité, la cohérence et la sécurité juridique des décisions, le délai doit par conséquent être étendu à douze mois. Cette modification contribue également à une harmonisation avec des réglementations similaires (dans le domaine de l'aménagement du territoire par exemple, le délai est déjà d'un an) et favorise un traitement efficient dans le sens de procédures durables.

Les articles 42, 56, 73 et 75 comprennent chacun une disposition transitoire garantissant que les procédures en cours ne sont pas concernées par l'extension dudit délai. Une telle extension devrait uniquement s'appliquer pour la constatation de nouvelles infractions, c'est-à-dire celles qui seront constatées à partir du 1^{er} janvier 2026.

[...]

Article 57

L'introduction de dispositions relatives à la protection des données dans le décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi rend nécessaire un complément à l'article définitoire.

Article 58 et article 59

Ces articles précisent la procédure de demande de subventions en indiquant que le traitement des données à caractère personnel est nécessaire pour traiter la demande. Si ces données ne sont pas fournies par le demandeur, la demande ne pourra pas être traitée. Cela entraînera la suspension du traitement.

Article 60

Cet article prévoit un chapitre relatif à la protection des données.

Article 61

L'article 43.8 dispose que, pour autant qu'ils ne soient pas soumis à des dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement, l'Office de l'emploi ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans l'exercice de leur mission.

La disposition générale relative à la confidentialité n'impose pas le secret professionnel au sens juridique du terme. En effet, le décret ne prévoit aucune sanction pénale pour d'éventuelles infractions au présent article.

« Sans préjudice de dispositions légales, décrétales ou réglementaires particulières » signifie que dans les cas où la transmission de données est prévue par la loi ou si elle est nécessaire à l'exécution du présent décret, la clause de confidentialité ne peut être invoquée à l'encontre de cette transmission.

Article 62

L'article 43.9, § 1^{er}, à insérer prévoit que le Gouvernement est considéré comme responsable des données mentionnées à l'article 43.11, alinéa 1^{er}, au sens du règlement général sur la protection des données, et ce, pour les finalités telles que régies par l'article 43.12, § 1^{er}.

Le paragraphe 2 prévoit que le Service est responsable des données mentionnées à l'article 43.11, alinéa 2, et ce, pour les finalités concrètes telles que définies à l'article 43.12, § 2. À cet égard, le Service est responsable du traitement des données au sens du règlement général sur la protection des données.

Article 63

D'une part, il est important pour le Gouvernement et son administration de pouvoir, dans le cadre du présent décret, traiter un certain nombre de données médicales, étant donné qu'il faut vérifier si le demandeur remplit les conditions d'accès à une attestation AktiF ou AktiF PLUS. Les bénéficiaires des mesures AktiF PLUS peuvent être des personnes qui ont, entre autres, une capacité de travail réduite. Est considéré comme ayant une capacité de travail réduite, entre autres, le demandeur d'emploi qui remplit les conditions médicales pour pouvoir prétendre à une allocation de remplacement de revenus ou à une allocation d'intégration dans le cadre de la législation relative aux

personnes en situation de handicap. Un autre critère pour être considéré comme ayant une capacité de travail réduite est l'incapacité de travail permanente de 33 % constatée par un médecin de l'Office national de l'emploi ou de l'Office de l'emploi.

L'examen de ces critères est effectué par le Service et est logiquement soumis à l'autorisation de traiter des données relatives à la santé dans le cadre de la mission de ce dernier, telle que définie dans le cadre juridique correspondant.

Dans ces cas, le Ministère n'a pas automatiquement connaissance de l'obstacle au placement qui a été déterminant pour la délivrance d'une attestation AktiF PLUS en raison d'une capacité de travail réduite. En cas de doute ou lors d'un contrôle, un examen approfondi, réalisé par le Ministère, peut néanmoins être nécessaire.

Conformément aux dispositions du règlement général sur la protection des données, le traitement des données est réalisé par un professionnel des soins de santé ou par une personne soumise au secret professionnel.

Article 64

L'article 43.11 énumère tout d'abord les catégories de données à caractère personnel que le Gouvernement et le Service peuvent traiter.

L'alinéa 1^{er} définit les données que le Gouvernement peut traiter concernant les bénéficiaires des mesures AktiF et AktiF PLUS et concernant les employeurs.

Il est nécessaire que le Gouvernement traite le numéro de registre national des demandeurs d'emploi inoccupés afin de s'assurer que ceux-ci sont bien bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS et d'éviter toute confusion avec des personnes portant le même nom. Les demandeurs d'emploi inoccupés possèdent une attestation correspondante du Service sur laquelle est indiqué le numéro de registre national.

Dans ce contexte, la personne doit être clairement identifiable.

Pour prendre contact et communiquer, des données de contact, comme l'adresse postale, l'adresse électronique et le numéro de téléphone, sont indispensables.

Le Gouvernement traite des données, telles que la qualification, les compétences, l'expérience professionnelle ou les données relatives à la situation socioprofessionnelle, au passé professionnel ou à la santé physique et psychique, ces données étant notamment nécessaires pour l'octroi de la subvention AktiF PLUS en raison d'une capacité de travail réduite.

L'article 3 de l'arrêté d'exécution du 28 septembre 2018 établit que certaines périodes doivent être assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi, par exemple les périodes de détention ou d'emprisonnement. Dans le cadre de la demande d'attestation, ces informations sont réclamées au demandeur. Le Gouvernement peut traiter ces données dans le cadre du contrôle ou de l'établissement d'un rapport conformément aux dispositions relatives à la protection des données.

En ce qui concerne les employeurs qui introduisent une demande de subvention, des données relatives à l'identité, le numéro d'entreprise et le numéro de compte sont également traitées.

Enfin, des données concernant les dettes fiscales et sociales de l'employeur concerné sont également demandées. Cela est effectué par l'intermédiaire de la base de données « Télémarc » et

visé à vérifier que l'entreprise respecte ses obligations dans les domaines du droit fiscal, du droit social et du droit du travail.

Le Service traite également des catégories de données à caractère personnel conformément à l'alinéa 2.

En ce qui concerne les demandeurs d'une attestation, les données relatives à l'identité et le registre national sont nécessaires pour s'assurer que les demandeurs remplissent bien les conditions de subventionnement. Pour prendre contact et communiquer, des données de contact, comme l'adresse postale, l'adresse électronique et le numéro de téléphone, sont indispensables.

Le Service a besoin des données relatives à la qualification, aux compétences, à l'expérience professionnelle, à la situation socioprofessionnelle et au passé professionnel pour pouvoir vérifier, dans une pleine mesure, les conditions entraînant la délivrance d'une attestation.

Pour la délivrance d'une attestation AktiF PLUS sur la base d'une capacité de travail réduite, il est nécessaire que le Service dispose des données de santé de la personne ayant introduit la demande afin de vérifier les conditions pouvant entraîner un soutien plus élevé et prolongé.

L'article 3 de l'arrêté d'exécution du 28 septembre 2018 établit que certaines périodes doivent être assimilées à la durée de l'inscription auprès de l'Office de l'emploi, par exemple les périodes de détention ou d'emprisonnement. Il est donc indispensable que le Service soit informé de ces éventuelles périodes de détention ou d'emprisonnement pour pouvoir délivrer l'attestation correspondante.

Une habilitation du Gouvernement à préciser les données énumérées aux alinéas 1^{er} et 2 est prévue.

Article 65

L'article 43.12 précise les finalités pour lesquelles les catégories de données mentionnées à l'article 43.11 peuvent être traitées.

Le paragraphe 1^{er} fixe les finalités pour lesquelles le Gouvernement collecte et traite les données à caractère personnel définies.

Ces finalités concernent l'octroi des subventions en application du présent décret. La collecte des données est également effectuée à des fins de contrôle, étant donné qu'il s'agit de vérifier, d'une part, si les conditions de subventionnement sont respectées et, d'autre part, s'il est bien procédé à l'établissement du rapport.

Le paragraphe 2 précise les finalités pour lesquelles le Service peut réclamer les données à caractère personnel et les traiter.

La saisie et le traitement de ces données sont nécessaires pour vérifier les conditions d'obtention d'une attestation.

Ils permettent aussi de pouvoir répondre à l'obligation relative à l'établissement d'un rapport.

Article 66

L'article 43.13 règle le délai de conservation des données collectées. Ce délai est limité à deux ans après la fin de la période de subvention.

Article 67

L'article 43.14 décrit la possibilité de traiter des données à des fins statistiques et analytiques.

Il établit le principe selon lequel des données pseudonymisées doivent être utilisées à cet effet. Pour les analyses à long terme et les questions complexes, la mise en relation et le croisement de différents ensembles de données portant sur des périodes différentes sont nécessaires. Cela demande une référence technique à une personne en tant qu'unité statistique, sans qu'il soit toutefois nécessaire d'identifier la personne en tant qu'individu. Cela justifie le recours à des données pseudonymisées à la place de données anonymes.

Article 68

L'article 43.15 dispose que le Gouvernement et le Service sont tenus d'appliquer des dispositions appropriées en matière de sécurité lors du traitement des données mentionnées à l'article 43.11. Ces dispositions peuvent être de nature technique et organisationnelle, par exemple.

Article 69 et article 70

Le comité de gestion de l'Office de l'emploi se voit élargi, par ces articles, d'un représentant des ateliers protégés.

Article 71

Cet article précise que le développement professionnel, et simultanément le développement personnel, ne doivent pas nécessairement être pris en compte pour déterminer si un travail comme volontaire encadré est indiqué. Ces deux aspects peuvent jouer un rôle, mais cela ne doit pas nécessairement être le cas. C'est en premier lieu l'aspect professionnel qui joue un rôle, et si ce dernier n'est pas pertinent ou semble prématuré, le service de placement peut également vérifier si le travail de volontaire encadré ne peut pas avoir une influence positive sur le développement personnel. Dans une phase ultérieure, ce travail peut également être positif pour le développement professionnel.

[...]

Articles 74 et 75

Il est renvoyé aux commentaires des articles 41 et 42.

Article 76

Il s'agit d'une mesure de simplification administrative. Il apparaît que la communication concernant l'envoi d'un document qui n'est pas adressé aux destinataires (demandeur et auteur du projet) et qui n'est destiné qu'à un usage interne administratif ne génère que des frais postaux évitables et ne crée aucune valeur ajoutée informative.

Article 77

Dans le cas concerné, il n'est pas formulé assez clairement quelle mesure concrète doit être mise en œuvre dans le cadre du système de saisines automatiques prévu par le Code. En conséquence, il est inséré une référence à l'article D.IV.63, § 2, qui indique la procédure à suivre.

Article 78

Il s'agit d'une mesure de simplification administrative, étant donné que le Gouvernement ou le bourgmestre confirme également l'avertissement s'il a été donné verbalement et que certaines décisions du Gouvernement valent déjà avertissement préalable au sens de l'article D.VII.4 (article D.IV.73.1, par exemple).

L'objectif initial de cette disposition est de permettre au contrevenant de mettre fin à la procédure avant qu'un procès-verbal ne soit dressé. L'avertissement préalable permet d'éviter les procédures lorsque, par exemple, des délits sont commis par ignorance. Lorsque le bourgmestre ou le Gouvernement prend connaissance d'un délit, il devrait être en mesure d'adresser, tout comme les agents constatateurs, des avertissements, afin de permettre au contrevenant de se mettre en règle. Le traitement et la poursuite de délits par les communes et le Gouvernement s'en trouvent ainsi simplifiés. La possibilité est également donnée aux communes qui ne disposent pas d'agents constatateurs d'adresser des avertissements.

Article 79

Cet article supprime la base légale qui subsistait à la suite de l'abrogation de l'article 32 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 septembre 2007 organisant la location des logements gérés par les sociétés de logement de service public.

Dans son avis n° 77.597/2-3-4-16 du 29 avril 2025 sur un projet d'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone fixant des mesures relatives à la simplification administrative et garantissant la stabilité budgétaire, le Conseil d'État a indiqué que le Gouvernement ne pouvait supprimer la prise en compte du nombre d'enfants par voie d'arrêté, étant donné que l'article 172, § 1^{er}, alinéa 2, 4°, g), du Code wallon de l'habitation durable impose une exigence en ce sens. La suppression de l'obligation de tenir compte du nombre d'enfants dans le calcul du loyer dans le secteur public du logement en Communauté germanophone est prévue avec effet rétroactif à titre exceptionnel (voir article 88, 3°). Cela est nécessaire pour régulariser la situation juridique contradictoire décrite plus haut qui résulte de normes juridiques divergentes au niveau des arrêtés et qui entraîne une insécurité juridique. Une clarification légale avec effet ex tunc est de ce fait indispensable pour assurer la sécurité juridique.

Sur le fond, la mesure poursuit un objectif budgétaire légitime d'intérêt général. Le fait de ne pas tenir compte du nombre d'enfants permet de réaliser des économies qui sont déjà prévues dans le budget en cours et qui sont nécessaires à une stabilisation du budget dans le cadre d'objectifs stricts en matière d'économies. Si la suppression ne s'appliquait que de manière prospective, il en résulterait un besoin de financement imprévu pour la période commençant le 28 mai 2025, c'est-à-dire la date d'entrée en vigueur des dispositions correspondantes de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone fixant des mesures relatives à la simplification administrative et garantissant la stabilité budgétaire : les sociétés de logement de service public devraient accorder ou rembourser a posteriori d'éventuelles réductions de loyer, ce qui réduirait à néant les économies prévues et grèverait le budget de la Communauté germanophone. Cela irait à l'encontre de l'objectif d'intérêt général de consolider le budget. Le contrôle des dépenses publiques et la garantie de la viabilité financière des systèmes de prestations publiques ont été explicitement reconnus par la Cour constitutionnelle comme objectifs légitimes (Cour constitutionnelle, 20 juillet 2023, n° 112/2023). L'entrée en vigueur rétroactive de la présente disposition sert précisément ces objectifs, en ce qu'elle garantit une planification financière solide et contribue fortement à la stabilité budgétaire.

Article 80

Il est renvoyé aux commentaires des articles 41 et 42.

Article 81

Cet article permet de subventionner les logiciels dans les centres de repos et de soins pour personnes âgées, les logiciels destinés à ces établissements étant désormais considérés comme des équipements s'ils sont nécessaires à la gestion de l'établissement et à la participation aux échanges électroniques de données médicales (eHealth).

Les échanges électroniques de données médicales entre les établissements, les prestataires de soins de santé et les patients, dans le but de fournir des soins de qualité, continus et intégrés, nécessitent l'utilisation de logiciels par les établissements [par exemple, le dossier patient informatisé (DPI) avec des interfaces vers des applications eHealth telles que BelRAI].

Article 82

Pour ce qui est de considérer les logiciels comme des équipements, il est renvoyé aux explications relatives à l'article 81.

Lors de la sixième réforme de l'État, le financement des infrastructures hospitalières a été transféré à la Communauté germanophone. Dans le cadre de ce transfert de compétence, le décret de la Communauté germanophone relatif à l'Infrastructure a prévu un financement annuel pour l'équipement et les travaux de remise en état des hôpitaux.

À des fins de simplification administrative, une nouvelle façon de procéder est dorénavant introduite : à l'avenir, la liquidation sera effectuée sur la base d'un plan d'investissement pluriannuel approuvé et sur présentation des pièces comptables et des preuves de paiement. Une promesse supplémentaire par mesure n'est plus nécessaire.

Cette nouvelle procédure permet une mise en œuvre plus efficace. À des fins de sécurité juridique, une adaptation correspondante dans le décret est nécessaire.

[...]

Article 88

Cet article fixe l'entrée en vigueur de certaines dispositions.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances
O. PAASCH

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi
J. FRANSSEN

Le Ministre de la Culture, des Sports, du Tourisme et des Médias

G. FRECHES

La Ministre de la Famille, des Affaires sociales, du Logement et de la Santé
L. KLINKENBERG

AVANT-PROJET

Avant-projet de décret-programme 2025 (II)

[...]

Chapitre 3 – Matières régionales transférées

Section 1^{re} – Emploi

Art. 57 – À l'article 3, alinéa 1^{er}, du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, modifié par le décret du 13 novembre 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa est complété par un 10° rédigé comme suit :

« 10° règlement général sur la protection des données : le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données). »;

2° dans l'alinéa 2, le 4° est remplacé par ce qui suit :

« 4° les conditions de délivrance et la durée de validité de l'attestation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 9°. »

Art. 58 – Dans l'article 17 du même décret, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« Le traitement de la demande est suspendu si le demandeur refuse de fournir les informations mentionnées à l'article 43.11, alinéa 1^{er}. »

Art. 59 – Dans l'article 23 du même décret, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« Le traitement de la demande est suspendu si le demandeur refuse de fournir les informations mentionnées à l'article 43.11, alinéa 1^{er}. »

Art. 60 – Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 24 février 2025, il est inséré un chapitre 8.2, comportant les articles 43.8 à 43.15, intitulé comme suit :

« *Chapitre 8.2 – Confidentialité et protection des données* ».

Art. 61 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.8 rédigé comme suit :

« *Art. 43.8* – Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement, le Service ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur sont confiées dans l'exercice de leur mission. »

Art. 62 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.9 rédigé comme suit :

« *Art. 43.9* – § 1^{er} – Le Gouvernement est responsable du traitement des données mentionnées à l'article 43.11, alinéa 1^{er}, et ce, pour la réalisation des finalités mentionnées à l'article 43.12, § 1^{er}.

Il est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions.

§ 2 – Le Service est responsable du traitement des données mentionnées à l'article 43.11, alinéa 2, et ce, pour la réalisation des finalités mentionnées à l'article 43.12, § 2.

Il est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement général sur la protection des données.

Il ne peut utiliser les données collectées à d'autres fins que celles de l'exercice desdites missions. »

Art. 63 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.10 rédigé comme suit :

« Art. 43.10 – Le traitement de données relatives à la santé des personnes concernées s'opère sous la responsabilité d'un professionnel des soins de santé occupé auprès du Service ou d'un autre professionnel soumis au secret professionnel. »

Art. 64 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.11 rédigé comme suit :

« Art. 43.11 – Le Gouvernement peut, conformément à l'article 43.9, traiter les données des catégories de données à caractère personnel suivantes :

1° en ce qui concerne les bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS :

- a) les données relatives à l'identité;
- b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
- c) les données de contact : domicile, adresse électronique, numéro de téléphone;
- d) les données relatives aux qualifications, compétences et expériences professionnelles;
- e) les données relatives à la situation socioprofessionnelle;
- f) les données relatives aux expériences professionnelles antérieures;
- g) les données relatives à la santé physique et psychique;
- h) les données relatives aux peines de détention ou d'emprisonnement au cours des deux dernières années;

2° en ce qui concerne les employeurs :

- a) les données relatives à l'identité ou à la dénomination;
- b) le numéro d'entreprise;
- c) le numéro de compte;
- d) les données relatives aux dettes fiscales et sociales.

En ce qui concerne les demandeurs d'une attestation, le Service peut, conformément à l'article 43.9, traiter les données des catégories de données à caractère personnel suivantes :

- a) les données relatives à l'identité;
- b) le numéro d'identification mentionné à l'article 8, § 1^{er}, 1° ou 2°, de la loi du 15 janvier 1990 relative à l'institution et à l'organisation d'une Banque-carrefour de la Sécurité sociale et le numéro de registre national;
- c) les données de contact : domicile, adresse électronique, numéro de téléphone;
- d) les données relatives aux qualifications, compétences et expériences professionnelles;
- e) les données relatives à la situation socioprofessionnelle;
- f) les données relatives aux expériences professionnelles antérieures;
- g) les données relatives à la santé physique et psychique;
- h) les données relatives aux peines de détention ou d'emprisonnement au cours des deux dernières années.

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2. »

Art. 65 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.12 rédigé comme suit :

« Art. 43.12 – § 1^{er} – Le Gouvernement collecte et traite les catégories de données mentionnées à l'article 43.11, alinéa 1^{er}, aux fins suivantes :

- 1° octroyer les subventions définies aux chapitres 3 et 4;
- 2° effectuer les contrôles conformément au chapitre 6;
- 3° mettre en œuvre les dispositions pénales mentionnées au chapitre 7;
- 4° établir le rapport défini au chapitre 8.

§ 2 – Le Service collecte et traite les catégories de données mentionnées à l'article 43.11, alinéa 2, pour les finalités suivantes :

- 1° la vérification des conditions de subventionnement mentionnées au chapitre 2;
- 2° l'établissement du rapport mentionné au chapitre 8. »

Art. 66 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.13 rédigé comme suit :

« Art. 43.13 – Sans préjudice d'autres dispositions légales, décrétales ou réglementaires qui, le cas échéant, prévoient un délai de conservation plus long, les données mentionnées à l'article 43.11 sont conservées pendant deux ans au maximum après la fin de l'octroi des subventions. »

Art. 67 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.14 rédigé comme suit :

« Art. 43.14 – Sauf dispositions contraires dans le présent décret, le Gouvernement et le Service recourent, en principe, de préférence à des données anonymes ou pseudonymisées pour établir des analyses et statistiques en ce qui concerne l'exercice de leurs missions.

Si les données anonymes mentionnées à l'alinéa 1^{er} ne permettent pas d'établir des analyses et statistiques détaillées, le recours à des données pseudonymisées est autorisé.

Pour l'application de l'alinéa 2, le Service mentionne dans la déclaration de traitement les raisons pour lesquelles le traitement de données anonymes ne permet pas d'établir les analyses et statistiques mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 68 – Dans le chapitre 8.1 du même décret, il est inséré un article 43.15 rédigé comme suit :

« Art. 43.15 – Lors du traitement des données mentionnées à l'article 43.11, le Gouvernement et le Service veillent à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées.

Dans la mesure où les données sont rendues anonymes ou pseudonymisées, la technique correspondante s'aligne sur les recommandations de l'Agence de l'Union européenne pour la cybersécurité.

Le Gouvernement peut :

- 1° préciser les mesures de sécurité à appliquer dans le cadre de l'utilisation des données à caractère personnel mentionnées;
- 2° prendre d'autres mesures d'ordre technique et organisationnel appropriées au sens de l'article 32 du règlement général sur la protection des données afin de garantir un niveau de sécurité adapté aux risques encourus. »

Art. 69 – À l'article 13, alinéa 1^{er}, du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement, le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° deux représentants des pouvoirs organisateurs de mesures de formation et d'intégration professionnelle soutenus par la Communauté germanophone, dont au moins un représente un atelier protégé. »

Art. 70 – Dans l'article 14, alinéa 1^{er}, du même décret, le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° les membres mentionnés à l'article 13, alinéa 1^{er}, 7°, sur la proposition des pouvoirs organisateurs de mesures de formation et d'intégration professionnelle. »

Art. 71 – Dans l'article 3, 1°, du décret du 29 janvier 2024 relatif à l'agrément et à la promotion des entreprises du secteur de l'économie sociale, le d) est remplacé par ce qui suit :

« d) les personnes pour lesquelles un service de placement au sens du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ou un organisme actif dans le domaine de la psychiatrie a estimé qu'une occupation dans le cadre d'un volontariat encadré était indiquée pour leur développement professionnel et/ou personnel; ».

[...]

Section 3 – Tourisme

Art. 74 – Dans l'article 26, § 2, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, remplacé par le décret du 26 février 2018 et modifié par le décret du 12 décembre 2019, le mot « six » est remplacé par le mot « douze ».

Art. 75 – Dans le chapitre 6 du même décret, il est inséré un article 31.2 rédigé comme suit :

« Art. 31.2 – L'article 26, § 2, dans sa version au 1^{er} janvier 2026, est applicable à toute procédure d'imposition d'une sanction administrative pour laquelle un procès-verbal de constat a été établi après le 1^{er} janvier 2026. »

Section 4 – Aménagement du territoire et urbanisme

Art. 76 – Dans l'article D.IV.39, § 1^{er}, du Code wallon du Développement territorial, modifié par le décret du 12 décembre 2019, l'alinéa 3 est abrogé.

Art. 77 – À l'article D.IV.47 du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 8 mai 2024, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 3, les mots « le Gouvernement est saisi de la demande en tant qu'instance de recours » sont remplacés par les mots « la procédure est poursuivie conformément à l'article D.IV.63, § 2 »;

2° dans le § 2, alinéa 2, les mots « le Gouvernement est saisi de la demande en tant qu'instance de recours » sont remplacés par les mots « la procédure est poursuivie conformément à l'article D.IV.63, § 2 »;

3° dans le § 3, les mots « le Gouvernement est saisi de la demande en tant qu'instance de recours » sont remplacés par les mots « la procédure est poursuivie conformément à l'article D.IV.63, § 2 ».

Art. 78 – Dans l'article D.VII.4, alinéa 1^{er}, du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2022, les mots « , le Gouvernement ou le bourgmestre » sont insérés entre les mots « les agents constatateurs » et le mot « adressent ».

Section 5 – Logement

Art. 79 – Dans l'article 172, § 1^{er}, alinéa 2, 4°, g), du Code wallon de l'habitation durable, les mots « , du nombre d'enfants à charge ainsi que » sont remplacés par le mot « et ».

Art. 80 – Dans l'article 202ter, § 2, du même Code wallon, inséré par le décret du 6 mai 2024, le mot « six » est remplacé par le mot « douze ».

Chapitre 4 – Infrastructure

Art. 81 – Dans l'article 43 du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, modifié par le décret du 15 décembre 2022, il est inséré un alinéa rédigé comme suit avant l'alinéa 1^{er}, qui devient l'alinéa 2 :

« Pour l'application du présent article, les logiciels informatiques sont considérés comme des équipements au sens de l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, pour autant qu'ils soient nécessaires à la gestion du centre de repos et de soins pour personnes âgées et à la participation aux échanges électroniques de données médicales. »

Art. 82 – À l'article 44.3 du même décret, inséré par le décret du 22 février 2016 et modifié par le décret du 15 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° avant l'alinéa 1^{er}, qui devient l'alinéa 3, il est inséré deux alinéas rédigés comme suit :

« Pour l'application du présent article, les logiciels informatiques sont considérés comme des équipements au sens de l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, pour autant qu'ils soient nécessaires à la gestion de l'hôpital et à la participation aux échanges électroniques de données médicales.

Par dérogation à l'article 18, §§ 1^{er} et 2, et à l'article 24, les hôpitaux reçoivent un subside forfaitaire pluriannuel pour le projet d'infrastructure mentionné à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°. »;

2° l'article est complété par un alinéa 5 rédigé comme suit :

« Le Gouvernement détermine les documents qui doivent être introduits à des fins de contrôle de l'utilisation des fonds de ce subside. »;

3° l'article est complété par un alinéa 6 rédigé comme suit :

« Le Gouvernement récupère les fonds qui ont été utilisés à d'autres fins dans un délai fixé par lui. »

[...]

Chapitre 6 – Dispositions finales

Art. 88 – Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2026, à l'exception :

1° des articles 19 et 20, qui entrent en vigueur le 1^{er} avril 2026;

2° de l'article 21, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2025;

3° de l'article 79, qui produit ses effets le 28 mai 2025.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux, de l'Aménagement du territoire et des Finances
O. PAASCH

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi
J. FRANSSEN

Le Ministre de la Culture, des Sports, du Tourisme et des Médias

G. FRECHES

La Ministre de la Famille, des Affaires sociales, du Logement et de la Santé
L. KLINKENBERG

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Sur la proposition des Ministres compétents en matière d'Aménagement du territoire, de Finances, d'Emploi, de Culture, de Sports, de Tourisme, de Médias, de Famille, d'Affaires sociales, de Logement et de Santé;

Après délibération,

Arrête :

Le Ministre-Président est chargé de soumettre au Parlement de la Communauté germanophone le projet de décret dont la teneur suit :

EXPOSÉ DES MOTIFS

[...]

COMMENTAIRE DES ARTICLES

[...]

Articles 72 et 73

Il est renvoyé aux commentaires des articles 41 et 42.

[...]

[...]

Section 2 — Protection des monuments

Art. 72 — Dans l'article 46.4, § 3, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, inséré par le décret du 26 février 2018, le mot « six » est remplacé par le mot « douze ».

Art. 73 — Au chapitre VIII du même décret, inséré par le décret du 26 février 2018, il est inséré un article 53.1 rédigé comme suit :

« Art. 53.1 — L'article 46.4, § 3, dans sa version au 1^{er} janvier 2026, est applicable à toute procédure d'imposition d'une amende administrative pour laquelle un procès-verbal de constat a été établi après le 1^{er} janvier 2026. »

[...]

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Ministers bevoegd voor Ruimtelijke Ordening, Financiën, Werkgelegenheid, Cultuur, Sport, Toerisme, Media, Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister-President is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

VOORONTWERP VAN HET PROGRAMMADECREET 2025 (II)

INHOUD

Het programmadecreet bevat wijzigingen in de volgende gebieden:

- persoonsgebonden aangelegenheden,
- culturele aangelegenheden,
- werkgelegenheid,
- monumentenzorg,
- toerisme,
- ruimtelijke ordening en stedenbouw,
- huisvesting,
- infrastructuur,
- financiën en begroting.

INHOUD

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van de artikelen	4
Voorontwerp	28

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Zoals gangbare praktijk geworden in de laatste jaren is er ook dit jaar weer een programmadecreet. Voortaan wordt het programmadecreet niet meer via de parlementaire fracties ingediend zoals de voorbije jaren, maar door de Regering zelf. Aangezien het ontwerp van decreet bepalingen bevat die betrekking hebben op de verschillende bevoegdheidsgebieden van de Duitstalige Gemeenschap, wordt verwezen naar de bespreking van de artikelen.

BESPREKING VAN DE ARTIKELN

Artikelen 1 tot 5

De bovenstaande artikelen voegen een hoofdstuk in dat voorziet in de oprichting van een kadaster van de zorgaanbieders en instellingen.

Een belangrijke bron van informatie over zorgaanbieders en instellingen is de gegevensbank CoBRHA van het eHealth-platform. Het Ministerie ontvangt gegevens over zorgaanbieders en instellingen in de Duitstalige Gemeenschap in het kader van het samenwerkingsakkoord van 22 december 2023, de rechtsgrondslag voor CoBRHA. CoBRHA zelf is geen kadaster, maar een gegevensbank waarin gegevens van gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars en instellingen worden opgeslagen, om in het kader van het eHealth-systeem deelnemers die toegang nemen tot diensten, te kunnen identificeren en hun machtigingen te kunnen controleren. De gegevens van de CoBRHA-gegevensbank kunnen echter ook gebruikt worden om een kadaster bij te houden. Aangezien met name de contactgegevens in CoBRHA slechts in beperkte mate bruikbaar zijn, moeten de gegevens aangevuld worden met openbare en zelf verzamelde gegevens.

In het kader van de uitoefening van haar bevoegdheid inzake gezondheidspromotie en medische preventie, bijvoorbeeld voor campagnes of informatieverstrekking (bijvoorbeeld vaccinatiecampagnes), is de Regering aangewezen op een geordende en actuele verzameling van contactgegevens van de gezondheidssector. Om een geordende contactlijst te kunnen bijhouden, moet ze beschikken over een kadaster in de vorm van een gegevensbank.

Ook de gezondheidsinspectie, die werd opgericht bij het decreet van 1 juni 2004, heeft actuele contactgegevens nodig in het kader van haar werk, om in geval van meldingsplichtige infectieziekten snel contact te kunnen opnemen met zorgaanbieders en bijvoorbeeld te kunnen waarborgen dat specifieke gezondheidsmaatregelen (bijvoorbeeld beschermingsmaatregelen) worden genomen.

Een ander doeleinde van de gegevensverwerking van het kadaster is het opstellen van statistieken over het aanbod aan arbeidskrachten in de gezondheidssector. Als de Regering beschikt over betrouwbare gegevens over het actuele en vroegere aantal zorgaanbieders, kan ze statistische prognoses maken over het toekomstige aanbod aan arbeidskrachten in de gezondheidssector. In het kader van de bestrijding van het tekort aan vakkrachten zijn dergelijke prognoses essentieel voor de planning van een goed gezondheidsbeleid.

Het kadaster moet het ook mogelijk maken in CoBRHA gegevens te uploaden van beroepsgroepen die geen beoefenaars zijn in de zin van de wet van 10 mei 2015. Personen die werken in een gezondheids- of zorginstelling maar geen gezondheidszorgbeoefenaars zijn, kunnen op dit moment geen toegang krijgen tot eHealth-toepassingen. In de toekomst zullen ook deze personen in het kader

van verschillende taken toegang tot bepaalde eHealth-toepassingen moeten kunnen krijgen . Het samenwerkingsakkoord met betrekking tot CoBRHA(+) van 22 december 2023 voorziet uitdrukkelijk in het uploaden van gegevens van dergelijke beroepsgroepen. Daarop steunend uploadt het Vlaams Gewest nu al gegevens in CoBRHA van verschillende beroepsgroepen die geen gezondheidszorgbeoefenaars zijn, bijvoorbeeld van maatschappelijk assistenten.

De gegevens van het kadaster kunnen verder gebruikt worden om de gegevens van zorgaanbieders die het Ministerie ontvangt in het kader van andere wettelijke opdrachten, in de zin van de zorgaanbieders op correctheid te controleren.

Artikelen 6 en 7

De wijziging past de terminologie aan aan de actuele wetgeving en schept klaarheid door het begrip "ambulancier" te vervangen door "ambulancier niet-dringend patiëntenvervoer". Artikel 3 van het decreet moet eveneens dienovereenkomstig aangepast worden.

Artikel 8

De herziening van het klachtenbeheer richt zich naar het decreet inzake het klachtenbeheer van de Duitstalige Gemeenschap en standaardiseert de procedure voor de indiening en de behandeling van klachten op het gebied van het niet-dringend patiëntenvervoer.

Artikel 9

Artikel 7 wordt opgeheven omdat het niet zinvol kan worden omgezet bij gebrek aan beschikbare gegevens. Het doel is administratieve vereenvoudiging.

Artikel 8 wordt opgeheven omdat het betrekking heeft op een overgangsregeling uit de tijd voor 2007 en nu zonder voorwerp is.

Artikel 10

Omdat een adviesattest niet langer verplicht is om een beroep te kunnen doen op een dienst voor gezins- en bejaardenhulp of om zijn intrek te nemen in een woonzorgcentrum (zie artikel 39) wordt de verplichting van het ondersteuningsplan opgeheven. Een oudere die behoefte heeft aan ondersteuning, kan zich steeds wenden tot de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven (hierna: DSL), waarop de oriëntatiemedewerkers van de DSL met de persoon een ondersteuningsplan uitwerken. De oudere heeft concreet geen ondersteuningsplan nodig wanneer hij zijn intrek neemt in een woonzorgcentrum. De nadere regels die gelden wanneer een oudere zijn intrek neemt in een woonzorgcentrum, worden besproken met de beroepsbeoefenaars van het centrum. Dat geldt ook wanneer er een beroep wordt gedaan op een dienst voor gezins- en bejaardenhulp.

Artikel 11

Door het in te voegen artikel 79.1 wordt een grondslag gelegd om het eHealth-platform door middel van de dienst WS-Link de (gezondheids)zorgrelatie te laten controleren:

- ofwel tussen een (gezondheids)zorginstelling met Circle of Trust (COT)-status en een patiënt/bewoner van de instelling in de Duitstalige Gemeenschap;
- ofwel tussen een (gezondheids)zorgbeoefenaar die werkt in een (gezondheids)zorginstelling zonder Circle of Trust (COT)-status, en een patiënt/bewoner van die instelling.

Voor de woonzorgcentra voor ouderen is de authentieke bron voor de controle de Captis-databank, waarin de gegevens van de bewoners en medewerkers opgeslagen zijn, zodat het mogelijk is een verband te leggen tussen de instelling of medewerker enerzijds en de bewoner anderzijds.

Aan het eHealth-platform wordt dan de informatie bezorgd of er een (gezondheids)zorgrelatie bestaat tussen een instelling en een patiënt doordat meegedeeld wordt welke personen sinds wanneer in een (gezondheids)zorginstelling in de Duitstalige Gemeenschap in behandeling zijn of wonen.

Indien de instelling geen COT-status heeft, worden de gegevens van de medewerkers en de gegevens van de patiënten bezorgd.

Het eHealth-platform heeft deze gegevens nodig om te kunnen controleren of de aanvraag van een (gezondheids)zorginstelling om via een webservice van het eHealth-platform toegang te krijgen tot de gezondheidsgegevens van een bewoner, legitiem is, in die zin dat er een (gezondheids)zorgrelatie tussen de twee bestaat.

De Duitstalige Gemeenschap is dus de authentieke bron voor de koppeling tussen twee unieke identificatienummers en de duur van deze koppeling. Eén identificatienummer heeft telkens betrekking op één patiënt of bewoner van een instelling en het andere identificatienummer op een instelling of een medewerker van die instelling. De koppeling geeft de (gezondheids)zorgrelatie weer.

Artikel 12

Het in te voegen artikel 79.2 legt de grondslag die de Regering in staat stelt gegevens uit het BelRAI-datawarehouse te gebruiken. In dat datawarehouse worden gepseudonimiseerde gegevens van BelRAI-beoordelingen opgeslagen.

De gegevens uit het BelRAI-datawarehouse zijn nodig om analyses en statistieken op te stellen en een gezondheidsbeleid te voeren op geïnformeerde basis (aanpassing van normen of financiering, uitbreiding van het aanbod, preventieve maatregelen enz.).

Het BelRAI-datawarehouse, dat gepseudonimiseerde gegevens bevat, en de daaraan ten gronde liggende BelRAI-databank van het eHealth-platform, die nominatieve gezondheidsgegevens bevat, hebben momenteel geen toereikende rechtsgrondslag die het mogelijk maakt gebruik te maken van de gepseudonimiseerde gegevens. Die rechtsgrondslag zou er pas komen met de inwerkingtreding van het eHealth-samenwerkingsakkoord. Aangezien niet duidelijk is wanneer dit akkoord in werking treedt en of dat wel zal gebeuren, lijkt het zinvol een toereikende rechtsgrondslag te creëren voor de verwerking van gepseudonimiseerde BelRAI-gegevens op het niveau van de Gemeenschap.

Artikel 13

Artikel 107, lid 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (hierna: VWEU) bepaalt dat staatssteun, behoudens de in het Verdrag bepaalde uitzonderingen, onverenigbaar is met de interne markt. Subsidies kunnen verenigbaar zijn met de interne markt in de zin van artikel 107, lid 2 of 3, en artikel 106, lid 2, van het VWEU en vrijgesteld zijn van de aanmeldingsverplichting overeenkomstig artikel 108, lid 3, van het VWEU als het bijvoorbeeld gaat om diensten van algemeen economisch belang (DAEB).

De Europese Commissie omschrijft DAEB in haar kwaliteitskader als economische activiteiten die het algemeen belang dienen en die de markt, zonder het overheidsoptreden, anders niet of niet onder dezelfde voorwaarden inzake kwaliteit, veiligheid, betaalbaarheid, gelijke behandeling of algemene toegang had verricht.

De dienstverrichter wordt met de openbaredienstverplichting belast door middel van een opdracht, om ervoor te zorgen dat de dienst wordt verricht onder voorwaarden die het voor de dienstverrichter mogelijk maken zijn opdracht te vervullen.

De EU heeft echter niet vastgelegd wanneer een dienst een DAEB is. De lidstaten beschikken dus over een brede beoordelingsmarge bij het vastleggen van deze diensten en de toekenning van compensaties aan de dienstverrichters. Dat betekent dat de Duitstalige Gemeenschap zelf kan bepalen welke diensten ze binnen haar bevoegdheidsgebied kwalificeert als DAEB. Dit artikel bepaalt dat de kinderopvang een DAEB is.

Artikel 14

Artikel 107, lid 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (hierna: VWEU) bepaalt dat staatssteun, behoudens de in het Verdrag bepaalde uitzonderingen, onverenigbaar is met de interne markt. Subsidies kunnen verenigbaar zijn met de interne markt en vrijgesteld zijn van de aanmeldingsverplichting overeenkomstig artikel 108, lid 3, van het VWEU als het gaat om diensten van algemeen economisch belang (DAEB). Een voorwaarde voor die vrijstelling is dat de onderneming die de DAEB verricht, uitdrukkelijk belast wordt met het verrichten van die dienst, wat een toewijzing wordt genoemd. Dit artikel schept de rechtsgrondslag voor die toewijzing.

Artikel 15

Het Centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren heeft aangegeven in de toekomst niet meer tot de GAK te willen behoren. Deze wijziging komt tegemoet aan die wens.

Artikel 16

Met het oog op een harmonisering tussen de praktijk in het Duitse taalgebied en de andere deelgebieden van België alsook om het toepassingsgebied van de toepasselijke bepaling duidelijk af te bakenen, wordt artikel 6 gewijzigd, teneinde op niet mis te verstane wijze in de tekst vast te leggen vanaf welk tijdstip het recht op kinderbijslag ontstaat.

De wijziging heeft verder tot doel een dubbele financiering door enerzijds kinderbijslag en anderzijds materiële hulp toegekend met toepassing van de wet van 12 januari 2007 betreffende de opvang van asielzoekers en van bepaalde andere categorieën van vreemdelingen, te voorkomen.

Zoals uitvoerig uitgelegd in het ontwerp van decreet van het Waalse Gewest van 15 maart 2024 (1662 (2023-2024) nr. 1) omvat de materiële hulp die wordt toegekend door het Federaal agentschap voor de opvang van asielzoekers (hierna: FEDASIL) in het bijzonder huisvesting, maaltijden, kleding, medische, maatschappelijke en psychologische begeleiding, toegang tot juridische hulp, toegang tot diensten als tolken en opleidingen alsook toegang tot een programma voor vrijwillige terugkeer.

Bovendien heeft FEDASIL minimumnormen vastgelegd om een kwalitatief hoogwaardige opvang van de bewoners te waarborgen. Tot de minimumnormen voor materiële hulp behoren onder andere de terbeschikkingstelling van levensmiddelen, hygiëneartikelen en voldoende kleding en schoenen in goede toestand. Verder financiert de opvangplaats de schoolkosten van minderjarige leerlingen: basisuitrusting en de in België verplichte activiteiten (overeenkomstig het schoolreglement), zoals excursies, sportdagen en meerdaagse schoolreizen die plaatsvinden tijdens de schooltijd. De opvangplaats stelt gratis internettoegang ter beschikking van de leerlingen. Ze financiert een toereikend aanbod aan vrijetijdsactiviteiten (sport, cultuur enz.). De betrokken personen ontvangen bovendien zakgeld. Daarnaast omvat de door FEDASIL toegekende hulp ook ondersteuning en medische begeleiding.

Artikel 1 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen bepaalt dat de gezinsbijslagen ertoe dienen "alle kinderen ontwikkelings- en ontplooiingskansen te bieden, de financiële belasting voor een gezin door de onderhoudskosten voor één of meer kinderen gedeeltelijk te compenseren en kinderarmoede te bestrijden."

In arrest nr. 40/2016 van 10 maart 2016 heeft het Grondwettelijk Hof tevens in die zin bepaalt dat de toekenning van kinderbijslag in hoofdzaak ertoe strekt bij te dragen in de kosten van onderhoud en opvoeding van de kinderen. Zij biedt een gedeeltelijke compensatie voor de toegenomen lasten die door het gezin worden gedragen wanneer het uitbreidt.

Daaruit kan worden afgeleid dat de huisvesting, maaltijden en kleding die FEDASIL toekent in het kader van de materiële hulp, behoren tot de onderhoudskosten die het kindergeld dekt. Zo ook kan de financiering van de schoolkosten door FEDASIL gelijkgesteld worden met de dekking van de opvoedingskosten door de kinderbijslag. In die zin kan men stellen dat er een dubbele financiering is wanneer zowel materiële hulp als kinderbijslag worden toegekend.

Deze wijziging is in overeenstemming met de praktijk en de wetgeving in de andere deelgebieden van België.

In advies 75.183/2 van de Raad van State over hoger vermeld ontwerp van decreet van Wallonië, waarin ook verwezen wordt naar het advies van de Raad van State in de overeenkomstige Vlaamse wetgeving, staan de volgende uitvoeringen over artikel 23 van de grondwet. Artikel 23 van de Grondwet bevat inzake het recht op gezinsbijslagen een standstill-verplichting die eraan in de weg staat dat de bevoegde wetgever het beschermingsniveau dat wordt geboden door de van toepassing zijnde wetgeving, in aanzienlijke mate vermindert zonder dat daarvoor redenen zijn die verband houden met het algemeen belang. Die verplichting kan echter niet zo worden begrepen dat ze elke wetgever, in het raam van zijn bevoegdheden, de verplichting oplegt om niet te raken aan de nadere regels van de gezinsbijslagen. Zij verbiedt hem om maatregelen aan te nemen die, zonder dat daarvoor redenen zijn die verband houden met het algemeen belang, een aanzienlijke achteruitgang zouden betekenen van het in artikel 23, derde lid, 6°, gewaarborgde recht, maar zij ontslaat hem niet de bevoegdheid om te oordelen hoe dat recht op de meest adequate wijze wordt gewaarborgd.

De ontworpen regeling ontnemt aan de erkende vluchteling niet het recht op gezinsbijslagen, noch legt ze nieuwe toekenningsvoorwaarden op. Het ontwerp verduidelijkt enkel het ogenblik waarop het recht op de uitbetaling ontstaat. De wijziging kan aldus in globo niet als een aanzienlijke achteruitgang of een drastische vermindering van het recht op gezinsbijslag worden beschouwd, zodat er geen strijdigheid is met artikel 23 van de Grondwet.

Artikel 17

De algemene kinderbijslagwet (hierna: AKBW), die voor 2019 ook in de Duitstalige Gemeenschap gold, voorzag al in de toekenning van een geboortepremie bij de geboorte van een kind. De hoogte van de premie verschilde naargelang het ging om het eerste kind van een gezin of een volgend kind. Daarbij werd een kind als eerste kind beschouwd als het het eerste kind was van minstens één ouder.

Het Brussels Hoofdstedelijk Gewest heeft dit onderscheid overgenomen uit de AKBW, terwijl de Duitstalige Gemeenschap één vast bedrag voor alle geboren kinderen heeft vastgelegd. In Brussel wordt nu een geboortepremie van 1.367,74 euro toegekend voor het eerste kind en een bedrag van 621,70 euro voor elk volgend kind.

Daarbij komt dat ouders voor hun jongere kinderen meestal voor een groot deel gebruik kunnen maken van basisuitrusting waarover ze al beschikken.

De wijzigingsbepaling heeft tot doel in de toekomst terug te keren naar het vroegere model met differentiatie, waarbij het bedrag van de geboortepremie verschilt naargelang het gaat om het eerste kind of een volgend kind.

Een verandering van het bedrag van de geboortepremie in die zin zou de begroting van de Duitstalige Gemeenschap met ongeveer 300.000 euro kunnen ontlasten. Het is echter niet mogelijk dit exact te berekenen, aangezien het niet mogelijk is nu, achteraf, de in 2024 uitbetaalde geboortepremies apart te filteren op eerste kinderen en volgende kinderen.

De schatting is gebaseerd op de volgende aannames:

- In 2024 heeft de Duitstalige Gemeenschap in totaal 715 geboortepremies toegekend, wat neerkomt op een totaalbedrag van 960.977,54 euro.
- Als we aannemen dat het in 35% van de 715 gevallen ging om 'eerste geboortes' en in dus in 65% van de gevallen om 'volgende geboortes', zou de halvering van de premie vanaf het tweede kind leiden tot een besparing van 296.980,34 euro (35% = 1e kind: 344.040 euro en 65% = 2e kind: 319.957,20 euro = 663.997,20 euro).

Wat betreft de standstill-verplichting op grond van artikel 23 van de Belgische grondwet wordt om te beginnen opgemerkt dat de voorgestelde maatregel geen aanzienlijke vermindering inhoudt. De geboortepremie vanaf het tweede kind blijft bestaan; het bedrag wordt alleen gehalveerd. De aanpassing van het bedrag vanaf het tweede kind houdt rekening met het feit dat gezinnen dan al beschikken over een basisuitrusting en dus minder extra kosten hebben.

Deze verlaging vindt plaats voor de achtergrond van de wezenlijke inspanningen die de Duitstalige Gemeenschap doet om de noodzakelijke financiële draagkracht van haar begroting, en in het bijzonder de verschillende sociale uitkeringen, op de lange termijn te garanderen en te voldoen aan de eisen die het Europese en het federale niveau stellen aan de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap. Als uiting van intergenerationele solidariteit moeten hier op alle gebieden voldoende inspanningen gedaan worden. De stabilisering van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap om de financiële draagkracht te waarborgen vormt een legitiem doel (Grondw. Hof, 20 juli 2023, nr. 112/2023, rolnr. B.11.2.2).

Zoals de berekeningen hierboven aantonen, kan deze maatregel een jaarlijkse besparing van zo'n 300.000 euro opleveren. De maatregel draagt er dus toe bij de financiële houdbaarheid van het systeem te waarborgen, zonder het principieel recht op de geboortepremie af te schaffen.

De maatregel is aldus verenigbaar met het algemene doel van de begrotingsconsolidatie en vormt ook geen buitensporige vermindering van sociale rechten.

Artikel 18

Gezien de verandering van het bedrag van de geboortepremie vanaf het tweede kind heeft de verandering van het bedrag van de adoptiepremie vanaf het tweede kind de gelijke behandeling van adoptieouders en biologische ouders tot doel.

In het Brussels Hoofdstedelijk Gewest wordt, ter vergelijking, een adoptiepremie van 1.367,74 euro toegekend voor het eerste geadopteerde kind en een adoptiepremie van 621,70 euro vanaf het tweede kind.

Ook hier wordt de standstill-verplichting van artikel 23 van de grondwet niet geschonden, aangezien het gaat om een beperkte vermindering en het volledige bedrag nog altijd wordt toegekend voor het eerste geadopteerde kind en de basisuitrusting die daarmee wordt gefinancierd, op zijn minst

deels kan worden gebruikt voor volgende adoptiekinderen. Hier wordt verwezen naar de gedetailleerde uiteenzetting betreffende de verlaging van de geboortepremie.

Artikelen 19 en 20

In het kader van het EU-recht en ook in het kader van de samenwerking tussen Belgische kinderbijslagfondsen geldt het beginsel van de administratieve bijstand. Zo bepaalt artikel 71 van Verordening (EG) nr. 987/2009 van het Europees Parlement en de Raad van 16 september 2009 tot vaststelling van de wijze van toepassing van Verordening (EG) nr. 883/2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels dat indien een lidstaat onverschuldigd uitkeringen heeft verstrekt, deze zoveel mogelijk door middel van verrekening (dit wil zeggen inhouding van het onverschuldigd uitgekeerde bedrag op eventuele achterstallige of lopende betalingen in België) terugbetaald moeten worden. Slechts als een schuldvordering niet (geheel) door middel van verrekening kan worden geïnd, wordt het verschuldigde bedrag ingevorderd.

Bij deze verrekening tussen fondsen valt op dat de verjaringstermijn voor de invordering van gezinsbijslagen in de Duitstalige Gemeenschap langer en deels zelfs veel langer is dan in de andere (deel)staten. Terwijl men in Vlaanderen en Brussel drie jaar tijd heeft om het bedrag in te vorderen, laat Luxemburg slechts een jaar tijd en Duitsland zes maanden.

De wijziging heeft tot doel de verjaringstermijn voor de invordering van gezinsbijslagen te verkorten van drie jaar tot een jaar en zodoende de mogelijkheid van verrekening te beperken tot die termijn.

Behalve de hierboven besproken aanpassing in het kader van de EU-verrekeningen zal de kortere verjaringstermijn ook een administratieve vereenvoudiging bewerkstelligen. Om na te gaan of een burger recht heeft op de uitkeringen, zal het in de toekomst niet meer nodig zijn de voor de aanvraagprocedure noodzakelijke informatie en bewijsstukken bij de burger op te vragen voor de drie jaar die voorafgaan aan de aanvraag, maar nog slechts voor het jaar dat er onmiddellijk aan voorafgaat.

Verrekeningen tussen Belgische deelenheden, die uiterst zelden voorkomen, worden niet negatief beïnvloed door deze maatregel, doordat de aanvraag zo wordt opgevat dat gezinsbijslagen niet alleen op grond van een gewone officiële aanvraag maar ook van ambtswege moeten worden uitbetaald, voor zover dat natuurlijk materieel mogelijk is (artikel 40 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen).

De verkorting van de verjaringstermijn voor de invordering van gezinsbijslagen van drie jaar tot één jaar vindt plaats met inachtneming van de standstill-verplichting die verankerd is in artikel 23 van de Belgische grondwet. Die verplichting staat aanpassingen van de sociale rechten toe voor zover ze gerechtvaardigd worden door dwingende redenen van algemeen belang en geen buitensporig nadeel voor de rechthebbenden inhouden.

Verscheidene argumenten pleiten voor een verkorting van de verjaringstermijn:

1° Efficiëntieverhoging van de administratie

Een kortere termijn draagt ertoe bij dat aanspraken sneller geldend gemaakt worden. Daardoor kunnen administratieve processen versneld en middelen efficiënter gebruikt worden. De aanvragen worden behandeld binnen een afzienbaar tijdsbestek, wat leidt tot een snellere uitbetaling van verschuldigde uitkeringen.

2° Harmonisering met internationale regelingen

De aanpassing van de termijn richt zich naar de regelingen in andere landen, die vergelijkbare verjaringstermijnen voor sociale uitkeringen ingevoerd hebben, in dit geval Duitsland en Luxemburg.

Dat vergemakkelijkt de internationale samenwerking en de informatie-uitwisseling tussen verschillende socialezekerheidsinstellingen.

Een uniformere regeling draagt bij tot juridische duidelijkheid en voorkomt verschillen in de behandeling van aanspraken.

3° Vrijwaring van de rechten van rechthebbenden

De termijn is nog altijd lang genoeg om betrokkenen de mogelijkheid te bieden hun aanvraag tijdig in te dienen.

De maatregel verzekert dat gerechtvaardigde aanspraken niet verloren gaan, maar binnen een redelijke termijn gecontroleerd en toegekend worden.

De verkorting van de verjaringstermijn vormt dus geen aanzienlijke vermindering van de sociale rechten, maar komt eerder de efficiëntieverhoging en de juridische duidelijkheid ten goede. Tegelijkertijd blijft voor rechthebbenden de mogelijkheid behouden een aanvraag in te dienen, wat maakt dat de maatregel verenigbaar is met de standstill-verplichting.

Artikel 21

Gezien de gespannen begrotingssituatie van België is sinds eind 2024 duidelijk dat de Belgische federale staat en ook de Belgische deelentiteiten in de komende jaren samen aanzienlijke inspanningen zullen moeten doen om verandering te brengen in de situatie.

De schrapping van de aanpassing in 2025 en 2026, uitgevoerd bij het programmadecreet 2024 van 23 december 2024, moet daartoe een bijdrage leveren.

In de laatste jaren zijn de werkelijke uitgaven voor gezinsbijslagen, met name ook op grond van de in het decreet vastgelegde aanpassingsformule, continu gestegen: in 2023 met 2.840.507,20 euro in vergelijking met 2022 (de uitgaven in 2022 bedroegen in totaal 40.244.179,09 euro) en in 2024 met 2.783.861,99 euro in vergelijking met 2023 (de uitgaven in 2023 bedroegen in totaal 43.084.686,29 euro). In 2024 bedroegen de uitgaven voor gezinsbijslagen in totaal 45.868.548,28 euro.

De hierboven vermelde stijgingen van de uitgaven zijn niet volledig toe te schrijven aan de jaarlijkse aanpassing, maar de tijdelijke schrapping van de bepaling zal leiden tot onmiskenbare besparingen bij de gezinsbijslagen vanaf juli 2027, aangezien de aanpassingen van 2025 en 2026 niet achteraf uitgevoerd worden.

Volgens een eerste berekening zou deze maatregel kunnen leiden tot een besparing van in totaal minstens 2,4 miljoen euro. Het precieze effect kan niet voorspeld worden, aangezien de hoogte van de besparingen afhangt van de economische groei en de inflatie. De hoogte van de aanpassing van 1 juli 2027 zou dan gebaseerd zijn op het verschil met 1 juli 2026.

De invoering van de hier voorgestelde maatregel wijkt geenszins af van de standstill-verplichting van artikel 23 van de grondwet, aangezien het niet gaat om een aanzienlijke vermindering van de gezinsbijslagen van de Duitstalige Gemeenschap.

De tijdelijke schorsing van de indexering heeft voor de individuele rechthebbende slechts beperkte financiële gevolgen, aangezien de basisstructuur van de gezinsbijslagen behouden blijft. Op het niveau van de gehele Gemeenschap leidt de maatregel daarentegen tot een significante besparing aangezien

het totale uit te betalen bedrag aanzienlijk daalt. Het versterkt de financiële houdbaarheid van het systeem zonder ernstig afbreuk te doen aan de individuele sociale zekerheid.

Deze verlaging vindt anderzijds plaats voor de achtergrond van de wezenlijke inspanningen die de Duitstalige Gemeenschap doet om de noodzakelijke financiële draagkracht van haar begroting, en in het bijzonder de verschillende sociale uitkeringen, op de lange termijn te garanderen en te voldoen aan de eisen die het Europese en het federale niveau stellen aan de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap. Als uiting van intergenerationele solidariteit moeten hier op alle gebieden voldoende inspanningen gedaan worden. De stabilisering van de begroting van de Duitstalige Gemeenschap om de financiële draagkracht te waarborgen vormt een legitiem doel (Grondw. Hof, 20 juli 2023, nr. 112/2023, rolnr. B.11.2.2).

Zoals de berekeningen hierboven aantonen, kan deze maatregel een besparing van zo'n 2,4 miljoen euro opleveren.

De maatregel is aldus verenigbaar met het algemene doel van de begrotingsconsolidatie en vormt ook geen buitensporige vermindering van sociale rechten.

Artikel 22

Artikel 107, lid 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (hierna: VWEU) bepaalt dat staatssteun, behoudens de in het Verdrag bepaalde uitzonderingen, onverenigbaar is met de interne markt. Subsidies kunnen verenigbaar zijn met de interne markt in de zin van artikel 107, lid 2 of 3, en artikel 106, lid 2, van het VWEU en vrijgesteld zijn van de aanmeldingsverplichting overeenkomstig artikel 108, lid 3, van het VWEU als het bijvoorbeeld gaat om diensten van algemeen economisch belang (DAEB).

De Europese Commissie omschrijft DAEB in haar kwaliteitskader als economische activiteiten die het algemeen belang dienen en die de markt, zonder het overheidsoptreden, anders niet of niet onder dezelfde voorwaarden inzake kwaliteit, veiligheid, betaalbaarheid, gelijke behandeling of algemene toegang had verricht.

De dienstverrichter wordt met de openbaardienstverplichting belast door middel van een opdracht, om ervoor te zorgen dat de dienst wordt verricht onder voorwaarden die het voor de dienstverrichter mogelijk maken zijn opdracht te vervullen.

De EU heeft echter niet vastgelegd wanneer een dienst een DAEB is. De lidstaten beschikken dus over een brede beoordelingsmarge bij het vastleggen van deze diensten en de toekenning van compensaties aan de dienstverrichters. Dat betekent dat de Duitstalige Gemeenschap zelf kan bepalen welke diensten ze binnen haar bevoegdheidsgebied kwalificeert als DAEB. Dit artikel bepaalt dat de kinderopvang die wordt aangeboden door het centrum in de zin van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, en het uitvoeren van innovatieve pilootprojecten op het gebied van kinderopvang diensten van algemeen economisch belang (DAEB) zijn.

Artikel 107, lid 1, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (hierna: VWEU) bepaalt dat staatssteun, behoudens de in het Verdrag bepaalde uitzonderingen, onverenigbaar is met de interne markt. Subsidies kunnen verenigbaar zijn met de interne markt en vrijgesteld zijn van de aanmeldingsverplichting overeenkomstig artikel 108, lid 3, van het VWEU als het gaat om diensten van algemeen economisch belang (DAEB). Een voorwaarde voor deze vrijstelling is dat een onderneming die DAEB verricht, uitdrukkelijk belast wordt met het verrichten van die dienst, wat een toewijzing wordt genoemd. Dit artikel schept de rechtsgrondslag voor die toewijzing.

Artikel 23

Het werkingsgebied van een sociaal trefpunt zou zich niet mogen beperken tot één enkele buurt, maar het moet een trefpunt zijn voor de hele gemeente of meerdere gemeenten, aangezien het een centrale rol speelt in het bevorderen van het gemeenschapsgevoel, de integratie en de sociale cohesie.

Artikel 24

De verwijzingen naar personen in het decreet zijn gelijkelijk van toepassing op alle geslachten.

Artikel 25

De in het oorspronkelijke artikel 5, § 2, vermelde taken ter verwezenlijking van de doelstellingen kunnen in de praktijk niet gecontroleerd worden. Enkele van de taken kunnen ook beschouwd worden als doelstellingen en werden derhalve in paragraaf 1 van hetzelfde artikel opgenomen.

Artikel 26

Het artikel over het opmaken van een stand van zaken is niet voldoende precies geformuleerd, wat in de praktijk heeft geleid tot onduidelijkheid betreffende de toepassing ervan. Het opmaken van een stand van zaken wordt in artikel 7 genoemd als erkenningscriterium en moet in dat artikel ook gepreciseerd worden. Vooral bij de oprichting van een sociaal trefpunt lijkt het opmaken van een stand van zaken een onontkoombare noodzaak en het moet dan verplicht blijven.

Artikel 27

Artikel 7 van het decreet betreft de erkenningscriteria voor sociale trefpunten. Het artikel wordt op bepaalde plaatsen aangepast.

Het opmaken van een stand van zaken wordt in de toekomst een van de erkenningscriteria. Omdat het opmaken van een stand van zaken vooral noodzakelijk is bij de oprichting van een sociaal trefpunt, om na te gaan waarom het sociale trefpunt nodig is, moet het op dat moment verplicht blijven. Uit de stand van zaken blijkt welk aanbod, welke middelen en structuren al voorhanden zijn en waar er leemten zijn, zodat met andere vzw's, feitelijke verenigingen en de gemeente en het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn kan worden samengewerkt om die leemten aan te vullen. De stand van zaken helpt de werkelijke behoeften en interesses van de doelgroepen te kennen.

Verder worden de voorwaarden aangepast waaraan de coördinatoren die werken in de sociale trefpunten, moeten voldoen.

Enerzijds is uit de praktijk gebleken dat voor een sociaal trefpunt vele verschillende vaardigheden van belang zijn die men niet uitsluitend kan verwerven in officiële sociale of pedagogische studies. De diversiteit van achtergronden kan bijdragen tot het verwezenlijken van de doelstellingen. Mensen uit verschillende disciplines brengen verschillende perspectieven, vaardigheden en netwerken mee die het trefpunt verrijken. Daarom is in de toekomst niet meer vereist dat het bachelordiploma een sociale of pedagogische studie betreft.

Anderzijds moeten de coördinatoren nog altijd een uittreksel uit het strafregister indienen. De wijziging past de naam van het vereiste uittreksel aan. Op die manier wordt gezorgd voor een uniformisering met de eisen op het gebied van kinderopvang en jeugdbijstand.

Tot slot wordt paragraaf 3 aangepast, die betrekking heeft op het concept van de sociale trefpunten. In het eerste lid wordt de verwijzing naar artikel 6 aangepast, aangezien het opmaken van een stand van zaken niet meer in artikel 6 wordt bepaald, maar voortaan, na de aanpassing van het decreet, in artikel 7, § 1, 4°. Bovendien wordt het derde lid opgeheven. De actoren die betrokken zijn

bij de oprichting van het sociale trefpunt kunnen zelf oordelen welke personen en organisaties betrokken moeten zijn bij de uitwerking van het concept.

Artikel 28

De in het oorspronkelijke artikel 8, tweede lid, 1° tot 3°, genoemde voorwaarden voor het behoud van de erkenning stemmen deels overeen met de in artikel 5 vermelde doelstellingen van een sociaal trefpunt. Het is logisch dat de sociale trefpunten alle doelstellingen vermeld in artikel 5 moeten bereiken. Derhalve is het zinvol te verwijzen naar dat artikel in het kader van het behoud van de erkenning.

Nu de overeenkomsten wegvallen, moet in de regelgeving worden vastgelegd dat de medewerkers in hoofdberoep voortgezette opleidingen moeten volgen.

Bovendien moet er op elk moment een uittreksel uit het strafregister beschikbaar zijn dat niet meer dan een jaar oud is. Voordien werd dat geregeld in de overeenkomst. Met oog op de administratieve vereenvoudiging is het echter beter geen extra overeenkomsten naast het decreet ter zake af te sluiten.

Artikel 29

De omschakeling op forfaitaire subsidiëring, die zowel de personeelskosten als de werkingskosten dekt, blijft behouden. Deze maatregel zorgt voor minder bureaucratie en minder administratieve last. De gedetailleerde berekening en afrekening van de werkelijke kosten nam aan beide zijden aanzienlijke personele middelen en tijd in beslag, iets wat op deze manier vermeden kan worden.

Bovendien genieten de sociale trefpunten zo meer vrijheid bij de invulling, aangezien voor de forfaitaire subsidiëring geen gedetailleerde bewijzen meer vereist zijn en de middelen flexibel ingezet kunnen worden in het kader van hun opdracht.

Door te voorzien in een mogelijke verhoogde subsidie van 100.000 euro wordt de mogelijkheid gecreëerd doelgericht in te gaan op plaatselijke bijzonderheden en extra prestaties.

Met dit model kan elke gemeente ondersteund worden op basis van haar inwonertal en de daaraan gekoppelde behoeften, zonder dat de begrotingen van kleinere gemeenten overbelast worden.

Door de gemeenten of openbare centra voor maatschappelijk welzijn te verplichten minstens 10% van de kosten te dragen, wordt verantwoordelijkheid op lokaal niveau geëist. Dit bevordert het eigen initiatief en de betrokkenheid van de gemeenten of de openbare centra voor maatschappelijk welzijn en biedt hun nieuwe mogelijkheden om de gemeentelijke sociale ruimte actief vorm te geven en lokale initiatieven ter bevordering van participatie en integratie te stimuleren. Dat is belangrijk omdat het functioneren van de sociale trefpunten fundamenteel afhankelijk is van hun gemeentelijke verankering.

Het samengaan van verscheidene gemeenten om de drempelwaarde te bereiken, biedt ook kleine gemeenten de mogelijkheid om indien nodig een sociaal trefpunt te erkennen en te steunen.

Het feit dat het decreet slechts voorziet in een nieuwe beoordeling wanneer de drempelwaarden twee jaar na elkaar overschreden worden, schept stabiele raamvoorwaarden voor de ondersteuning. Dat biedt financiële planningszekerheid voor alle betrokkenen.

Bovendien is bepaald dat de Regering, afhankelijk van de beschikbare begrotingsmiddelen of de ontwikkeling van de index, een coëfficiënt kan koppelen aan alle of individuele subsidies.

Artikel 30

De bijzondere subsidie is gedurende langere periodes nauwelijks gebruikt. Daaruit blijkt dat de subsidie in de praktijk niet het nut heeft dat ervan verwacht werd. In zo'n geval is het beter de middelen toe te wijzen aan andere, effectievere maatregelen, zodat de beschikbare middelen beter benut worden. Verder is de subsidiëring van de sociale trefpunten nu gebaseerd op een forfaitaire subsidie, wat de afbakening van een bijzondere subsidie aanzienlijk bemoeilijkt.

De administratieve last waarmee de beschikbaarstelling en controle van een bijzondere subsidie gepaard gaat, moet in verhouding zijn met het daadwerkelijke gebruik ervan.

De sociale trefpunten kunnen bovendien ook nog altijd een projectfinanciering aanvragen in het kader van de projectoproep ter bestrijding van armoede en uitsluiting in Oost-België en ter bevordering van de integratie van alle bevolkingsgroepen.

Artikel 31

In het kader van de administratieve vereenvoudiging moet afgezien worden van het sluiten van een overeenkomst tussen de verschillende actoren. De overeenkomst is niet meer nodig aangezien alle nadere regels vastgelegd worden in het decreet en het uitvoeringsbesluit.

Artikel 32

De begroting van de volgende boekjaren is niet meer relevant aangezien de erkende sociale trefpunten overeenkomstig het decreet een forfaitaire subsidie ontvangen.

Artikel 33

Dit artikel voegt in het decreet een hoofdstuk in dat de bepalingen inzake gegevensbescherming bevat.

Artikel 34

Voor zover ze niet onder andersluidende wettelijke of decretale bepalingen vallen, moeten de Regering, de erkende sociale trefpunten en andere personen die bij de uitvoering van het decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Artikel 35

Dit artikel bepaalt dat het centrum wordt beschouwd als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming voor de verwerking van de gegevens vermeld in artikel 14.3.

Artikel 36

Het staat aan de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens weliswaar niet uitvoerig te beschrijven, maar toch op zijn minst te vermelden welke gegevenscategorieën voortaan zullen worden verwerkt. Het doel is om een transparante en voorspelbare basis voor deze gegevenscategorieën te creëren.

Artikel 37

Dit artikel regelt de duur van de verwerking van de verzamelde gegevens.

Artikel 38

Op grond van dit artikel kan de Regering zo nodig bepalen welke maatregelen noodzakelijk zijn om de persoonsgegevens te beveiligen.

Artikel 39

Deze wijziging moet samen met artikel 10 gelezen worden. Zowel om een beroep te kunnen doen op een dienst voor gezins- en bejaardenhulp als om zijn intrek te nemen in een woonzorgcentrum voor ouderen moet de betrokkene een adviesattest voorleggen. Zo'n attest krijgt de betrokkene na een adviesgesprek met een medewerker van de DSL. Bij zo'n adviesgesprek gaat het erom de betrokkene uit te leggen welke hulp er allemaal beschikbaar is voor zijn ondersteuningsbehoefte. In de realiteit blijkt dat ouderen al een beslissing genomen hebben voor ze naar het adviesgesprek komen en dat het gesprek slechts een formaliteit is. Die verplichte gesprekken nemen echter aanzienlijke personele middelen in beslag, die bijgevolg niet efficiënt ingezet worden. Het advies over de beschikbare hulp moet gegeven worden lang voor de betrokkene een beslissing neemt. Dat kan gebeuren in de vorm van informatievergaderingen, bijvoorbeeld over dementie, of er kan ook advies gegeven worden door de oriëntatiemedewerkers van de DSL bij hun huisbezoeken, onder andere wanneer er een hulpmiddel nodig is. Omdat het adviesattest verplicht is en er zonder adviesattest geen beroep kan worden gedaan op de dienst, moeten de medewerkers deze aanvragen prioritair behandelen. Dat heeft tot gevolg dat ze hun algemene preventieve adviesopdracht niet meer kunnen nakomen.

Om deze reden wordt deze verplichting opgeheven, zodat de professionele krachten versterkt kunnen worden ingezet voor preventieve adviesverlening.

Artikel 40

Deze wijziging komt voort uit de opheffing van artikel 15, §§ 1 en 2 van het decreet (zie artikel 39), waardoor de verwijzing naar dat artikel geschrapt moest worden.

Artikelen 41 en 42

De artikelen 41, 55, 72, 74 en 80 voeren een parallelle aanpassing door van de volgende decreten die betrekking hebben op het opleggen van administratieve geldboeten:

- het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit;
- het decreet van 24 januari 2022 betreffende de bestrijding van doping in de sport;
- het Waals Wetboek van Duurzaam Wonen;
- het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen;
- het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme.

Elk van deze decreten bevat een gelijkkluidende bepaling die stelt dat de Regering, na de ontvangst van het proces-verbaal van vaststelling door de bevoegde inspectiedienst, zes maanden de tijd heeft om een administratieve geldboete op te leggen. Dientengevolge kan de Regering na afloop van de termijn van zes maanden geen administratieve geldboete meer opleggen. In de praktijk blijkt dat die termijn van zes maanden om een administratieve geldboete op te leggen, niet altijd volstaat om complexe kwesties naar behoren te behandelen, binnen de administratie tot overeenstemming te komen en een juridisch solide beslissing te nemen. Om de kwaliteit, consistentie en rechtszekerheid van de oplossingen te verzekeren, moet de termijn derhalve verlengd worden tot twaalf maanden.

Deze wijziging is ook in het belang van de harmonisering met vergelijkbare regelingen (op het gebied van ruimtelijke ordening bedraagt de termijn bijvoorbeeld al één jaar) en ze is bevorderlijk voor de efficiënte verwerking met het oog op een duurzame procedurevoering.

De artikelen 42, 56, 73 en 75 bevatten elk een overgangsbepaling die ervoor zorgt dat de termijnverlenging niet geldt voor lopende procedures. Ze geldt enkel voor de vaststelling van nieuwe inbreuken, die vastgesteld worden vanaf 1 januari 2026.

Artikel 43

Doordat de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven (DSL) veranderd is in een dienst met afzonderlijk beheer, zijn er twee vertegenwoordigers van het bestuur lid met raadgevende stem van de adviescommissie voor mensen met een beperking: een vertegenwoordiger van het departement Gezin en Sociale Aangelegenheden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en een lid van de door de Regering bepaalde dienst die bevoegd is inzake zelfbeschikkend leven, zijnde de DSL. Dat is niet nodig. Het volstaat als er één vertegenwoordiger van het bestuur is, namelijk van de DSL, die inhoudelijk de beste expertise heeft, die met toepassing van artikel 6, 7°, van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven de rol vervult van centraal aanspreekpunt van de Duitstalige Gemeenschap voor de uitvoering van het Verdrag van de Verenigde Naties inzake de rechten van personen met een handicap en het Facultatief Protocol, en indien nodig de brug kan slaan naar andere departementen van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 44

De toepassing van de bezoldigingsregeling die geldt voor de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is in de praktijk nauwelijks uitvoerbaar gebleken, aangezien er geen ervaren sociale secretariaten zijn. De toepassing van de bepalingen die gelden voor de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid" zal het werk van de adviescommissie en de samenwerking met het sociaal secretariaat vereenvoudigen.

Artikel 45

Omdat momenteel gewerkt wordt aan de hervorming van het museumdecreet, heeft het geen zin in 2026 nieuwe musea te erkennen en tegelijkertijd de criteria aan te passen. De nieuwe erkenningen moeten gebeuren in 2027 op basis van de geactualiseerde voorwaarden en gelden vanaf 1 januari 2028. Op die toestand heeft het nieuwe derde lid van artikel 17 betrekking.

Op grond van de begrotingssituatie wordt verder door het vierde lid van artikel 17 van het decreet de erkenning van nieuwe musea opgeschort voor deze legislatuur. Bij gelijkblijvende begrotingsmiddelen bestaat het gevaar dat de erkenning van een of meer nieuwe musea ten koste van de bestaande erkende musea gefinancierd moet worden. De herverdeling van de begrotingsmiddelen tussen alle musea zou voor zowel de bestaande erkende musea als de eventueel nieuw erkende musea financieel nadelig zijn. Om dit financiële nadeel te compenseren, zouden de bestaande erkende musea eventueel personeel moeten ontslaan met als mogelijk gevolg dat ze niet meer voldoen aan de kwantitatieve criteria vastgelegd in dit decreet.

Artikel 46

Als een aanvrager meer dan twee beursprojecten lopen heeft, bestaat het risico dat niet afgesloten beurzen steeds verder naar achteren verschoven worden en eventueel nooit afgesloten worden. Om dat te voorkomen, worden maximaal twee beurzen per aanvrager toegestaan.

Artikel 47

Als een aanvrager meer dan twee projecten voor publicaties lopen heeft, bestaat het risico dat niet afgesloten publicaties steeds verder naar achteren verschoven worden en eventueel nooit afgesloten worden. Om dat te voorkomen, worden maximaal twee lopende projecten voor publicaties per aanvrager toegestaan.

Noch de Regering noch de administratie kunnen de aangekochte werken gebruiken. Enkele boeken werden weggeschonken, maar de meeste boeken werden ergens opgeborgen en bij onvoldoende opbergruimte weggegooid. De aankoop van de boeken druist dan ook in tegen het duurzaamheidsprincipe. De laatste jaren werden in de praktijk daarom ook geen boeken meer aangekocht.

Artikel 48

Bijzondere cultuurprojecten die voor ondersteuning in aanmerking komen, moeten openbaar toegankelijk zijn. Naar analogie van de bijzondere cultuurprojecten moeten jubileumvieringen van amateurkunstverenigingen ook openbaar toegankelijk zijn.

Artikel 49

Na de toezegging zijn de betreffende begrotingsmiddelen vastgelegd en kunnen ze niet meer gebruikt worden voor andere subsidies. Als daar een jaarwisseling overgaat, moeten de middelen overgedragen, d.w.z. verhoogd, worden. Als dat niet mogelijk is, blokkeren de niet-opgevraagde middelen de middelen die bedoeld zijn voor het volgende jaar.

Artikel 50

Artikel 96 wordt aangevuld met een nieuwe paragraaf 7, om nieuwe classificaties als professionele cultuuraanbieder op te schorten voor de lopende legislatuur op grond van de begrotingssituatie. Bij gelijkblijvende begrotingsmiddelen bestaat het gevaar dat de erkenning van een of meer nieuwe professionele cultuuraanbieders ten koste van de bestaande erkende professionele cultuuraanbieders gefinancierd moet worden. De herverdeling van de begrotingsmiddelen tussen alle professionele cultuuraanbieders zou voor zowel de reeds eerder erkende als de eventueel nieuw erkende professionele cultuuraanbieders financieel nadelig zijn met als gevolg dat ze niet meer kunnen voldoen aan de kwalitatieve en kwantitatieve criteria vastgelegd in dit decreet. Om dit financiële nadeel te compenseren, zouden de bestaande cultuuraanbieders personeel moeten ontslaan.

Voor dezelfde achtergrond wordt artikel 96 aangevuld met een paragraaf 8. De ondersteuningsperiode van de actuele kunstenaar van Oost-België loopt af op 31 december 2026. Dat betekent dat de volgende oproep tot kandidaten voor de onderscheiding 'kunstenaar van Oost-België' in 2016 gepubliceerd zou moeten worden. Daarbij worden de oproep, de juryvergadering, de prijsuitreiking en het slotevenement georganiseerd door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap. De plannen voor de volgende oproep zouden in de zomer of in het begin van de herfst een aanvang nemen. Op grond van de actuele begrotingssituatie moet de onderscheiding 'kunstenaar van Oost-België' voor een ondersteuningsperiode opgeschort worden. Daardoor wordt in de begrotingsjaren 2027, 2028 en 2029 minstens 60.000 euro bespaard (prijsuitreiking, prijzengeld, werkbeurs, slotevenement enz.).

Tot slot wordt artikel 96 aangevuld met een paragraaf 9. De classificaties in de amateurkunst vinden om de vier jaar plaats. Normaliter zou de volgende classificatie in 2026 door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap georganiseerd worden. Op grond van de actuele begrotingssituatie zal de classificatie plaatsvinden in 2029 en wordt de classificatie van 2022 bevroren. Bovendien wordt

overwogen de classificatie voor de kunstdiscipline anders te organiseren. De classificatie is momenteel de enige classificatie van amateurkunstverenigingen die uitsluitend door de administratie georganiseerd wordt.

Artikel 51

Op grond van de begrotingssituatie wordt in deze legislatuur geen nieuwe ondersteuning toegekend aan creatieve ateliers of gespecialiseerde creatieve ateliers. Bij gelijkblijvende begrotingsmiddelen bestaat het gevaar dat de ondersteuning van een of meer nieuwe creatieve ateliers of gespecialiseerde creatieve ateliers ten koste van de bestaande ondersteunde ateliers gefinancierd moet worden. De herverdeling van de begrotingsmiddelen tussen alle ondersteunde ateliers zou voor zowel de reeds eerder ondersteunde als de eventueel nieuw ondersteunde ateliers financieel nadelig zijn. Om dit financiële nadeel te compenseren, zouden de bestaande ateliers personeel moeten ontslaan met als mogelijk gevolg dat ze niet meer voldoen aan de kwantitatieve criteria vastgelegd in dit decreet.

Op grond van de begrotingssituatie wordt de toewijzing van creatieve ateliers aan subsidiecategorieën opgeschort tot 2028, waarna de toewijzingen zullen gebeuren naar analogie van de gespecialiseerde creatieve ateliers. Het gevaar bestaat dat creatieve ateliers bij de toewijzing aan een subsidiecategorie op basis van de criteria aan een hogere categorie toegewezen worden en daardoor recht krijgen op meer werkingssubsidie en meer personeelssubsidie, terwijl de begrotingsmiddelen gelijk blijven. De herverdeling van de begrotingsmiddelen tussen de ateliers zou financieel nadelig zijn voor alle ateliers. Om dit financiële nadeel te compenseren, zouden de ateliers personeel moeten ontslaan of geen nieuw personeel kunnen aanstellen ondanks de toewijzing aan een hogere categorie. Bovendien zouden ze dan ook niet meer kunnen voldoen aan de kwantitatieve criteria vastgelegd in dit decreet.

Aangezien de toewijzing van de creatieve ateliers aan subsidiecategorieën uitgesteld wordt en de ondersteuningsperiode met twee jaar verlengd wordt, moet bij de volgende toewijzing aan een subsidiecategorie rekening gehouden worden met de vijf jaar die voorafgaan aan de ondersteuningsperiode 2029-2031.

Artikel 52

De demografische ontwikkeling heeft tot gevolg dat bepaalde jeugdorganisaties kampen met een krimpend ledental en dreigen de categorie waaraan ze zijn toegewezen, te verliezen en te moeten zakken naar een lagere categorie (bijvoorbeeld Patro Mädchen met 75 leden, Ocarina met 109 leden, Chiro St. Vith met 114 leden, Patro Jungen met 125 leden).

De basiskosten zijn nog altijd hoog bij 50 leden (categorie I) in vergelijking met 100 leden (categorie II) en daardoor volstaat de 2.500 euro die momenteel aan categorie I wordt toegekend, niet. Bovendien is er een heel groot verschil tussen de 10.000 euro die wordt toegekend bij 100 leden, en de 2.500 euro die wordt toegekend bij 50 leden.

Om de ondersteunde jeugdorganisaties niet in financiële moeilijkheden te brengen en te verzekeren dat het huidige aanbod blijft bestaan, wordt voorgesteld het subsidiebedrag van categorie I op te trekken van 2.500 euro tot 7.500 euro.

Dat brengt op korte en middellange termijn geen extra kosten met zich aangezien niet te verwachten is dat er nieuwe jeugdorganisaties erkend worden.

Artikel 53

Voor de controle van de jeugdkampen maakt de Regering gebruik van adviezen van het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren (hierna: Kaleido). Tot nog toe was het niet mogelijk invloed uit te oefenen op de betrokken jeugdorganisatie als Kaleido een negatief advies gegeven had. Door de toevoeging van bepaling 8.1° in artikel 14 wordt de mogelijkheid gecreëerd de subsidie voor jeugdkampen indien nodig te verlagen of in te trekken.

Artikel 54

Artikel 127 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen (hierna: het mediadecreet) voorziet in de oprichting en de samenstelling van de adviesraad voor de mediadiensten. Om asynchronie in de duur van het mandaat van de leden te voorkomen, wordt een nieuw lid in paragraaf 5 ingevoegd, om te verzekeren dat wanneer een voortijdig uitgetreden lid vervangen wordt door een plaatsvervangend lid, dat plaatsvervangend lid het mandaat van het voortijdig uitgetreden lid volledig uitdoet. Op die manier lopen de mandaten van alle leden altijd op hetzelfde moment af, wat neerkomt op een administratieve vereenvoudiging.

Artikelen 55 en 56

Er wordt verwezen naar de bespreking van de artikelen 41 en 42.

[...]

Artikelen 72 en 73

Er wordt verwezen naar de bespreking van de artikelen 41 en 42.

[...]

Artikelen 83 tot 86

Het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap wordt door deze artikelen op belangrijke wijze aangevuld met betrekking tot de toekenning van leningen. In de praktijk is opgevallen dat de toekenning van leningen door de Regering niet gebonden is aan specifieke voorwaarden en dat deze situatie voor rechtsonzekerheid zorgt bij zowel de Regering als de leningnemers. Daarom wordt het voornoemde decreet zodanig aangepast dat de toekenning van leningen voortaan gebonden is aan precieze toelatingsvoorwaarden, lopende verplichtingen en terugbetalingsregels.

Met betrekking tot de artikelen 83, 85 en 86 dient te worden opgemerkt dat deze inhoudelijk niets veranderen, maar omwille van de coherentie een nieuwe plaats krijgen in het decreet.

Artikel 87

Met oog op een optimalisering van het subsidiewezen heeft de Regering op 28 mei 2025 een oriëntatienota over het subsidiewezen goedgekeurd. Het merendeel van de voorstellen ter optimalisering van het subsidiewezen moet op 1 januari 2027 in werking treden.

Daarom heeft de Regering besloten dat de uiterlijke datum voor het sluiten of verlengen van subsidieovereenkomsten 31 december 2026 is. Anders zouden de overeenkomsten niet overeenstemmen met de nieuwe omstandigheden.

Deze verlengingen met één jaar zijn daarbij noodzakelijkerwijs voor de gehele periode gedekt door het begrotingsdecreet. Met het oog op de administratieve vereenvoudiging legt dit artikel de

rechtsgrondslag die maakt dat voor het jaar 2026 geen parlementaire goedkeuring vereist is voor een addendum waarmee de looptijd van een beheerscontract met één jaar wordt verlengd. Het addendum wordt ter informatie overgezonden aan het Parlement.

Artikel 88

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van de individuele bepalingen.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid
J. FRANSSEN

De Minister van Cultuur, Sport, Toerisme en Media
G. FRECHES

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid
L. KLINKENBERG

VOORONTWERP

Voorontwerp van programmadecreet 2025 (II)

HOOFDSTUK 1 – PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1 – Gezondheid

Artikel 1 – Hoofdstuk II van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, opgeheven bij het decreet van 27 februari 2023, dat de artikelen 6 tot 10 bevat, wordt hersteld als volgt:

"Hoofdstuk II – Kadaster van zorgaanbieders en instellingen".

Art. 2 – In hoofdstuk II van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 27 februari 2023, wordt een artikel 6 ingevoegd, luidende:

"Art. 6 – Definities

Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt verstaan onder:

1° gezondheidszorgbeoefenaars: alle beroepsbeoefenaars die:

a) vallen binnen het toepassingsgebied van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen;

b) hun hoofdverblijfplaats hebben in het Duitse taalgebied en/of hun beroepsactiviteit volledig of deels uitoefenen in het Duitse taalgebied;

2° zorgbeoefenaars: alle personen die:

a) vallen binnen het toepassingsgebied van artikel 1, 3°, van het samenwerkingsakkoord van 22 december 2023;

b) hun hoofdverblijfplaats hebben in het Duitse taalgebied en/of hun beroepsactiviteit volledig of deels uitoefenen in het Duitse taalgebied;

3° kadaster: de gegevensbank die de Regering aanlegt overeenkomstig artikel 7 en die de gegevens vermeld in artikel 8, § 2, bevat;

4° samenwerkingsakkoord van 22 december 2023: het samenwerkingsakkoord van 22 december 2023 tussen de Federale Staat, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap, de Duitstalige Gemeenschap, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie betreffende de verwerking van gegevens met betrekking tot CoBRHA+."

Art. 3 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 7 ingevoegd, luidende:

"Art. 7 – Oprichting en doeleinden

De Regering richt een kadaster van zorgaanbieders en instellingen op en beheert dat.

Het kadaster en de verwerking van de kadastergegevens dienen de volgende doeleinden:

1° het contact opnemen door de gezondheidsinspectie met gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars, in het bijzonder zelfstandige verpleegkundigen, bij besmettingsgevallen overeenkomstig hoofdstuk II ter;

2° het contact opnemen met gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars in het kader van het voeren van informatiecampagnes met het oog op gezondheidspromotie en medische preventie;

3° het opstellen van statistieken van het actuele en toekomstige aanbod aan arbeidskrachten in de gezondheidssector met het oog op een betere planning van het gezondheidsbeleid en de bestrijding

van het tekort aan arbeidskrachten;

4° het gebruik van de gegevens om de correctheid te controleren van gegevens van gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars die in het kader van andere processen aan de diensten van de Regering bezorgd worden;

5° het invoeren van gegevens van zorgbeoefenaars in de gegevensbank CoBRHA(+) die werd opgericht overeenkomstig het samenwerkingsakkoord van 22 december 2023."

Art. 4 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 8 ingevoegd, luidende:

"Art. 8 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 - De Regering is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in paragraaf 2 en voor het kadaster. De Regering geldt voor de verwerking van die gegevens en voor het kadaster als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

§ 2 – Voor het gebruik van het kadaster kunnen persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerkt worden:

1° de overeenkomstig artikel 4 van het samenwerkingsakkoord van 22 december 2023 verwerkte gegevens van gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars, met uitzondering van het adres van de hoofdverblijfplaats;

2° gegevens over het begin en het einde van de zelfstandigheid;

3° professionele contactgegevens.

De Regering verwerkt daartoe gegevens uit de volgende bronnen:

1° de gegevensbank CoBRHA(+) met gegevens van gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars en instellingen, die opgericht werd overeenkomstig het samenwerkingsakkoord van 22 december 2023;

2° openbaar toegankelijke bronnen;

3° de Kruispuntbank van Ondernemingen, opgericht krachtens de wet van 16 januari 2003 tot oprichting van een Kruispuntbank van Ondernemingen, tot modernisering van het handelsregister, tot oprichting van erkende ondernemingsloketten en houdende diverse bepalingen;

4° zelf verzamelde gegevens bij gezondheidszorg- en zorgbeoefenaars en instellingen.

§ 3 – De overeenkomstig paragraaf 2 verwerkte gegevens worden hoogstens 20 jaar na de stopzetting van de uitoefening van het beroep bewaard.

Met behoud van de toepassing van andere wettelijke of decretale bepalingen worden de gegevens uiterlijk na afloop van die termijn vernietigd.

§ 4 – Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen."

Art. 5 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 9 ingevoegd, luidende:

"Art. 9 – Veiligheidsmaatregelen

De Regering let erop dat bij de verwerking van de gegevens vermeld in artikel 8, § 2, gepaste veiligheidsmaatregelen worden genomen.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid gelden de volgende veiligheidsbepalingen voor de toegang tot het kadaster:

1° elke medewerker krijgt slechts toegang tot de gegevens die hij of zij absoluut nodig heeft voor de uitvoering van de taken die zijn vastgelegd in artikel 7, tweede lid;

2° de gegevensraadplegingen worden geregistreerd en regelmatig gecontroleerd op rechtmatigheid."

Art. 6 – In artikel 1, 5°, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende het niet-dringend ziekenvervoer wordt het woord "ambulancier" vervangen door de woorden "ambulancier niet-dringend patiëntenvervoer".

Art. 7 – In artikel 3, § 2, 1°, van hetzelfde decreet wordt het woord "ambulanciers" telkens vervangen door de woorden "ambulanciers niet-dringend patiëntenvervoer".

Art. 8 – Artikel 4 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019 en bij het decreet van 25 februari 2013, wordt vervangen als volgt:

"Art. 4 – Patiënten kunnen bij de dienst voor ziekenvervoer klachten met betrekking tot de werking en werkwijze van de dienst voor ziekenvervoer indienen. Daartoe voert elke dienst voor ziekenvervoer een klachtenprocedure in zoals bepaald in hoofdstuk 2 van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap.

Op de door de dienst voor ziekenvervoer opgestelde facturen staan minstens de volgende gegevens:

1° de in dit artikel vastgelegde mogelijkheid om een klacht in te dienen, alsook het adres en het telefoonnummer van de bevoegde klachtendienst;

2° de mogelijkheid tot terugbetaling van het ziekenvervoer door de ziekenfondsen."

Art. 9 – De artikelen 7 en 8 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

Afdeling 2 – Ouderen

Art. 10 – Artikel 63 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg wordt opgeheven.

Art. 11 – In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 8 mei 2024, wordt een artikel 79.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 79.1 – Doorgifte aan derden

§ 1 – Met het doeleinde de (gezondheids)zorgrelatie tussen patiënten en een instelling of een medewerker van een instelling te kunnen controleren, kan de Regering gegevens van dienstverrichters van woonzorgcentra voor ouderen en gegevens van bewoners en medewerkers van woonzorgcentra voor ouderen doorgeven aan de volgende instellingen:

1° het eHealth-platform dat werd opgericht bij de wet van 21 augustus 2008 houdende oprichting en organisatie van het eHealth-platform;

2° een andere openbare instelling die bij een wet, decreet of ordonnantie belast is met de controle en de opslag van de (gezondheids)zorgrelatie tussen patiënten enerzijds en (gezondheids)zorginstellingen en (gezondheids)zorgbeoefenaars anderzijds.

De Regering kan met dat doeleinde de volgende gegevens doorgeven aan de instellingen vermeld in het eerste lid:

1° met betrekking tot de bewoners van een woonzorgcentrum voor ouderen:

a) het identificatienummer van het Rijksregister en het identificatienummer van de Kruispuntbank vermeld in artikel 8, § 1, 1° resp. 2°, van de wet van 15 januari 1990 houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de sociale zekerheid;

- b) de aankomstdatum en eventueel vertrekdatum van de bewoner;
- 2° het identificatienummer van het woonzorgcentrum voor ouderen waarin de bewoner vermeld in 1° verblijft;
- 3° met betrekking tot de medewerkers van een dienstverrichter van een woonzorgcentrum voor ouderen:
 - a) ofwel het identificatienummer van het Rijksregister en het identificatienummer van de Kruispuntbank vermeld in artikel 8, § 1, 1° resp. 2°, van de wet van 15 januari 1990 houdende oprichting en organisatie van een Kruispuntbank van de sociale zekerheid ofwel het RIZIV-nummer;
 - b) informatie over het begin en het einde van de arbeidsverhouding."

Art. 12 – In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 8 mei 2024, wordt een artikel 79.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 79.2 – Opstellen van statistieken

De Regering kan gepseudonimiseerde gegevens van de BelRAI-screening van bewoners van de woonzorgcentra voor ouderen op het niveau van de instelling of de gemeente verwerken om statistieken op te stellen.

De verwerking bedoeld in het eerste lid vindt plaats met als doeleinde het gezondheidsbeleid te verbeteren en de kwaliteit in de woonzorgcentra van de Duitstalige Gemeenschap te borgen.

De gepseudonimiseerde raw data die gebruikt worden om statistieken op te stellen, worden uiterlijk een jaar na de verwerking ervan vernietigd."

Afdeling 3 – Gezin

Art. 13 – In artikel 2, eerste lid, 2°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, vervangen bij het decreet van 22 mei 2023, wordt de puntkomma op het einde van de zin vervangen door een punt en de bepaling wordt aangevuld met de volgende zin:

"Het gaat om een dienst van algemeen economisch belang zoals gedefinieerd in artikel 14 en artikel 106, lid 2, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie en in het daarbij gevoegde Protocol nr. 26;"

Art. 14 – Hoofdstuk 3 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 12 december 2019, 22 mei 2023 en 14 december 2023, wordt aangevuld met een artikel 13.1, luidende:

"Art. 13.1- Toewijzingsbesluit

De Regering kan de dienstverrichters belasten met de dienst van algemeen economisch belang vermeld in artikel 2, eerste lid, 2°.

De Regering legt de nadere regels vast."

Art. 15 – Artikel 16.2, § 2, eerste lid, 3°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 2 maart 2015, wordt opgeheven.

Art. 16 – In artikel 6 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid wordt het woord "overeenkomstig" vervangen door de woorden "in de vorm van een verblijfsvergunning overeenkomstig";

2° tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"Een attest van immatriculatie vormt geen verblijfsvergunning in de zin van het tweede lid. Met

behoud van de toepassing van artikel 27 wordt het recht slechts geopend op de datum van de beslissing tot toekenning van het verblijfsrecht of tot erkenning van de status van staatloze, vluchteling of tot toekenning van de subsidiaire beschermingsstatus.";

3° het derde lid, dat het vierde lid geworden is, wordt vervangen als volgt:

"De Regering bepaalt welke situaties:

1° gelden als een vervulling van de woonplaatsvoorwaarde vermeld in het eerste en het tweede lid;

2° worden gelijkgesteld met een gemachtigd of toegelaten verblijf."

Art. 17 – Artikel 30 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 30 – Geboortepremie

De Regering kent een geboortepremie toe die 1.144 euro bedraagt als het gaat om de geboorte van het eerste kind. Voor elk bijkomend kind kent de Regering een geboortepremie van 572 euro toe.

Als eerste kind geldt het eerste kind van minstens één ouder."

Art. 18 – Artikel 34 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 34 – Adoptiepremie

De Regering kent een adoptiepremie toe die 1.144 euro bedraagt als het gaat om een eerste kind. Voor elk bijkomend kind kent de Regering een adoptiepremie van 572 euro toe.

Als eerste kind geldt het eerste geadopteerde kind van minstens één ouder."

Art. 19 – In artikel 75 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden de woorden "de drie jaar" vervangen door de woorden "één jaar";

2° in § 2, tweede lid, worden de woorden "drie jaar" vervangen door de woorden "één jaar".

Art. 20 – Artikel 117.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2021, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Artikel 75 zoals van kracht op 1 april 2026 is van toepassing op alle aanvragen en rechtsvorderingen tot invordering van gezinsbijslagen die vanaf 1 april 2026 worden ingediend. Op aanvragen en rechtsvorderingen die vóór die datum zijn ingediend, is artikel 75 zoals van kracht op 31 maart 2026 van toepassing."

Art. 21 – Artikel 117.3 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 december 2024, wordt aangevuld met de volgende zin:

"Bij de berekening van de aanpassingen van de daaropvolgende jaren wordt geen rekening gehouden met de aanpassingen die niet hebben plaatsgevonden in deze periode."

Art. 22 – Hoofdstuk 3 van het decreet van 22 mei 2023 tot oprichting van een centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap wordt aangevuld met een artikel 7.1, luidende:

"Art. 7.1 – Diensten van algemeen economisch belang

"De taken vermeld in artikel 6, tweede lid, 1° en 2°, worden beschouwd als diensten van algemeen economisch belang zoals gedefinieerd in artikel 14 en artikel 106, lid 2, van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie en in het daarbij gevoegde Protocol nr. 26.

De Regering kan het centrum belasten met de diensten van algemeen economisch belang vermeld in het eerste lid.

De Regering legt de nadere regels vast."

Afdeling 4 – Sociale aangelegenheden

Art. 23 – In artikel 1, 5°, van het decreet van 5 mei 2014 tot erkenning en ondersteuning van sociale trefpunten worden de woorden "of een deel van die gemeenten" opgeheven.

Art. 24 – In artikel 3 van hetzelfde decreet wordt het woord "Alle" vervangen door het woord "De" en wordt het woord "beide" vervangen door het woord "alle".

Art. 25 – In artikel 5 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in § 1, tweede lid, 1°, worden de woorden "en daarvoor sensibiliseringswerk verrichten" ingevoegd tussen het woord "versterken" en de puntkomma;
- 2° in § 1, tweede lid, 5°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;
- 3° § 1, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:
"6° een intergenerationele en/of interculturele ontmoetingsruimte creëren;"
- 4° § 1, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 7°, luidende:
"7° een vormingsaanbod op basis van de vastgestelde behoefte creëren;"
- 5° § 1, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 8°, luidende:
"8° aansluiting zoeken bij lokale samenwerkingsstructuren en netwerken;"
- 6° § 1, tweede lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 9°, luidende:
"9° behoeftegestuurd advies en hulp in het dagelijkse leven aanbieden, vooral door verwijzing naar het aanbod van andere dienstverrichters.";
- 7° paragraaf 2 wordt opgeheven.

Art. 26 – Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 27 – In artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 22 februari 2016 en 11 december 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 4° vervangen als volgt:
"4° binnen dit werkingsgebied in het kader van de voorwaarden die de Regering heeft vastgelegd, een stand van zaken opgemaakt hebben. Die stand van zaken bevat de analyse van de bestaande behoeften van de burgers en het overzicht van het bestaande aanbod van de dienstverrichters.";
- 2° in § 2, 1°, worden de woorden "in een sociale of pedagogische richting" opgeheven;
- 3° in paragraaf 2 wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt:
"2° een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering indienen dat niet meer dan twee maanden oud is en dat bewijst dat deze personen geen vermelding in het strafregister hebben die hen verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie voor minderjarigen of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, dienen ze een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid in waaruit blijkt dat ze een activiteit kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderbescherming, animatie of begeleiding van minderjarigen.";
- 4° in § 3, eerste lid, worden de woorden "artikel 6" vervangen door de woorden "§ 1, 4°";
- 5° in paragraaf 3 wordt het derde lid opgeheven.

Art. 28 – In artikel 8, tweede lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2025, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:
"1° de doelstellingen bepaald in artikel 5 naleven;"
- 2° de bepaling onder 2° wordt vervangen als volgt:
"2° op elk moment beschikken over de documenten vermeld in artikel 7, § 2, 2°, in een versie die niet meer dan een jaar oud is;"

3° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt:

"3° elke medewerker in hoofdberoep jaarlijks minstens één voortgezette opleiding doen volgen;".

Art. 29 – Artikel 11 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 24 februari 2025, wordt vervangen als volgt:

"Art. 11 – Subsidie

§ 1 – Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kent de Regering aan de erkende sociale trefpunten een jaarlijkse forfaitaire subsidie voor personeels- en werkingskosten toe voor de verrichting van de diensten bepaald in dit decreet. Die subsidie wordt jaarlijks met 1,25% verhoogd.

Op een gemeentelijk grondgebied met 10.000 tot 19.999 inwoners kan één erkend sociaal trefpunt gesubsidieerd worden.

Op een gemeentelijk grondgebied met minstens 20.000 inwoners kunnen maximaal twee erkende sociale trefpunten gesubsidieerd worden. In dat geval ontvangt elk van de twee sociale trefpunten ofwel de subsidie vermeld in paragraaf 2 ofwel de subsidie vermeld in paragraaf 3.

§ 2 – Een erkend sociaal trefpunt gelegen in een gemeentelijk grondgebied in het Duitse taalgebied met minstens 10.000 inwoners ontvangt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een subsidie ten belope van 85.000 euro.

Aanvullend kent de gemeente of het bevoegde openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn aan elk overeenkomstig het eerste lid gesubsidieerd erkend sociaal trefpunt in het betreffende gemeentelijk grondgebied een jaarlijkse subsidie toe ten belope van minstens 10% van de subsidie vermeld in het eerste lid.

§ 3 – In afwijking van § 2, eerste lid, kan de Regering binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen aan erkende sociale trefpunten gelegen in een gemeentelijk grondgebied met minstens 15.000 inwoners, op met redenen omkleed verzoek van de betrokken gemeente of het betrokken openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn samen met het erkende sociale trefpunt, voor aanvullende prestaties een subsidie ten belope van 100.000 euro toekennen. De Regering legt de aanvraagprocedure en de nadere regels daartoe vast.

In afwijking van § 2, tweede lid, kent de gemeente of het bevoegde openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn aan het overeenkomstig het eerste lid gesubsidieerde erkende sociale trefpunt in het betreffende gemeentelijk grondgebied aanvullend een jaarlijkse subsidie toe ten belope van minstens 15% van de subsidie vermeld in het eerste lid.

§ 4 – Op met redenen omkleed verzoek kunnen verscheidene gemeenten of openbare centra voor maatschappelijk welzijn samenwerken om de inwonertallen vermeld in dit artikel te halen. Daartoe sluiten de betrokken gemeenten of openbare centra voor maatschappelijk welzijn een akkoord. De Regering legt de aanvraagprocedure en de nadere regels daartoe vast.

Als gemeentelijk grondgebied geldt in dat geval het grondgebied van alle betrokken gemeenten. Voor de berekening van het inwonertal van het gemeentelijk grondgebied van de betrokken gemeenten worden de inwonertallen die werden bepaald overeenkomstig paragraaf 5, samengeteld.

In afwijking van § 2, tweede lid, en § 3, tweede lid, kent elke betrokken gemeente of elk bevoegd openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn in geval van een samenwerking tussen verscheidene gemeenten of openbare centra voor maatschappelijk welzijn het volgende toe:

1° aan elk overeenkomstig paragraaf 2 gesubsidieerd erkend sociaal trefpunt in het betreffende gemeentelijk grondgebied aanvullend een jaarlijkse subsidie ten belope van minstens 10% van de subsidie vermeld in het § 2, eerste lid;

2° aan elk overeenkomstig paragraaf 3 gesubsidieerd erkend sociaal trefpunt in het betreffende gemeentelijk grondgebied aanvullend een jaarlijkse subsidie ten belope van minstens 15% van de subsidie vermeld in het § 3, eerste lid.

§ 5 – Voor de bepaling van het inwonertal van het gemeentelijk grondgebied wordt gekeken naar de inwonertallen die op 1 januari van het kalenderjaar dat voorafgaat aan het subsidiejaar, werden vastgesteld door het Belgische statistiekbureau.

Veranderingen in het inwonertal van een gemeentelijk grondgebied waardoor een drempelwaarde vermeld in paragrafen 1 tot 3 overschreden wordt, blijven voor de toepassing van dit artikel zonder uitwerking tot de betreffende overschrijding van de drempelwaarde zich twee opeenvolgende kalenderjaren voordoet op de peildatum vermeld in het eerste lid.

§ 6 – Voor de aanpassing aan de beschikbare begrotingsmiddelen en aan de index van de kosten voor levensonderhoud kan de Regering alle of individuele bedragen waarin dit artikel voorziet, vermenigvuldigen met verschillende coëfficiënten.

§ 7 – De subsidie wordt in verhouding tot de erkenningsperiode uitbetaald. Als een erkend sociaal trefpunt zijn activiteit definitief stopzet of als de erkenning ervan overeenkomstig artikel 10, tweede lid, wordt ingetrokken, betaalt het de subsidie terug in verhouding tot het aantal niet-gewerkte dagen.

Voor het ontvangen van de subsidie stemt de personeelsbezoldiging van een erkend sociaal trefpunt overeen met de door de Regering vastgestelde berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

Art. 30 – Artikel 12 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 31 – Artikel 13 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 32 – In artikel 14, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "jaar, alsook een begroting voor het volgende boekjaar gevoegd. Aanpassingen van de begroting kunnen tot 30 september bij de Regering worden ingediend" vervangen door de woorden "jaar gevoegd".

Art. 33 – In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk 3.1 ingevoegd dat de artikelen 14.1 tot 14.5 bevat, luidende:

"Hoofdstuk 3.1 – Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens"

Art. 34 – In hoofdstuk 3.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 14.1 ingevoegd, luidende:

"Artikel 14.1 – Vertrouwelijkheid"

Met behoud van de toepassing van andersluidende dwingende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering, de erkende sociale trefpunten en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die aan hen toevertrouwd worden in het kader van de uitoefening van hun opdracht, vertrouwelijk behandelen."

Art. 35 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 14.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 14.2 – Verwerking van persoonsgegevens"

De Regering en de erkende sociale trefpunten zijn, elk wat haar of hem betreft, verantwoordelijk voor de in dit decreet vermelde verwerkingen van persoonsgegevens in de zin van de Algemene

Verordening Gegevensbescherming. Als verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming gelden:

- 1° de Regering voor de taken vermeld in de hoofdstukken 2 tot 4;
- 2° de erkende sociale trefpunten voor de taken vermeld in artikel 5, artikel 7, § 2, artikel 8 en artikel 11.

De Regering en de erkende sociale trefpunten mogen de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten in verband met dit decreet.

Het verzamelen en verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake bescherming van persoonsgegevens."

Art. 36 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 14.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 14.3 – Gegevenscategorieën

De Regering kan overeenkomstig artikel 14.2 de volgende categorieën persoonsgegevens met betrekking tot het gesubsidieerde personeel verwerken voor de doeleinden van de toekenning, de schorsing en de intrekking van de erkenning overeenkomstig de artikelen 7 tot 10 en de controle van de subsidievoorwaarden overeenkomstig de artikelen 11 en 15:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens;
- 2° gegevens over het einddiploma en de opleiding;
- 3° gegevens over de arbeidsbetrekking en de wedde;
- 4° gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister.

De erkende sociale trefpunten kunnen overeenkomstig artikel 14.2 de volgende categorieën persoonsgegevens verwerken voor de doeleinden van de verwezenlijking van de algemene doelstellingen en het aanbod overeenkomstig artikel 5, de aanvraag en het behoud van de erkenning overeenkomstig de artikelen 7 en 8 en de subsidieaanvraag overeenkomstig artikel 11:

- 1° met betrekking tot het gesubsidieerde personeel:
 - a) identiteitsgegevens en contactgegevens;
 - b) gegevens inzake einddiploma en opleiding;
 - c) gegevens over de arbeidsverhouding en het salaris;
 - d) gerechtelijke gegevens als bedoeld in artikel 10 van de Algemene Verordening Gegevensbescherming, beperkt tot het uittreksel uit het strafregister;
- 2° met betrekking tot de deelnemers aan het aanbod en aan activiteiten: identiteitsgegevens en contactgegevens.

De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in het eerste en het tweede lid preciseren."

Art. 37 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 14.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 14.4 – Duur van de gegevensverwerking

De overeenkomstig artikel 15.3 verwerkte gegevens mogen nadat ze verzameld werden ten hoogste tien jaar bewaard worden in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd."

Art. 38 – In hetzelfde hoofdstuk wordt een artikel 14.5 ingevoegd, luidende:

"Art. 15.5- Veiligheidsmaatregelen

De Regering legt in voorkomend geval de nodige veiligheidsmaatregelen vast voor de verwerking van de persoonsgegevens bepaald in dit hoofdstuk."

Art. 39 – In artikel 15 van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven, gewijzigd bij het decreet van 13 november 2023, worden de paragrafen 1 en 2 opgeheven.

Art. 40 – In artikel 45, § 1, tweede lid, 1°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 13 november 2023, worden de woorden ", met inbegrip van het opstellen van adviesattesten voor ouderen overeenkomstig artikel 15" opgeheven.

Art. 41 – In artikel 34, § 2, van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit wordt het woord "zes" vervangen door het woord "twaalf".

Art. 42 – In hoofdstuk 9 van hetzelfde decreet wordt een artikel 37.1 ingevoegd, luidende:
"Art. 37.1 – Artikel 34, § 2, zoals van kracht op 1 januari 2026 is van toepassing op alle procedures voor het opleggen van een administratieve geldboete, waarvoor na 1 januari 2026 een proces-verbaal van vaststelling werd opgesteld."

Art. 43 – In artikel 6, § 1, derde lid, van het decreet van 21 november 2022 tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking wordt de bepaling onder 2° opgeheven.

Art. 44 – In artikel 11 van hetzelfde decreet wordt het derde lid vervangen als volgt:
"De bezoldigingsregeling van het personeel stemt overeen met de door de Regering vastgelegde berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid"."

HOOFDSTUK 2 – CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1 – Cultuur

Art. 45 – Artikel 17 van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties wordt aangevuld met een derde en een vierde lid, luidende:

"In afwijking van artikel 9, eerste lid, wordt de erkenningsperiode die loopt in het jaar 2025, verlengd met een jaar.

In afwijking van artikel 9, tweede lid, kan in de periode tussen 2026 en 2029 geen nieuwe aanvraag om erkenning als museum worden ingediend."

Art. 46 – Artikel 38.1 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Aan een aanvrager kan slechts een beurs voor een cultuurproject toegekend worden als die aanvrager op dat moment hoogstens één andere lopende beurs voor een cultuurproject realiseert."

Art. 47 – In artikel 43.3, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 26 februari 2018, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt de bepaling onder 2° opgeheven;

2° de paragraaf wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Aan een aanvrager kan slechts een subsidie voor een literatuurpublicatie toegekend worden als die aanvrager op dat moment hoogstens één andere lopende gesubsidieerde literatuurpublicatie realiseert."

Art. 48 – In artikel 65, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "Jubileumvieringen" vervangen door de woorden "Openbaar toegankelijke jubileumvieringen".

Art. 49 – In hoofdstuk 5 van hetzelfde decreet wordt een artikel 81.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 81.1 – Termijn voor de aankoop van uitrustingsvoorwerpen en het indienen van de bewijsstukken

Na de toekenning vermeld in artikel 81 hebben de instellingen tijd tot 30 november van het jaar van de aanvraag, om de bewijzen van de aankoop van de gesubsidieerde uitrustingsvoorwerpen in te dienen. Op schriftelijk verzoek kan de termijn met één jaar verlengd worden."

Art. 50 – Artikel 96 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 26 februari 2018 en 11 december 2018, wordt aangevuld met de paragrafen 7 tot 9, luidende:

"§ 7 – In afwijking van artikel 8 kan in de periode tussen 2026 en 2029 geen nieuwe aanvraag om ondersteuning als professionele cultuuraanbieder worden ingediend.

§ 8 – In afwijking van artikel 40 wordt in 2026 geen oproep voor kandidaten voor de onderscheiding 'kunstenaar van Oost-België' gepubliceerd. Voor de ondersteuningsperiode 2027-2029 wordt er geen nieuwe kunstenaar van Oost-België onderscheiden.

§ 9 – In afwijking van artikel 54 wordt in de periode van 2026 tot 2029 geen oproep voor kandidaten die geclassificeerd willen worden als amateurkunstvereniging in de kunstdiscipline dans gepubliceerd. De classificatie van het jaar 2022 wordt bevroren tot en met 2029."

Art. 51 – Artikel 39 van het decreet van 27 februari 2023 ter ondersteuning van de buitenschoolse culturele vorming wordt aangevuld met de paragrafen 4 tot 6, luidende:

"§ 4 – In afwijking van artikel 9 kan in de periode van 2026 tot 2029 geen aanvraag tot ondersteuning als creatief atelier of als gespecialiseerd creatief atelier worden ingediend.

§ 5 – In afwijking van artikel 11, § 2, wordt de in 2025 lopende ondersteuningsperiode voor creatieve ateliers verlengd tot 31 december 2028.

§ 6 – In afwijking van artikel 17, § 2, wordt de categorie van het creatieve atelier in 2028 bepaald op basis van het gemiddelde aantal activiteiten in de vijf voorafgaande activiteitenjaren."

Afdeling 2 – Jeugd

Art. 52 – In artikel 13, § 1, eerste lid, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2021, wordt het getal "2.500" vervangen door het getal "7.500".

Art. 53 – In artikel 14, eerste lid, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 14 december 2021, wordt een bepaling onder 8.1° ingevoegd, luidende:

"8.1° als het jeugdkamp gecontroleerd wordt door een door de Regering aangewezen dienst, een positief advies ontvangen;"

Afdeling 3 – Media

Art. 54 – Artikel 127, § 5, van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Als een lid de adviesraad voortijdig verlaat, doet het plaatsvervangend lid diens mandaat uit."

Afdeling 4 – Sport

Art. 55 – In artikel 28, § 4, van het decreet van 24 januari 2022 betreffende de bestrijding van doping in de sport wordt het woord "zes" vervangen door het woord "twaalf".

Art. 56 – In hoofdstuk 7 van hetzelfde decreet wordt een artikel 37.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 37.1 – Artikel 28, § 4, zoals van kracht op 1 januari 2026 is van toepassing op alle procedures voor het opleggen van een administratieve geldboete, waarvoor na 1 januari 2026 een proces-verbaal van vaststelling werd opgesteld."

[...]

Afdeling 2 – Monumentenzorg

Art. 72 – In artikel 46.4, § 3, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt het woord "zes" vervangen door het woord "twaalf".

Art. 73 – In hoofdstuk VIII van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018, wordt een artikel 53.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 53.1 – Artikel 46.4, § 3, zoals van kracht op 1 januari 2026 is van toepassing op alle procedures voor het opleggen van een administratieve geldboete, waarvoor na 1 januari 2026 een proces-verbaal van vaststelling werd opgesteld."

[...]

HOOFDSTUK 5 – FINANCIËN EN BEGROTING

Art. 83 – In artikel 1 van het decreet van 17 januari 1994 houdende inrichting van bijkomende begrotingsfondsen van de Duitstalige Gemeenschap worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 3, gewijzigd bij de decreten van 25 juni 2007, 20 februari 2017 en 15 december 2022, wordt opgeheven;

2° de paragrafen 4 en 5, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007, worden opgeheven.

Art. 84 – Artikel 2 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 25 juni 2007, wordt hersteld als volgt:

"Art. 2 – § 1 – Voor zover de mogelijke uitgaven wegens hun bestemming niet eerder onder een ander begrotingsfonds moeten worden ingeschreven, kunnen de middelen van het Fonds voor de financiering van terugbetaalbare premies, kredieten en participaties gebruikt worden voor de toekenning van terugbetaalbare renteloze leningen aan de volgende instellingen:

- 1° publiekrechtelijke instellingen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren;
- 2° ondergeschikte overheden van het Duitse taalgebied;
- 3° door de Duitstalige Gemeenschap erkende of gesubsidieerde instellingen;
- 4° instellingen waarin de Duitstalige Gemeenschap een kapitaalparticipatie heeft.

§ 2 – De instellingen vermeld in paragraaf 1 die een lening willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij de Regering.

De Regering stelt een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden

opgevraagd:

- 1° naam van de instelling;
- 2° het ondernemingsnummer;
- 3° het bedrag waarvoor een lening wordt aangevraagd;
- 4° de voorgestelde aflossingsbedragen.

Bij de aanvraag vermeld in het eerste lid moet een verslag van een belastingadviseur of een bedrijfsrevisor worden gevoegd waaruit de volgende elementen blijken:

- 1° het vermogen van de instelling om de door de lening verkregen sommen terug te betalen binnen de termijn en volgens het aflossingsplan vermeld in 3°;
- 2° het totale bedrag van het benodigde werkkapitaal;
- 3° het aflossingsplan, waaruit het bedrag van de maandelijkse aflossing en de totale looptijd van de lening, nodig voor de aflossing, blijken.

§ 3 – De Regering beslist over de aanvraag vermeld in paragraaf 2. De beslissing van de Regering bevat minstens de volgende elementen:

- 1° het bedrag van de toegekende lening;
- 2° de looptijd van de lening;
- 3° het aflossingsplan.

§ 4 – De toegekende lening dient uitsluitend ter financiering van het werkkapitaal van de instellingen vermeld in paragraaf 1.

De looptijd van de lening mag niet meer dan 10 jaar bedragen.

De instelling heeft te allen tijde het recht de lening vervroegd terug te betalen.

§ 5 – De instelling waaraan een lening werd toegekend, is tijdens de looptijd van de lening verplicht zich te laten bijstaan door een financieel expert. De begeleiding door de expert omvat:

- 1° het opstellen van een geschikt financieringsmodel voor de definitieve financiering van het werkkapitaal met eigen vermogen;
- 2° advies met betrekking tot het gebruik van de lening.

De toewijzing van de opdracht aan en de begeleiding door de financieel expert vinden plaats op kosten van de instelling.

De instelling levert de Regering op eerste verzoek bewijs van de begeleiding en van het financieringsmodel.

§ 6 – Voor zover de instelling het aflossingsplan niet nakomt of zich niet houdt aan de voorwaarden vermeld in paragraaf 5, maant de Regering de instelling aan om binnen een termijn van 30 dagen aan deze voorwaarden te voldoen. Op gemotiveerd verzoek van de aanvrager kan de termijn om een financieringsmodel voor te leggen, eenmalig met drie maanden verlengd worden.

Als de instelling na afloop van de termijn vermeld in het eerste lid haar verplichtingen nog altijd niet nakomt, vordert de Regering het resterende bedrag van de lening terug met toepassing van artikel 50 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap."

Art. 85 – Artikel 3 van hetzelfde decreet, opgeheven bij het decreet van 25 juni 2007, wordt hersteld als volgt:

"Art. 3 – Met behoud van de toepassing van artikel 2 kunnen de middelen van het fonds gebruikt worden voor de financiering van de volgende terugbetaalbare premies en participaties:

1° de uitbetaling van de premies toegekend op grond van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur;

2° de uitbetaling van de leningen toegekend op grond van artikel 36*duodecies* van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen, gecoördineerd op 14 juli 1994;

3° de betaling van participaties in handelsvennootschappen."

Art. 86 – In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, wordt een artikel 3.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 3.1 – De Regering van de Duitstalige Gemeenschap wijst een rekenplichtige aan.

Jaarlijks geeft de Regering verslag van het beheer van het fonds aan het Parlement in het kader van de voorstelling van de begroting.

Art. 87 – In het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2025, wordt een artikel 107.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 107.2 – *Overgangsbepaling*

In afwijking van artikel 105, derde lid, kan een beheerscontract, ook als de looptijd ervan al eens verlengd is geweest met een jaar, verlengd worden voor het jaar 2026 en niet onder de toepassing van artikel 105, tweede lid, vallen. Deze verlenging wordt vastgelegd in een addendum bij het beheerscontract. In dat geval zendt de Regering het Parlement ter informatie een kopie van het verlengde beheerscontract."

HOOFDSTUK 6 – SLOTBEPALINGEN

Art. 88 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2026, met uitzondering van:

1° de artikelen 19 en 20, die in werking treden op 1 april 2026;

2° artikel 21, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2025;

3° artikel 79, dat uitwerking heeft met ingang van 28 mei 2025.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid
J. FRANSSEN

De Minister van Cultuur, Sport, Toerisme en Media
G. FRECHES

De Minister van Gezin, Sociale Aangelegenheden, Huisvesting en Gezondheid

L. KLINKENBERG